Antifaschistisches INFO BLATT 30

Juni/Juli 1995 5,– DM

Werwolf – Nazis go terror

Gedenkveranstaltungen zur Befreiung

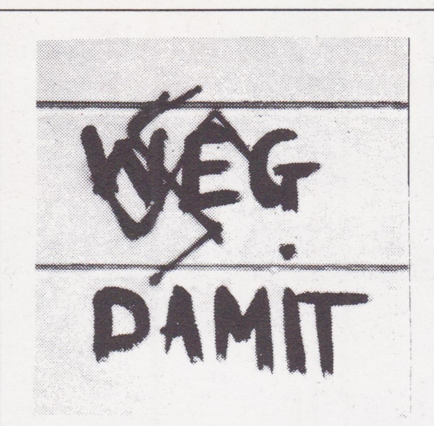
Der 8. Mai und die Rechte

Anschlag in Oklahoma



Partisanen in Vilna

4xw60



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 30, Juni/Juli 1995

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

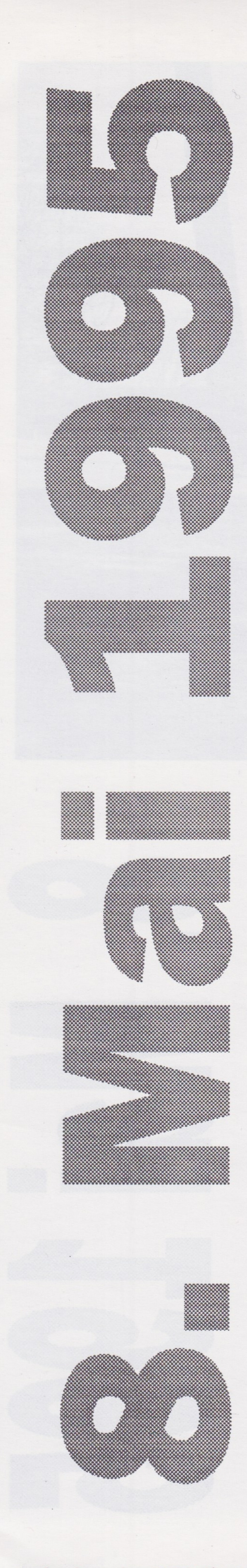
Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s.Seite 41/42)

Inhalt



Die zahllosen Feierlichkeiten und Staatsakte anläßlich der 50. Jahrestage der Befreiung der faschistischen Konzentrationslager und der Befreiung Deutschlands vom Faschismus liegen hinter uns. Presse und Fernsehen, die Berichte, Dokumentarfilme, Spielfilme und Talkshows über die NS-Zeit und Life-Übertragungen der Festlichkeiten bis zum Abwinken gebracht haben, müssen sich ein neues Thema ausdenken. Die gestreßten PolitikerInnen müssen nun nicht mehr innerhalb weniger Stunden zwischen den Ländern und Kontinenten umherjetten, um an den verschiedenen Orten immer wieder andere – natürlich wohlklingende – Worte zur selben Sache zu sagen.

Aber vielleicht hat sich der Aufwand für sie ja gelohnt, vielleicht ist nun endgültig Schluß mit diesem ewigen Gedenken, und der von der Bundesregierung langersehnte Schlußstrich unter die deutsche Geschichte ist in greifbare Nähe gerückt. Sehen wir uns Form und Inhalt der unterschiedlichen Festlichkeiten an, so stehen die Karten für Kohl und Konsorten nicht schlecht, daß sich dieser Streß nicht noch einmal wiederholen wird.

Sicherlich, es gab ein paar Ausrutscher und Unannehmlichkeiten am Rande. Es hätte nicht passieren dürfen, daß der Streit, wieviel Geld einem die ehemaligen Häftlinge wert sind und ob man die Gelder für die Befreiungsfeiern nicht doch noch ein wenig kürzen könnte, an die Öffentlichkeit gelangt ist. Oder auch, daß Polen doch tatsächlich die Dreistigkeit besaß, die Einladung zum Staatsakt der Alliierten einzufordern. Sicherlich, Polen war an den Kämpfen um Berlin 1945 beteiligt, aber der Staatsakt sollte schließlich ein Akt der Mächtigen dieser Welt sein, da hatte das unbedeutende und irgendwie lästige Polen nichts zu suchen. Aber letztendlich hat man dann ja alles gut hingekriegt: Polen konnte mit einer kleinen Feier im Vorfeld abgespeist werden, so daß der eigentliche Staatsakt davon unberührt blieb, und die Befreiungsfeiern der Konzentrationslager konnten schließlich auch kostengünstig und mit dem richtigen außenpolitischen Flair abgewickelt werden.

O.K., das mit dem Auspfeifen von Kohl und Kinkel hätte verhindert werden müssen, aber das Gesamtbild des ach so antifaschistischen und demokratischen Deutschlands ist dadurch nicht maßgeblich geschädigt worden. Daß diverse organisatorische Pannen den Ablauf der Feierlichkeiten nach innen prägten, weil die brandenburgische Regierung eine kleine, kostengünstige Firma für die Organisation beauftragte, die mit dieser Aufgabe völlig überfordert war, ist bedauernswert, aber schließlich brauchen wir die Gelder für die tadellose Organisation anderer, für Berlin wichtigere, Veranstaltungen (Vielleicht mal wieder eine Olympiade?!). Unter dieser Prämisse mußte schon in Kauf genommen werden, daß 75 - 95jährige ehemalige Häftlinge stundenlang ohne Essen und Trinken am Flughafen standen, weil der Transfer in die Hotels nur schleppend voranging, daß in Ravensbrück aufgrund von Fehlkalkulationen am zweiten Tag der Befreiungsfeier das Essen ausgegangen war – wozu die ehem. Häftlinge nur zynisch anmerken konnten: »Gehungert haben wir hier schon einmal« – daß viel zu wenig Rollstühle in Sachsenhausen vorhanden waren, so daß einige der ehem. Häftlinge an dem eigentlichen Festakt nicht teilnehmen konnten, sondern sich den ganzen Tag im »Zelt der Begegnung« aufhalten mußten, oder daß in der Planung ganz »vergessen« wurde, daß es hier nicht nur um die Reden der PolitikerInnen ging, sondern um Menschen, die z.T. seit 50 Jahren das erste Mal wieder in der BRD waren und Zeit und organisatorische Hilfe benötigt hätten, FreundInnen und KameradInnen wiederzutreffen, um mit ihnen einige Stunden zu verbringen.

Aber: Man kann nicht alles haben und schließlich hat von diesen Peinlichkeiten ja kaum jemand etwas mitbekommen, nach außen, vor den Kameras, lief doch alles prima und außerdem war das erst das Vorgeplänkel, die Reisen nach London, Paris und Moskau und vor allem der große Tag im Berliner Schauspielhaus kamen ja erst noch.

Beim großen Staatsakt in Berlin war man dann endlich unter sich, kein Wort über die Verbrechen oder gar die Schuld Deutschlands, selbst darüber, ob es sich beim 8. Mai um einen Tag der Befreiung oder um einen Tag der Niederlage handelt, wollte sich keiner so richtig äußern. Mit einer Ausnahme: Der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin sprach doch tatsächlich vom 8. Mai 45 als »ein Symbol der Befreiung von der faschistischen Tyrannei«.

Die anderen Staatsoberhäupter beliessen es lieber bei Allgemeinfloskeln wie »Erfolg nicht einer Nation, sondern des menschlichen Geistes« (US-Vizepräsident Al Gore), »Die zwei großen Feinde der Vernunft (Kommunismus, Faschismus, d. Red.) sind geschlagen. Nicht von Armeen, sondern von stärkeren Ideen, von Freiheit und Demokratie, von der Vernunft selber« (Premierminister John Major) »...vor allem ein Sieg Europas über sich selbst.« (Staatspräsident Francois Mitterrand).

Es ging nicht um die Vergangenheit oder gar darum, Täter und Opfer zu benennen, es ging um die eigene Eintracht, es ging darum, die wirtschaftliche und politische Stärke des westlichen Bündnisses und all jener, die gern daran teilhaben würden, aufzuzeigen. Und so war dann auch immer

8. Mai 1995



Gedenkstätte Sachsenhausen im Mai '95

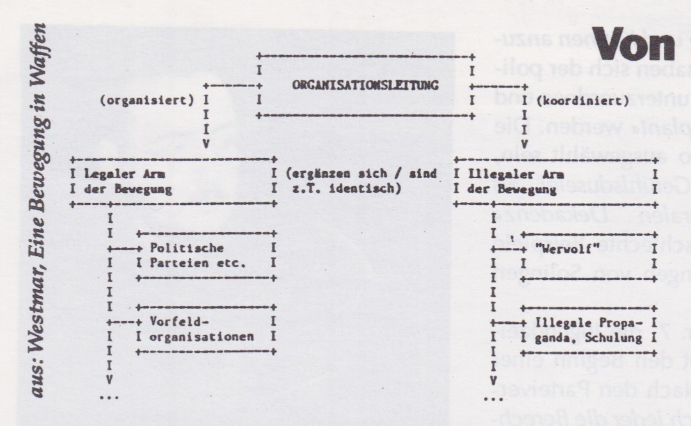
wieder die Rede vom »Aufbau eines echten gesamteuropäischen Systems« (Tschernomyrdin) und der »Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes« (Herzog). Was für ein schönes und treffendes Bild: Die Insel des Wohlstandes, an deren Ufern die Länder der 3. Welt und ein Großteil Osteuropas jämmerlich ertrinken werden.

Was man in diesen Tagen nicht gebrauchen konnte, war auch nur das kleinste Aufflackern von Kritik an der allgemeinen »Gedenkidylle«: Radikale Linke oder die, die angeblich danach aussahen, wurden bei den Gedenkveranstaltungen in Ravensbrück und Sachsenhausen bereits auf den Zufahrtswegen von der Polizei abgefangen.

Bei der Berliner Autonomendemo am 8. Mai, die sich gegen die Heuchelei des Staatsaktes wandte, versuchte die Polizei diese zu kriminalisieren, von den Medien wurde sie größtenteils lächerlich gemacht. Wer ihre wirklichen Feinde sind, zeigte die Staatsmacht ebenfalls bei der Demonstration am 7. Mai: Der geplante Kundgebungsort an der Neuen Wache wurde mit der Begründung, man befürchte die »Schändung« des »nationalen Denkmals des Vaterlandes«, verboten und es wurde in brutalster Weise gegen DemonstrantInnen vorgegangen, die Fahnen und Wimpel der PKK mitsichführten.

Trotz des bisher Gesagten, wäre es falsch, die Veranstaltungen zum Gedenken der Befreiung der Konzentrationslager und um den 8. Mai aus antifaschistischer Sicht einseitig als heuchlerisch und reaktionär zu verurteilen. Von einzelnen antifaschistischen Initiativen gab es in diesen Tagen auch viele positive Ansätze und mit Sicherheit war es nicht nur für die ehemaligen Häftlinge ein bedeutsames Ereignis, sondern auch für uns Jüngere war es wichtig, diese Tage gemeinsam mit »den Alten« zu begehen.

Nichts desto trotz bleibt die Vermutung, daß von Regierungsseite die Veranstaltungen dieser Tage eine Inszenierung der Abwicklung deutscher Geschichte waren. Hierbei wurde nicht die offensive Strategie von Dregger, Stahl, Reps u.a., die den 8.-Mai-Appell initiierten, gefahren. Offen gegen die Befreiung Deutschlands vom Faschismus und für die These der Besetzung Deutschlands durch ein anderes totalitäres Regime zu sprechen, wie es der Appell getan hat, wird als (noch) nicht breitenwirksam angesehen. Der Schlußstrich unter die deutsche Geschichte wird taktischer und ohne große Konfrontation, dabei aber nicht weniger wirkungsvoll vollzogen. ■



aus: Westmar, Eine Bewegung in Waffen

Von »Nationalrevolutionären« bis zu NS-Fundamentalisten:

Nazis rufen zur Terroroffensive

Nach der Bombenkampagne österreichischer Nazis ziehen jetzt die deutschen Organisationen nach und rufen 50 Jahre nach Kriegsende zu einer Terroroffensive auf. Den Startschuß gab ein »Deutsches Manifest«, in dem gedroht wird: »Ab dem 9. Mai 1995 beginnt der Volkskrieg...«. Die Zeitungen der NF-Nachfolgeorganisationen, »Umbruch« und »Angriff«, meldeten Anfang Mai: »Der offene Krieg hat begonnen.«(1) und riefen ihre AnhängerInnen zum bewaffneten Untergrundkampf auf. Als Anschlagsziele werden genannt: »Politiker, Journalisten, Intellektuelle und Funktionäre verschiedener Organisationen, die sich in penetranter Weise antinational und pro multikulturell als Ideologen, Agitatoren und Organisatoren betätigen«(2). Die Ankündigung dieser Offensive baut auf eine mehrjährige verdeckte Organisationsarbeit auf.

Terrorankündigungen der Neonazis sind an sich nichts neues. Sie existieren solange es paramilitärisch ausgerichtete Neonazi-Gruppen gibt. Die letzte Welle von gezielt operierenden Kommandos in der BRD fand in den Jahren 1979 bis 1981 statt. Damals wurden Sendemasten gesprengt, als der dokumentarische Spielfilm »Holocaust« über die Bildschirme lief, am 13.10.1981 wurden 13 Menschen auf dem Münchener Oktoberfest durch eine Bombe des GUNDOLF KÖHLER, Aktivist der WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN, ermordet und zwei Monate später wurde das jüdische Verlegerehepaar Levin von Hoffmann-Leuten im Bett erschossen. Der Anschlag auf das Oktoberfest reihte sich ein in eine internationale Terrorkampagne, die mit dem Bombenanschlag auf den Bahnhof in Bologna 1980 mit 83 Toten ihren Höhepunkt fand. Vielfältige Indizien wiesen auf eine Koordination durch das Geheimdienstnetzwerk »Gladio« oder auch »Stay Behind«, hin, das nach dem II. Weltkrieg in allen europäischen Staaten aus Nazi-Terroristen gebildet wurde und in Deutschland unter Leitung des Bundesnachrichtendienstes (BND) stand (siehe INFO Nr. 14).

Die »nationalrevolutionären« Terrorspezialisten OTTFRIED HEPP und WALTER KEXEL sprengten 1980 in Frankfurt/Main Pkws US-amerikanischer GIs. Bis zur Aufklärung der Tat suchten Presse und Polizei die TäterInnen in linken Kreisen. In den Nachfolgeermittlungen trat zu Tage, daß Ottfried Hepp, ehemaliges Mitglied der WEHRSPORTGRUPPE LIBANON, sowohl mit dem Bundeskriminalamt (BKA) zusammengearbeitet hat, als auch mit der STASI.

Das »Deutsche Manifest« – Geschmiere von Alt-Nazis mit guten Verbindungen

Die Art und Weise wie die staatlichen Verbote gegen Neonazi-Parteien durchgeführt worden sind, haben keineswegs zur Erlahmung der Organisationstätigkeiten geführt. Gerade die Parteien und Organisationen wie NATIONALISTISCHE FRONT (NF) und NATIONALE OFFENSIVE (NO), die den Aufbau eines gefestigten Kadernetzwerkes in den Mittelpunkt stellten, haben von dem Verbot sogar profitiert. Ihr Organisationsprinzip fußte von vornherein auf beständige »Eliteauslese« und die Errichtung eines konspirativ arbeitenden Untergrundnetzwerkes. Etliche Mitläufer trennten sich von den illegal weiterarbeitenden Organisationen, die verbliebenen organisierten sich in »autonomnationalistischen Gruppen«, als Bestandteil hierarchischer »Führerorganisationen«. Heute ist dieses Netzwerk gefestigter und erheblich größer als in den Jahren vor den Verboten und vor allem einheitlicher ausgerichtet. Umfangreiche Anstrengungen wurden auf den Aufbau eines paramilitärischen Armes gelegt, den Werwolf. Mit Rat und Tat begleiteten Alt-Nazis der SS-Nachkriegsorganisationen diese Entwicklung, vor allem jene wie der Österreicher HERBERT SCHWEIGER von der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) oder die Nazis der ARTGEMEINSCHAFT des Hamburger Rechtsanwalts JÜRGEN RIEGER. Rieger kündigte bereits nach den Parteiverboten 1992 *»eine rechte RAF«* an: *»Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen sie, es geht los.«*[3]

In dem Tenor dieser Alt-Nazis ist das »Deutsche Manifest« gehalten. Im März 1995 wurde es anonym verschickt und verschiedenen Medien und jüdischen Einrichtungen zugestellt. *»Wir gehören der arischnordischen Rasse an, die an Ideenreichtum, Intelligenz und Fleiß mit an der Spitze auf Erden steht.«* Vom Ideenreichtum ist jedoch auf den 82 Seiten nichts zu merken, denn in den Zeilen tobt sich sattsam bekannter nationalsozialistischer Rassenwahn aus. Eine drohende *»Apokalypse«* bildet den Ausgangspunkt des »Manifests«. Als Hauptfeind werden die *»Hebräer«* genannt, *»die Deutschland 1933 den Krieg erklärt«* hätten und *»seit Kriegsende ihren Weg zur Ausrot-*

tung des deutschen Volkes ganz konsequent« betreiben würden. Laut Manifest konnte dieses nur passieren, weil *»der Verzicht auf den Partisanenkrieg dann (1945) die Niederlage«* bedeutete. Heute soll das damals gescheiterte »Werwolf-Konzept« wieder aufgenommen werden – Stichtag ist der 9. Mai. *»Die Tötung Nichtdeutscher ist nicht unser eigentliches Ziel; wir nehmen sie jedoch jetzt billigend in Kauf.«* Im Visier stehen neben Jüdinnen und Juden, Roma und Sintis und ImmigrantInnen, alle BefürworterInnen des Rechts auf Abtreibung, humanistisch-fortschrittliche Kräfte und Linke, JournalistInnen, Justizangestellte, Politiker sowie Kulturschaffende. Diese Zielgruppe ist identisch mit den Personenkreisen, die seit Dezember 1993 in Österreich immer wieder Opfer von Anschlägen wurden. Jetzt wird gedroht: *»Die Tötung von Feinden und Verrätern im Kriege ist heilige, patriotische Pflichterfüllung«.* Beamte der Justizbehörden und der Polizei werden aufgerufen, Ermittlungen zu sabotieren.

Untergrundzellen der NF-Nachfolgeorganisationen schließen sich an

Etwas vorsichtiger formuliert der »Umbruch« (Nr.7) den Aufruf zu »Werwolf«-Aktivitäten. Das Schulungs- und Ideologieblättchen der NF-Nachfolgeorganisation SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA) wird von STEFFEN HUPKA aus Quedlinburg herausgegeben. *»Die Strategie unseres Gegners fordert Reaktionen heraus. Als Konsequenz ergibt sich zunächst ganz zwingend, daß wir es den Feinden unseres Volkes so schwer wie möglich machen müssen. [...] Dazu gehören weitestgehende Tarnung, Unauffälligkeit und Unberechenbarkeit für den Gegner.[...] Eine sinnvolle Arbeitsteilung (muß) stattfinden«*, nämlich *»bekannte Aktivisten sollten die Dinge erledigen«* wie *»Zeitschriftenherausgabe, Öffentlichkeitsarbeit usw. Die anderen sollten sich von den bekannten rechten Gruppierungen fernhalten.« »Junge Kameraden [...] unbelastet und intelligent«* sollten *»in die Bundeswehr oder Polizei«* gehen, um sich *»Wissen und Können anzueignen«*. Die Aktionen haben sich der politischen Gesamtstrategie unterzuordnen und sollen *»professionell geplant«* werden. Die Anschlagsziele sollen so ausgewählt sein, daß sie nicht *»die Gefühlsduselei als Bestandteil der liberalen Dekadenz«* wecken können – als schlechte Beispiele werden die Brandstiftungen von Solingen und Mölln angeführt.

Auch der Angriff Nr. 7, die Jugendzeitung der SrA, verkündet den Beginn einer verschärften Gangart: Nach den Parteiverboten *»hat jetzt eigentlich jeder die Berechtigung zum offenen Widerstand. [...] Bildet kleine geheime Gruppen. Greift die feindlichen Strukturen an. [...] Angriffspunkte von gemeinsamen Aktionen sollten die vier Mächte im Staat sein. Die Exekutive, die Legislative, die Justizia und die Meinungsmonopole.«* Ergänzend zum »Deutschen Manifest« verstehen sich die Verfasser des Angriff als »nationalrevolutionärer Störfaktor«, der versuchen will Linke in eine »Antisystemfront« einzugliedern. *»Sie sollen sich in ihren Häusern und Palästen nicht mehr sicher fühlen.«* Zur Perspektive steht geschrieben: *»Chance auf Sieg?? Wissen wir nicht, aber sie sollen sich vor uns fürchten.«*

Der Aufbau des Werwolf-Netzes

In den Jahren 1990/91 begann der Ausbau eines »Werwolf-Untergrundnetzes«. Beteiligt waren und sind vor allem Mitglieder der Nachfolgeorganisationen von NATIONALISTISCHER FRONT (NF), der NATIONALEN OFFENSIVE (NO), Mitglieder der FAP, der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) und Angehörige sog. »autonom-nationalistischer« Gruppen. Schon 1990 propagierte die NO in einem *»Autonomnationalistischen Manifest«* den Aufbau eines *»wehrhaften Widerstandes, der früher oder später wohl einmünden wird in die Neubildung fanatischer Werwolfkommandos.«*[4] Ein Jahr später erschien die strategische Anleitung *»Eine Bewegung in Waffen«*, welche in Auszügen in der Zeitung der illegalen NSDAP/AO, »NS-Kampfruf«, nachgedruckt wurde. Diese unter dem Pseudonym »Hans Westmar« herausgegebene Schrift warb bereits ein Jahr vor den Parteiverboten in *»West- und Mitteldeutschland sowie in der Ostmark«* (Österreich) für den Aufbau eines Terrornetzes, in dem *»mehr Wert auf Qualität als auf Quantität gelegt«* werden soll. Unter dem selben Pseudonym wird ein Video über den Söldnereinsatz im jugoslawischen Bürgerkrieg verbreitet und eine *»Werwolf-Diskette«* mit Bombenbauanleitungen.









Christian Malcoci (NO), »Referat für Sicherheit«

Mittlerweile liegt die Identität Hans Westmars offen, es handelt sich um den deutschen Neonazi CHRISTIAN SCHOLZ von der NO. Scholz stammt aus der Gruppe um CHRISTIAN MALCOCI und CHRISTIAN SENNLAUB aus Nordrhein-Westfalen. Letzterer sitzt zur Zeit eine Haftstrafe wegen der Anwerbung von Neonazisöldnern für den jugoslawischen Bürgerkrieg ab. Scholz war 1993 Schriftleiter der »HNG-Nachrichten«, die im Dezember mit ihrer Ankündigung *»10 Briefe für 10 Jahre Haft«* den Startschuß zu der Briefbombenkampagne österreichischer Neonazis gab. Scholz, der zuletzt in Hamburg lebte, ist heute abgetaucht.

Die Strategie des Werwolfes

Die bewaffneten Zellen sollen *»dem Willen der leitenden Intelligenz unterworfen (sein), der Organisationsleitung«*, die sowohl den *»legalen Arm«* als auch den *»illegalen Arm«* der *»nationalsozialistischen Bewegung«* führt. Die Tätigkeiten des legalen Armes werden in der Öffentlichkeitsarbeit und dem Aufbau einer Massenpartei gesehen. Dazu sollen bestehende Parteien genutzt werden, bzw. eigene Vorfeldorganisationen zur *»Rekrutierung und Schulung neuer Aktivisten«* gegründet werden, um *»die Organisierung der rebellisch gewordenen und werdenden Bevölkerung«* zu gewährleisten. *»Geführt und koordiniert werden«* sollen sie *»von einer illegalen Kaderorganisation, in der das Führerprinzip verwirklicht ist«*. Die Aktivitäten des illegal operierenden Flügels unterteilen sich in die Erstellung *»illegaler Propaganda und intensiver Schulung«* sowie in den Aufbau des »Werwolfs«. Der illegale und der legale Teil der Bewegung sollen *»sich ergänzen und sind teilweise identisch«*.

Der »Werwolf« besteht aus *»einem möglichst engmaschigen Netz«* von *»Aktionsgruppen«*, die einen *»Vertrauensmann«* benennen. Der *»Vertrauensmann unterhält einen Versorgungspunkt«*, einen *»Erdbunker und sonstig getarnte Depots«*. Dem *»Werwolf-Kader«* dürfen *»nur die besten und kampferprobtesten Kameradinnen und Kameraden angehören«*. Für die Auswahl der Aktivisten zeichnet das »REFERAT FÜR SICHERHEIT« (RfS) verantwortlich. Das RfS ist schon bekannt aus dem KOMITEE ZUR VORBEREITUNG DER FEIERLICHKEITEN FÜR DEN 100. GEBURTSTAG ADOLF HITLERS (KAH). Damals wurde es geleitet von CHRISTIAN MALCOCI (NO). Besondere Aufgabe des RfS: *»Verräter verfallen der Feme«*.

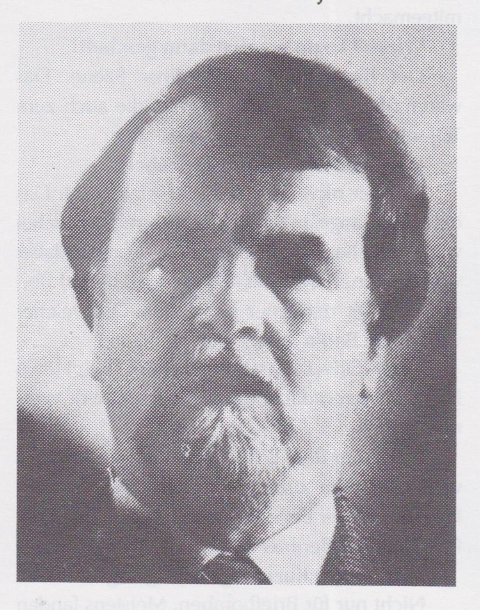
»Werwolf«-Aktivisten sind *»Feierabend-Terroristen«*, einmal ausgebildet, sowohl ideologisch als auch praktisch, werden sie zu *»Schläfern«*, um den Einsatzbefehl der Organisationsleitung abzuwarten. Wenn *»das System mittels seines Repressionsapparates die Bewegung gezielt oder in einer Art Paniksituation mit Gewalt zu zerschlagen versucht, ist für den Werwolf die unmittelbare Legitimation gegeben, d.h. er darf sich jetzt aller zur Vernichtung des Systems geeigneten Mitteln bedienen.«* Gewünschter Effekt der *»bewaffneten Propaganda«* ist *»eine gezielte Angstmache [...], die den Gegner in Panik versetzt, um ihn damit zu provozieren Fehler zu machen.«* Gegner sind sowohl *»die Kommune«* als auch der Staat. Der »Werwolf« will mit einer *»Strategie der Spannung«* den Staat vorführen. Zu diesem Zeitpunkt hat *»die Propaganda dafür zu sorgen, daß folgendes Denkmodell weitestgehend Verbreitung findet: Wenn das System schon nicht mehr in der Lage ist, sich gegen die kämpferischen Maßnahmen des Werwolfes zu wehren, dann kann es das bestehende politische und wirtschaftliche Chaos erst recht nicht beseitigen und die Verhältnisse zum Guten zu wenden. Damit ist die nationalsozialistische Revolution gerechtfertigt.«*

Christian Scholz betont, daß *»die Konspiration [...] überdies Grundvoraussetzung revolutionärer Gewaltanwendung«* sei und weist darauf hin, daß *»keine Erfolgsaussichten mehr für den weiteren Kampf des Werwolfes«* bestünden, *»wenn im verdeckten Kampf etwaige Fehler nicht sofort korrigiert«* würden.

Genau dort liegt der Schwachpunkt des Werwolf-Aufbaus, denn von diesen Fehlern haben unsere Nachwuchs-SSler eine Menge gemacht. Viele der in Frage kommenden *»Feierabend-Terroristen«* sind in früheren Phasen faschistischer Organisationstätigkeit bekannt geworden, wenn auch erschwerend hinzukommt, daß sie vorgeben, auch gegenüber der rechten Szene, ausgestiegen zu sein. ■

[1] Angriff Nr.7 Seite 2
[2] Umbruch Nr. 7
[3] Interview in Panorama 1992
[4] »Wir schwören den Eid... Autonomnationalistisches Manifest« Schrift der Führung der Nationalen Offensive 1990





oben: Christian Scholz, NO
unten: Ekkehard Weil alias Karl Schubert, Nazi-Terror-"Experte" der 70er, zuletzte wohnhaft in Bochum

Der Aufbau des Werwolfes in Berlin

Eine Keimzelle des »Werwolfes« in Berlin ist die Gruppe »WEISSER ARISCHER WIDERSTAND« (WAW), die den »NS-Denkzettel« verbreitet. Der »N(atur) S(chutz) Denkzettel« beinhaltet Anleitungen zum bewaffneten Kampf und wird nur an ausgewählte Leute verteilt. U.a. ist dort das Konzept des Werwolfes von 1944/45, *»Winke für Jagdeinheiten«*, auszugsweise nachgedruckt worden. Ein Redaktionsmitglied ist der Berliner MARCUS BISCHOFF (ex-FAP), der am 14.2.1995 zu 1 Jahr und neun Monaten und am 10.3.95 wegen der Verbreitung des oben genannten Hetzblattes (Aufstachelung zu Rassenhass etc.) erneut verurteilt worden ist.

Laut Informationen aus Insiderkreisen gehörten dem »NS-Denkzettel« weiterhin der spätere Nazi-Aussteiger INGO HASSELBACH, FRANK LUTZ, ROBERTO ELGERT, HEIKO BAUMERT und HENRI JAHN von der damaligen NATIONALEN ALTERNATIVE aus der Berliner Weitlingstraße an, wie auch GUIDO und MARIO NEUMANN und HOLGER STEINBISS (alle Berlin). Demnach stellte Steinbiss die Kontakte zu den NF-Mitgliedern aus Hennigsdorf, Oranienburg und Kremmen sowie zu den NFler in Königs Wusterhausen her. Steinbiss ist bis heute Kader der verbotenen NF und sitzt auch in der Schaltstelle der nationalsozialistischen Gruppen in Berlin, der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUSSEN (BKP). Am 25. Januar 1994 versah er, zusammen mit dem Chef der ebenfalls verbotenen WIKING JUGEND (WJ) und angehendem Juristen WOLFRAM NAHRATH, den verantwortungsvollen Posten des Mitglieds der Zählkommission eines eingetragenen Vereins. An diesem Tage wurde der NF-Kader ULLI BOLDT zum Nachfolger der großen alten Dame der Berliner Nazis Frau DR. URSULA SCHAFFER (NPD) bestellt.



... mit Ingo Hasselbach

Diese Informationen wurden bestätigt, als wir einen Interviewmitschnitt mit dem Neonazi-Aussteiger Ingo Hasselbach zugesandt bekamen. Das Interview wurde bereits auszugsweise in der österreichischen Zeitung »NEWS« veröffentlicht. Hasselbach bestritt gegenüber einem Vernehmungsrichter die Aussagen jemals gemacht zu haben, doch uns wurde versichert, daß der Gesprächsmitschnitt mit Hasselbachs

Einverständnis am 25.11.94 aufgezeichnet wurde. Bemerkungen in Klammern stammen von der Redaktion:

Wann haben eigentlich die Sprengübungen angefangen?

Die ersten Schulungen zum Bau von Briefbomben hatten wir im Sommer 1990, zur großen Zeit der Weitlingstraße. In Halbe, im Umfeld von Halbe und auf Rügen gibt es phantastische Gelände, die kein Mensch kennt und wo niemand stört.

Wer hat denn ausgebildet?

Einen Großteil hat Bendix Wendt gemacht. Er ist der einzige, der sich seit Jahren damit beschäftigt. Dann hat auch (Hans-Jörg) Schimanek (jun.) mitgemacht.

Wieviel Leute wurden darin geschult?

Der harte Kern der Berliner Szene. Das waren die aktiven Berliner Leute, die auch zum Teil schon in der DDR aktiv waren.

Waren auch Österreicher dabei?

Ja. Aber nicht immer die gesamte Zahl. Das hat 1990 angefangen, daß Österreicher dabei waren und hat bis 1992 gedauert. Konkret dabei waren (Franz) Radl (NF-Österreich), (Peter) Binder (VAPO), der einer der ersten Österreicher war, der in Berlin aufgetreten ist. [...]

Auch (Oliver) Schweigert, Frank Lutz, Heiko Baumert waren dabei, ab ´92 auch Oliver Werner.

(Anm. der Red: Binder und Radl sind Hauptverdächtige im österreichischen Briefbomben-Prozeß, Werner betreute ab 1992 die »Anti-Antifa-Kartei« der Berliner Nazis)

Wurden die Kurse regelmäßig abgehalten?

Nicht nur für Briefbomben. Meistens fanden sie im Rahmen von Wehrsportübungen statt. Da haben wir paramilitärische Übungen gemacht, Schießen, Weitwurf und diesen Quatsch samt Exerzieren.

Dann gab es auch direkt Sprengübungen. Nicht nur Briefbomben, sondern wie man Häuser in die Luft sprengen kann. An Ruinen wurden Sprengladungen angebracht, aber nur zum Teil gezündet.

Welchen Sprengstoff habt ihr verwendet?

Das hat Bendix (Wendt) gemacht. Ich hab´ mich dafür nicht interessiert. Bendix hat die Ausbildung seit 1990 gemacht. Roberto Elgert hat viele dieser Kurse organisiert. Er hat die Planung gemacht, wann und wo etwas stattfindet.

Der ist bis zur Halskrause tätowiert, hat ein »D« für Deutsches Reich im Nacken. Priem war nicht dabei.

Wollten die eine Struktur »Werwolf« aufbauen?

Da hat sich dann Roberto Elgert wieder eingemischt. Bendix (Wendt), Elgert und (Hans Jörg) Schimanek (jun.).

Es war so ausgemacht, daß sich da keiner weiter einmischt. Daß es eine Geschichte ist, die zwischen diesen dreien läuft und die Ausbildung dann von den einzelnen Leuten passieren wird.

Daß also jeder seine eigene Gruppe ausbildet?

Genau. Daß (sich) diese drei Leute aber zusammensetzen und Strukturen aufbauen. Ich war in der Gruppe im Berliner Raum.

Was war strategisch vorgegeben?

Alles was zur paramilitärischen Ausbildung gehört. Gruppenstärke 5 Leute, Bendix hat mit 4 Leuten gearbeitet. Einer bildet sich heraus, der die Leute dann führt. Es waren nicht nur 3 Gruppen, es waren schon ein paar mehr. Die haben auch Lager zusammen mit der NF in Eppendorf (Hamburg) gemacht oder mit den Hamburger Leuten zusammen.

Es ist in Deutschland und Österreich aufgebaut worden?

Ja.

Wo lag die politische Führung?

(In Berlin) Frank Lutz, Baumert, dieses Umfeld. Denen war bewußt, daß es diese Struktur gibt.

Gibt es einen Kontakt weiter nach oben? Wer könnte das sein? Wer macht die Order?

Es gibt einen Typ in Hamburg, der heißt »Philipp«. Der hat die großen Wehrsportlager in der Lüneburger Heide organisiert. Der wär´ einer, den ich dafür in der Lage hielte. [...] Der Name ist in der Hamburger Szene ein totaler Begriff. Starke Distanz zu »Steiner« (Thomas Wulff – Nationale Liste).

Nach Informationen eines Aussteigers der Hamburger Neonazi-Szene kann es sich um den aus Hamburg stammenden Philipp Steinbek (ex-ANS/NA, GdNF, FAP) handeln. Er war bereits 1989 verantwortlich für die Abhaltung von »Wehrsport/Werwolf-Übungen im Bereich Nord«. Heute ist Steinbek für die Deutsche Liga / Schleswig Holstein aktiv. ■





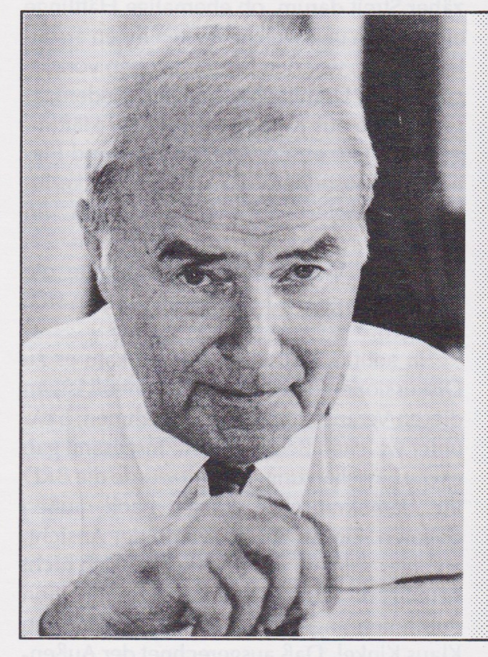


Foto oben: Hans Jörg Schimanek (jun.) leitet Wehrsportübung, er wurde am 31.3.95 zu 15 Jahren wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt
Foto mitte: Frank Lutz, ist heute bei den Hammerskins Berlin aktiv
Foto unten: Nationale Alternative 1990, neben der Fahne Roberto Elgert, 3. v. l. Heiko Baumert, rechts daneben v.l.n.r. Oliver Schweigert, André Riechert, Gottfried Küssel

8. Mai

Vergessen gegen das Vergessen

Rechtsaußen fühlt man sich als Opfer. Schon im September'94 wird im Berliner Appell »eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte« beklagt. Im Verfolgungswahn wird gar das Springerblatt Die Welt als »links« bezeichnet.



Alfred Dregger,

»Ehrenvorsitzender« der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Als solcher gab er sich die »Ehre«, den rechten Aufruf »Gegen das Vergessen« zu unterzeichnen und ihn gegen jede Kritik zu verteidigen. Vom *»in seiner Formulierung und Botschaft untadeligen«* Aufruf ist da die Rede, und zum Ausblenden des Holocaust meint er: *»Herrgott, man kann in einem kurzen Aufruf nun nicht alles erwähnen«*. Vor dem Verband Deutscher Soldaten sprach Dregger von *»Nationalmasochisten«*, die *«Deutschland wehr- und hilflos machen«* wollen. Und: *»Diese für unser Volk existenzgefährdende Strategie müssen wir bekämpfen«*.

Ebenso publiziert er im Sammelband »50 Jahre Vertreibung - Der Völkermord an den Deutschen«. Mitautoren sind u.a. Franz Schönhuber und Gerhard Frey. Kein Wunder, daß Dregger in einer NPD-Zeitung unter der Überschrift *»8.Mai'45 - Die Feigheit hat Geburtstag»* gelobt wird. Welch Ehre für den »Ehrenvorsitzenden».

Nun sieht sich der rechte Haufen wieder einmal bestätigt. Zuerst hatte die FAZ-Anzeige vom 7.April die erhoffte Aufmerksamkeit gebracht. Initiator Rainer Zitelmann frohlockte, der *»links-liberale Mainstream«* mache wie gewünscht Werbung für die geplante Veranstaltung in der Münchener Philharmonie. Am 7.Mai sollte dort, eingeleitet von einer Rede Alfred Dreggers, eine »Podiumsdiskussion« mit Zitelmann, Manfred Brunner, Bruno Bandulet, Ernst Nolte, Klaus Rainer Röhl, Alexander von Stahl, Karlheinz Weißmann und Heimo Schwilk stattfinden. Als Schlußredner sollte Ulrich Schacht auftreten. Doch die Veranstaltung wurde abgesagt, weil Dregger Star des Abends sein wollte und nicht nur Einleitungsredner. Zitelmann warf CDU und CSU sogleich vor, der *»Kampagne linker Medien«* zum Erfolg verholfen zu haben, statt offensiv gegen diese *»Polit- und Medien-Agitation vorzugehen«*.

Dabei erreichte die Initiative 8. Mai, was sie wollte - abgesehen von der Veranstaltung. Unter den knapp 300 UnterzeichnerInnen des Aufrufs befanden sich nahezu alle, die im schwarz-braunen Spektrum Rang und Namen haben: Die Parteien Bund Freier Bürger - Die Freiheitlichen (BfB) und Deutsche Soziale Union (DSU) sind durch zahlreiche Funktionäre vertreten, mit dabei auch Ortwin Lowack, Vorsitzender der Freien Bürger Union (FBU). Daneben tummeln sich diverse Vertriebenenaktivisten und etliche Land- wie Bundestagsabgeordnete der Unionsparteien bis hin zum Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger. Die FDP wird hauptsächlich durch Berliner Mitglieder repräsentiert. Die Republikaner-Funktionäre verschweigen ihre Parteizugehörigkeit lieber, so Ingeborg Seifert (»Apothekerin, Berlin«) und Ottmar Wallner (»Hotelier«). Für die Junge Freiheit sind die Redakteure Dieter Stein, Roland Bubik und Kurt Wolf dabei, Criticón wird durch Caspar von Schrenck-Notzing und Klaus Motschmann vertreten. Ausgelöst wurde eine öffentliche Diskussion - genau wie es die Initiatoren Zitelmann, Röhl, Schacht und Schwilk wollten. Ein durchaus erfolgreicher »Testlauf«, wie weit sie gehen können: Aus den Unionsparteien gab es Sympathiebekundungen. Wolfgang Schäuble, designierter Kohl-Nachfolger im Kanzleramt, ließ verlauten, gegen den Aufruf gebe *»es gar nichts einzuwenden«*, und weshalb er nicht unterzeichnet habe, beantwortete er mit: *»Ehrlich gesagt, ich bin gar nicht gefragt worden«*. In einem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 4.Mai bezeichnet Schäuble den 8.Mai als *»Trauma und Chance«* und meint: *»Bis zuletzt hatten die Soldaten im Osten die Menschen vor dem schlimmsten zu bewahren versucht, indem sie den Fluchtweg nach Westen solange wie möglich offen hielten. Es ist in diesen Tagen viel Vorbildliches an persönlichem Mut und Opferbereitschaft geleistet worden«*.

Gleichzeitig springen einige Unterzeichner ab: Hans Apel (SPD) beispielsweise - nicht aus inhaltliche Gründen, sondern *»weil ich diese Gesellschaft nicht mag«*. Ähnliche Töne kommen aus der Berliner FDP: Manfred Kittlaus und Hans-Joachim Josewski zogen ihre Unterschriften zurück und Wolfgang Mleczkowski, zusammen mit den beiden anderen und Zitelmann Verfasser eines rechten Positionspapiers (siehe Infoblatt Nr. 29), forderte in einem Brief an Zitelmann, rechtsradikale Unterzeichner zu streichen.

Wie ist nun dieses Hin und Her zu bewerten? Ist die Strategie eines Bündnisses von der rechten FDP über die Union bis hin zu den REPs gescheitert? Der rechte Klüngel dürfte kaum auf derartige Anzeigen angewiesen sein. Wie Brunner in seinem Deutschland Brief betont, stehen der *»BFB, Berliner Liberale, Ortwin Lowack und seine FBU, die DSU in Mitteldeutschland und andere«* längst im Austausch miteinander.

Aber ein weiteres Mal sehen sich die Rechtsaußen als Opfer. In zwei weiteren FAZ-Anzeigen am 28. April und 5. Mai bejammern die Initiatoren den *»Meinungsterror der 'political correctness'«* und eine *»aggressive Kampagne linker Medien«*. Der Beweis ist erbracht: Opfer des »linken Zeitgeistes« seien sie. Dennoch fühlen sie sich ermutigt: Welt-am-Sonntag Autor Schwilk kündigt im Gespräch mit der Jungen Freiheit weitere Initiativen von rechts an: Etwa zum 17. Juni und 3. Oktober. ■

Die offiziellen Gedenkveranstaltungen

in Sachsenhausen und Ravensbrück



Die Zahlreichen Veranstaltungen aus Anlaß des fünzigsten Jahrestages der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hinterlassen in der Summe doch den Eindruck, 1995 wird zum letzten Mal intensiv an den Nationalsozialismus und seine Verbrechen erinnert. Zum Jahrestag der Befreiung der KZs entschlossen sich Bundes- und Länderregierungen nach einigem Zögern, die ehemaligen Häftlinge einzuladen. Ein Schwerpunkt der Feierlichkeiten lag im Land Brandenburg. Auf der zentralen Feier in Sachsenhausen sprach unter Pfiffen der Außenminister Deutschlands, Kinkel.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltungen war es zu Verstimmungen gekommen. Ein zäher Streit darum, ob ehemalige Häftlinge eingeladen und welche Kosten ihnen erstattet werden, war den Feierlichkeiten vorausgegangen. Unmittelbar vor den Gedenktagen wurde aus Kreisen ehemaliger Häftlinge Kritik laut an der Organisation und Planung. Insbesondere die »Ravensbrückerinnen« drängten auf Veränderungen im Ablauf der Gedenkveranstaltung am 23. April. Die Veranstaltungsleitung hatte die Brandenburgische Landesregierung an sich gezogen.

In antifaschistischen Kreisen kam es zu Diskussionen darüber, ob es sinnvoll ist, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, bzw. unter welchen Bedingungen. Insgesamt gab es die Einschätzung, hiermit würde die BRD ihr demokratisches Image nach außen polieren. Einige Antifas waren der Ansicht, an einer solchen Show solle man sich nicht beteiligen. Bestärkt wurde diese Position durch den angekündigten Redebeitrag von Klaus Kinkel. Daß ausgerechnet der Außenminister redet zeige, daß es der Bundesregierung vorrangig um Außenpolitik gehe: Das Bild Deutschlands in der Welt. Gerade die Person Kinkels erregte Abscheu: Jener Außenminister, dessen Name für die neue »Weltpolitik« Deutschlands steht. Jüngste Äußerungen zu Kurdistan und besonders zu Tschechien waren zu gut im Gedächtnis.

Die BefürworterInnen einer Teilnahme beriefen sich auf den Aufruf des Internationalen Häftlingskomitees und betonten, welche Bedeutung eine offizielle Stellungnahme durch die deutsche Regierung für die Opfer hat und daß die Teilnahme von hochrangigen RegierungsvertreterInnen ihren Wünschen entspricht. Von den unabhängigen antifaschistischen Gruppen im Raum Berlin-Brandenburg gab es keinen Aufruf zur Teilnahme.

Zum ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück hatten Frauen- und Lesbengruppen mobilisiert. Auch einige Antifas legten dort und im für das KZ-System besonders wichtigen Sachsenhausen Kränze nieder. Als Aufschrift wurde eine Zeile aus dem berühmten Buchenwalder Schwur gewählt: "Kein Vergeben – Kein Vergessen«.

Die Gedenkveranstaltung in Ravensbrück wurde allgemein als würdevoll und angemessen eingeschätzt. Redebeiträge kamen von den Vorsitzenden der Lagergemeinschaft bzw. des Internationalen Komitees, Gertrud Müller und Rose Guérin, von Romani Rose für den Zentralrat der deutschen Sinti und Roma, vom brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe und von Bundestagspräsidentin Süssmuth. Anschließend zogen die TeilnehmerInnen zum Schwedtsee, um Kränze niederzulegen. Die Atmosphäre war vergleichsweise offen. Für die Frauen, die früher im Lager inhaftiert waren, erwies sich die Teilnahme junger Menschen als besonders wichtiges Zeichen. Gespräche miteinander waren in Ravensbrück möglich.

Die Situation in Sachsenhausen war anders. Insgesamt dominierte auf dieser zentralen Veranstaltung ein Gefühl der dauernden Kontrolle. Potentielle TeilnehmerInnen wurden durch massive Polizeiabsperrungen eingeschüchtert, ihre Teilnahme z.T. sogar verhindert. Auf dem Gelände selber waren Uniformierte nicht anwesend.

Als offizielle deutsch RednerInnen waren Brandenburgs Wissenschaftsminister Reiche, Jutta Limbach und Klaus Kinkel vorgesehen. Während die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes deutliche Worte über Verantwortung und Schuld fand, lobhudelte der Außenminister minutenlang über die angeblich so großartige westdeutsche Nachkriegspolitik. Als er an diesem Tag aufforderte, gleichzeitig auch der Opfer des sogenannten »Speziallagers 7«, des sowjetischen Internierungslagers auf dem Gelände des ehemaligen KZs, zu gedenken, kamen etliche Pfiffe und »Aufhören«-Rufe. Die ehemaligen Häftlinge konnten diese Rufe zunächst teilweise nur schwer einschätzen, z.T. weil sie kein deutsch können. Viele standen neugierig, teilweise aber auch ängstlich auf.

Die Einschätzung der Rufe ist unterschiedlich. Die Empörung war nicht nur spontan und echt, sondern auch gerechtfertigt. Sie stellt eine politische Stellungnahme dar, die auch an diesem Ort gerechtfertigt ist. Darauf zu verzichten heißt, die Häftlinge als politische Menschen nicht ernst zu nehmen. Andererseits nimmt ein solches Verhalten ihnen die Initiative, nach ihren Möglichkeiten und ihrem Stil entsprechend zu reagieren. Kinkel mußte z.B. ohne Applaus abtreten. Die Wirkung hiervon wäre ungleich größer gewesen, wenn es die Pfiffe vorher nicht gegeben hätte. Außerdem war abzusehen, daß zumindest einige

Häftlinge gar nicht verstehen können, ob die Aktion gegen Kinkel oder gegen das Gedenken allgemein geht. Schließlich wurde die allgemeine Würdelosigkeit der ganzen Veranstaltung noch verstärkt. Ein angemessenens Gedenken auf diesem Gelände – das z.B. für religiöse Juden einem Friedhof entspricht – war insgesamt unmöglich. So bleiben die Pfiffe umstritten, auch in der Redaktion des INFOs gibt es keine gemeinsame Position.

Eigentlich wichtig waren die Reden der Vertreter ehemaliger Häftlingsgruppen. Für das internationale Sachsenhausen-Komitee sprach Charles Désirat. Besonders beeindruckend waren die Redebeiträge des polnischen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski und des Vertreters der russischen Häftlingsverbände, Mark Teelevich. Leo van Deene sprach für die Stiftung Niederländischer Freundeskreis Sachsenhausen. Für die jüdischen Opfer Sachsenhausens sprach Jerzy Kanal, für die schwulen Häftlinge Günter Grau vom Bundesverband Homosexualität, für Sinti bzw. Roma Hugo Franz.

Trotz dieser bewegenden Reden war in Sachsenhausen eine Kommunikation zwischen den Generationen an diesem Tag nicht möglich. Die Befürchtung, die Bundesregierung werde ihn international zur Selbstdarstellung nutzen, scheint bestätigt.

Mittlerweile haben die verschiedenen Gedenkstätten auch öffentlich ihre Befürchtung erklärt, daß nach Ablauf dieses Jahres die Mittel gekürzt, das Erinnern beendet wird. ■



Einige skandinavische Ravensbrückerinnen wurden schon im März 1945 freigelassen

Antifaschistische Geschichtsarbeit



Zu Beginn des Jahres wurde in verschiedenen unabhängigen antifaschistischen Gruppen aus dem Berlin-Brandenburger Raum überlegt, wie mit den Gedenktagen im April umzugehen sei. Es bildete sich eine kleine Vorbereitungsgruppe. Unsere Überlegung war es, die Chance zu nutzen und mit einigen der fast 3.000 ehemaligen Häftlinge in Kontakt zu kommen, die anläßlich der Gedenkfeiern nach Deutschland eingeladen wurden. Ausgangspunkt war für uns eine Kritik der gängigen antifaschistischen Praxis, die die Bedeutung der Geschichte des Faschismus kaum zur Kenntnis nimmt und mit den aktuellen Auseinandersetzungen in Bezug bringt. Andererseits wird Geschichte häufig zur Legitimierung eigenen Handelns instrumentalisiert und dabei nach Gutdünken zurechtgebogen. Eine wirklich kritische Auseinandersetzung ist selten.

Wir gehen davon aus, daß die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis zum großen Teil durch die Mahnungen der Zeitzeugen wachgehalten wurde. Aber diese Menschen werden nicht mehr lange leben und erinnern können. Es fiel oft in der Vorbereitung das Stichwort: Die Staffette weitergeben. Wir, als jüngere Generation müssen die Arbeit übernehmen, die Lehren der Geschichte wachzuhalten. Schließlich war es uns wichtig, den ehemaligen Häftlingen zu zeigen, daß es in diesem Land trotz allem junge Menschen gibt, die bereit sind, gegen die »deutschen Zustände« anzugehen (bei aller Unterschiedlichkeit der Situation). Wir wollten am Wochenende 22./23.4. in Sachsenhausen präsent sein.

Zur Vorbereitung gab es einige Wochen vorher eine Veranstaltung über die Geschichte des Lagers mit dem früheren Leiter der Gedenkstätte, Hans Biereigel. Wichtig war uns, bei dieser Gelegenheit auch auf die kritischen Punkte zu sprechen zu kommen, z.B. auf die Zwiespältigkeit der Übernahme von Funktionen im Lager durch kommunistische Häftlinge. Zur Veranstaltung kamen 30 Personen.

Auf öffentliche Ankündigungen hatten wir verzichtet, trotzdem legten wir keinen Wert auf geschlossene Gruppen.

Am 22.4. trafen wir uns bei strahlendem Sonnenschein um 10.30 am Lagereingang. Gekommen waren über 100 Leute. Bis zum Beginn der Führungen mußten wir eine Stunde warten. Vereinzelt entwickelten sich, dank der Offenheit der ehemaligen Häftlinge, Gespräche. Die Anwesenheit vieler junger Menschen, die sich für das Lager interessieren, wurde bei den »Ehemaligen« positiv aufgenommen. Nach Führungen durch das Lagergelände setzten wir uns in drei Runden mit ehemaligen Häftlingen zusammen. Adolf Burger berichtete über die Fälscherwerkstatt der SS. Emil Wieden erzählte von Sabotage-Aktionen in den Heinkel-Flugzeugwerken. Franz Primus, ein alter Spanienkämpfer, berichtete von seiner Flucht aus dem Lager. Anschließend gab Otto Wiesner noch einen langen, aber fesselnden Rundumschlag über das Lager und den Widerstand.

Daß so viele Leute trotz enormer Hitze und beginnendem Sonnenbrand auf dem Gelände aushielten zeigt, daß es interessant gewesen sein muß. Für manche war es die erste Begegnung mit Zeitzeugen.

Insgesamt waren alle sehr zufrieden mit dem Ablauf. Die alten Herren erwiesen sich als interessante Erzähler. Kritisch angemerkt wurde, daß für die Begegnung mit den vielen alten Häftlingen, die an diesem Tag Sachsenhausen besichtigten, zu wenig Raum war. Das liegt aber sicher auch an unserer »Schüchternheit«, sie einfach anzusprechen. ■

8. Mai 1945 – 8. Mai 1995

Anläßlich des 8. Mai gab es in der Bundesrepublik die verschiedensten Aktionen. Einen Teil davon wollen wir hier darstellen. Ohne jeglichen Anspruch auf Vollständigkeit versteht sich.

Aachen:Befreiungstanz

Ziel einer Demo am 6. Mai unter dem Moto *»Kein Volk! Kein Reich! Kein Führer!«* war, die Perspektive der Menschen aus dem Widerstand und der Überlebenden der Verfolgung durch die Nazis zum Ausdruck zu bringen. *»Dansen op de straaten«* hatte es am 2.Mai in den benachbarten Niederlanden geheißen und so wurde auch für die Demo in Aachen zum *»Befreiungstanz«* mobilisiert.

Rund 200 überwiegend junge Menschen folgten dem Aufruf, darunter junge Niederländer und eine Gruppe Roma. Die BürgerInnen staunten nicht schlecht über den Demozug: Auf einem LKW waren Riesenlautsprecher montiert und zwei stadtbekannte DJ's drehten ihre Platten. Zwischendurch wurde ein Denkmal von Kaiser Wilhelm verhüllt und zum Abschluß spielte eine All-Star-Band Jazz, den die Nazis damals als »artfremd« verbannt hatten. Allen Beteiligten machte es Spaß, auch wenn die Resonanz bei den BürgerInnen eher naserümpfend war. Von der Politik wurde die Demo ignoriert, die Parteien ließen sich im Rathaus etwas vorbeten und gingen dann in die Kirche.

Berlin: Demo-Marathon

Gleich drei Demonstrationen gab's in der »Hauptstadt«: Am 6. Mai gab es eine antinationale Demo mit ca. 800 TeilnehmerInnen. Einen Tag später mündete ein Demonstrationszug vom *»Berliner Bündnis 8.Mai«* mit 10000 TeilnehmerInnen in einem *»Friedensfest«*. Einige Polizisten verstanden das Wort Frieden falsch, sie stänkerten rum, nahmen 19 Leute fest (vor allem Jugendliche mit PKK-Fähnchen) und verletzten einige. Und am 8. Mai kamen etwa 1500 Leute zur autonomen Demo *»Kampf den deutschen Zuständen«*. Diese wurde aufgrund der zahlreichen Polizei-Provokationen bereits vor dem geplanten Abschlußort von den VeranstalterInnen aufgelöst, 53 Leute wurden festgenommen.

Aus Berlin stammt auch der Aufruf *»Wider das Vergessen! Antwort auf einen Aufruf«* der Familie des Filmproduzenten Artur Brauner. In dem am 4.Mai veröffentlichten Beitrag heißt es, *»daß die Flucht Millionen Deutscher, die erfolgte Vertreibung ebenso wie das Bombardement von Dresden und anderen Städten ausschließlich als Folge des von Hitler angezettelten Krieges einzustufen«* sei.

Büren: Gegen Abschiebeknast

Knapp 2000 Menschen erschienen zur Demo am 7.Mai gegen einen der modernsten Abschiebeknäste der Bundesrepublik. Mobilisiert hatten rund 40 Organisationen, u.a. Flüchtlingsinitiativen. Gerade der 8.Mai ist laut den VeranstalterInnen ein Tag, an dem es notwendig sei, Protest gegen rassistische Gesetze, Abschiebehaft und Abschiebung auszudrücken. So stehe das Abschiebegefängnis in Büren (Nordrhein-Westfalen) für die *»penible staatliche Umsetzung des deutschen Rassismus«*.

Einen Tag später fanden in Neuss und Gütersloh Blockadeaktionen gegen Abschiebeknäste statt.

Erfurt: Denkmal gefordert

»Keinen Unterschied zwischen einem privaten Einbruch mit Mord zu einem Einfall in Uniform in Nachbars Land« sieht der Bundestagsabgeordnete Gerhard Zwerenz.

Daher fordert er die Rehabilitierung von Deserteuren, die im 2.Weltkrieg der Wehrmacht, einem *»Verbrecherhaufen«*, den Rücken zuwandten. Zwerenz, der am 6.Mai zu rund 250 Menschen im thüringischen Erfurt sprach, verurteilte auch die Äußerung des Ministerpräsidenten BERNHARD VOGEL (CDU), von den deutschen Soldaten, *»die bis zuletzt ihre Pflicht in Ehren erfüllten«*.

Der Abgeordnete und Schriftsteller hielt seine Rede anläßlich der Einweihung eines Denkmals für Wehrmachtsdeserteure, das in der Stadt für einige Aufregung sorgt.

Hamburg: Unerwünscht

Gar nicht lustig fanden einige Ordnungshüter, daß von den 20000 ZuhörerInnen der Rede des britischen Prinz Charles am 3.Mai einige ihre eigene Meinung artikulieren wollten. Die mitgebrachten Schilder *»Deutsche Täter sind keine Opfer«* erregten das Gemüt der Beamten. Nach handfesten Rangeleien zogen die uniformierten Diebe mit ihrer Beute ab.

Rathenow: Friedliche Demo

Im brandenburgischen Rathenow fand am 7. Mai eine Demonstration statt, an der ca. 400 vor allem junge Antifas aus dem Land Brandenburg teilnahmen. Die 8. Mai-Demonstration hat in Rathenow Tradition – schon seit vier Jahren organisieren Antifas hier jährlich eine Gedenkdemonstration. 1991 und 1992 war die Demonstration von Neonazis angegriffen worden. 1993 und 1994 provozierte die Polizei so lange, bis es am Ende zu heftigen Auseinandersetzungen und zahlreichen Festnahmen kam.

Dieses Jahr waren drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei im Einsatz. Schon am Ortseingang fanden Autokontrollen statt – *»zum Schutz vor Rechten«*, so ein Polizeibeamter. Wie üblich wurden aber nur Autos von AntifaschistInnen kontrolliert.

Redebeiträge erinnerten an die Geschichte der Stadt während der NS-Zeit und an die Vernichtung der jüdischen Gemeinde.

Ein weiterer Redebeitrag beschrieb die aktuelle Situation: Seitdem die Sammlungsorganisation DIE NATIONALEN in Rathenow Ortsgruppe und Postfach unterhalten, hat der rechte Straßenterror in Stadt und Umgebung wieder zugenommen. Ende März hatten Neofaschisten aus Rathenow, Neuruppin und Wittstock versucht, das Flüchtlingswohnheim in Kyritz anzugreifen. Bei ihrer Verhaftung fand die Polizei etliche Molotowcocktails in deren Autos.

Die Demo endete dann – trotz Polizeispalier und einer Nazidrohung vom Vortag, die Demo anzugreifen – friedlich. Aber da es ja noch Polizeistatistiken gibt, die zu füllen sind, konnten sich die Ordnungskräfte einen letzten Einsatz nicht verkneifen: Als einige DemoteilnehmerInnen abreisen wollten, stürmte ein Polizeigreiftrupp unter dem Vorwand, am Bahnhof sei eine Scheibe eingeschlagen worden, einen Zug, prügelte die Jugendlichen heraus und nahm fünf von ihnen fest.

Polizei verhindert antifaschistische Geschichtsarbeit

Die Brandenburgische Polizei verhinderte am 23.4.1995 die Teilnahme von 35 WuppertalerInnen an der Gedenkfeier für die Befreiung des Frauen-KZ Ravensbrück.

Eine extra geschaffene Arbeitsgruppe Geschichte hatte den Aufenthalt seit einem halben Jahr vorbereitet, Kontakte zum Häftlingskomitee aufgenommen und öffentlich geworben.

Am 22. April besichtigte die Gruppe völlig friedlich die Gedenkstätte und sprach mit Frauen vom Häftlingskomitee. Denen stank es, daß am folgenden Tag Soldaten Kränze niederlegen sollten. Sie betrauten Frauen damit, u.a zehn Wuppertalerinnen. Die kamen aber nicht hin.

Am 23. April hielt die Polizei den nach Ravensbrück fahrenden Bus an. Trotzdem die überwiegend jugendlichen Leute ihr Anliegen erklärten, wurde ihnen stundenlang die Weiterfahrt verwehrt. Die Begründungen waren an den Haaren herbeigezogen und widersprüchlich. So wurde u.a. behauptet, einzelne TeilnehmerInnen seien in der Vergangenheit gewalttätig aufgefallen. Unter dem Vorwand, die Personalienfeststellung könne nicht vor Ort durchgeführt werden, wurde der Bus nach Gransee gefahren und dort weitere Stunden aufgehalten. Es gebe, wie Polizisten erklärten, den Befehl, die Weiterfahrt zu verhindern. Gegen 17 Uhr eskortierte die Polizei den Bus an die Landesgrenze und sprach ein »Landesverbot« bis 24 Uhr aus. Auf die Forderung nach einer Anordnung in schriftlicher Form, wurde erklärt, ein »Landesverbot« werde mündlich ausgesprochen.

Zwei Journalisten, die die Gruppe begleitet hatten, wurde durch die Landesregierung die Teilnahme an der Veranstaltung verweigert, ebenfalls unter fadenscheinigen Begründungen.

Drahtzieher der Aktion scheint das Düsseldorfer Landeskriminalamt zu sein. Ein Zivilwagen des Wuppertaler Staatsschutzes habe sich, so die Betroffenen, während der Kontrolle im Hintergrund aufgehalten. Es stellte sich heraus, daß die Staatsschützer die Gruppe bereits am 22.4. auf dem KZ-Gelände observiert hatten.

Die AG Geschichte sowie die betroffenen Journalisten haben inzwischen Strafantrag gestellt.

Die Brandenburgische Polizei begründete ihre Maßnahmen mit Erkenntnissen, wonach die TeilnehmerInnen der »gewaltbereiten 'linken autonomen Szene'« zugehörten. Zur Gewährung eines störungsfreien Ablaufs sei ein Platzverweis ausgesprochen worden, »da sie dem nicht folgen wollten« sei der Bus abgewiesen worden. Von »Landesverbot« stand im Polizeibericht nichts.



Aachen

Ungewollter Preis

Das Lokalblättchen Aachener Nachrichten wählte die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten (VVN/ BdA) als Preisträger der *»Schlafmütze des Jahres 1994«*. Den aus einer schwarz-rot-goldenen Zipfelmütze und einer Urkunde bestehende Preis wollte der Chefredakteur am 30. Januar jedoch nicht entgegennehmen.

»Ausschlaggebend für die Preisverleihung«, so teilt VVN/ BdA mit, sei *»der ununterbrochene Abdruck der unsäglichen Serie 'Heute vor 50 Jahren'«*. Diese Serie sei reine Nacherzählung der Wehrmachtsberichte, sie lasse *»die Alliierten Feind und Aggressor sein, die Deutschen werden als Opfer dargestellt«*. Und die *»verbrecherischen Aktionen der Wehrmacht werden jetzt sogar noch als der 'deutsche Widerstand' verkauft.«* Die Aachener Nachrichten sind damit die erste Preisträgerin der *»Schlafmütze des Jahres«*, der Preis soll aber auch nächstes Jahr wieder vergeben werden.

Beckum/ Celle

High-Tech-Antifa

Seit dem 25. Januar bzw. 9. Februar gibt es in Beckum und Celle je eine Antifa-Mailbox.

Die Edelweiß-Piraten Beckum-Oelde haben ihre Mailbox eingerichtet, um Antifa-Gruppen die Möglichkeit zu geben, Flugblätter, Zeitungen, Vorankündigungen, wichtige Aktionen, Demos, Rundbriefe etc. weiterzugeben.

Die Mailbox des Antifaschistischen Arbeitskreises Celle ist hingegen hauptsächlich für die Planung des antifaschistischen Pfingstcamps '95 gedacht. Sie ist jede Woche von Donnerstag, 18.00 Uhr bis Freitag, 4.00 Uhr früh am Netz. Hier sollen Infomationen über das Bündnis gegen Rechts, das rechtsextreme Schulungszentrum in Hetendorf, Presseartikel hierzu, Flugblätter der Celler Antifa sowie Materialien anderer Antifagruppen verfügbar sein.

Beiden Mailboxen können Infos auf Disketten im ASCII-Format zugeschickt werden:

Edelweiß-Piraten Beckum-Oelde, Postfach 2337, 59256 Beckum, Kennwort Mailbox, »Lost in Space«, 05523-6086.

Antifaschistischer Arbeitskreis Celle, c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle, 05145-93007 (jeden Do., 18 Uhr bis Fr., 4 Uhr).

Berlin

Aktionen gegen Nazi-Laden

Mit zwei Demonstrationen und einer Blockade protestierten im April überwiegend jugendliche AntifaschistInnen im Stadtbezirk Prenzlauer Berg gegen den Laden »Ha-Ra-Kiri« (Grell-. straße 1 b).

Zwar ist »Harakiri« nicht als Fascho-Laden eröffnet worden, verkauft wurden aber seit Beginn die Mode der Skinhead-Szene sowie deren Musik. Im Laufe der Zeit wurden dann auch Skin-Magazine wie das Berliner Neonazi Fanzine WEHRT EUCH, Aufnäher und Oi-Musik ins Sortiment aufgenommen. Der Inhaber, HENRY HARM, hatte zuvor bereits im Nachbarbezirk Pankow einen Laden namens »No Remorse« unterhalten, mußte diesen nach Antifa-Protesten jedoch schließen.

Am 8. April sammelten sich 300, zwei Wochen später noch einmal 150 Jugendliche zu Demonstrationen gegen den »Ha-Ra-Kiri«. Am 27. April versuchten Antifas, den Laden zu blockieren. Wie bei den vorherigen Aktionen war die Polizei zahlreich zum *»Objektschutz«* erschienen. Harm und seine aus einem Jugendförderungsprogramm bezahlte Angestellte NICOLE RADECKE schienen sich darauf jedoch nicht verlassen zu wollen: Einige Nazi-Schläger hatten sich zum Schutz des Ladens eingefunden.

Buchholz

»Philosophischer Abend« fiel aus

Durch eine *»entschlossene, aber gewaltfreie Aktion«* verhinderte die Antifa Buchholz am 25. Februar eine Veranstaltung der beiden heidnischen Vereine FREUNDESKREIS FILMKUNST und HEIDEHEIM. In beiden Vereinen betätigt sich auch JÜRGEN RIEGER aktiv. Der Heideheim e.V. unterhält zudem das faschistische Schulungszentrum

in Hetendorf. Im Haus des Vorsitzenden beider Vereine, GERHARD HENNIG (Soltauer Straße 74, 21244 Buchholz) sollte ein *»Philosophischer Abend«* stattfinden. Doch die Blockade des Grundstücks durch ca. 70 AntifaschistInnen bewegte den Diplom- Ingenieur Hennig zur Absage der Veranstaltung. Auch STEFAN BLIESMER, Niedersächsischer Schatzmeister der tags zuvor verbotenen FAP, mußte wieder abreisen.

Delitzsch

»Nicht in Nazi-Hand«

Delitzsch ist nicht einfach irgendein Städtchen in Sachsen-Anhalt. Der Name des zwischen Leipzig und Dessau gelegenen Ortes steht für erfolgreichen Widerstand gegen den alltäglichen Nazi-Terror. Seit der Jahreswende 1994/95 hatten jugendliche Rechtsradikale, zum größten Teil aus der näheren Umgebung angereist (Eilenburg, Landsberg und andere Nachbardörfer), versucht, sich breitzumachen und Andersaussehende oder -gesinnte zu terrorisieren. Angefangen damit, daß bestimte Diskos nicht mehr betreten werden konnten, ohne Gefahr zu laufen, von Nazis angepöbelt zu werden, bis zu gezielten Aktionen spitzte sich die Situation immer weiter zu.

Höhepunkt war ein Treffen von FAP und Sympathisanten im Schenkenberger »Kulturhaus«: Geduldet von Polizei und Bundesgrenzschutz versammelten sich am 18. Februar rund 150 Faschisten, ohne daß die örtliche Antifa etwas dagegen unternehmen konnte. Es blieb nur, den Nazi-Treffpunkt in den anschließenden Wochen mehrmals zu entglasen.

In der Folgezeit trafen sich die Nazis fast allabendlich in Delitzsch. Schwerpunkt war der Stadtteil Delitzsch-Nord, wo die Rechten, angeführt von S. BACHMANN, Linke auf der Straße und sogar deren Wohnungen angriffen. Am Abend des 11. März trafen sich auswärtige und Delitzscher Nazis an ihrem üblichen Treffpunkt – offenbar planten sie einen Angriff auf das stattfindende Punk-Konzert. Das entschlossene Auftreten einiger engagierter Jugendlicher schlug die »deutschen Recken« allerdings in die Flucht, zwei ihrer Autos mußten sie jedoch zurücklassen und fanden sie später nicht mehr ganz fahrtüchtig vor.

Nach dieser Aktion entschlossen sich örtliche Antifas, energischer in dem Städtchen aufzutreten. Am 18.März fand daher eine »Spontandemo« mit ca. 150 bis 200 TeilnehmerInnen statt. Anlaß war ein für den gleichen Tag im »Kulturhaus« in Schenkenberg geplantes Treffen der Jung-Faschos. Lautstark machte sich der bunte Demonstrationshaufen in Delitzsch-Nord bemerkbar, die PassantInnen und AutofahrerInnen wurde mittels Flugblättern, die AnwohnerInnen mittels Plakaten über den Grund des Aufzuges informiert. Ziel der Demo war natürlich das »Kulturhaus«, wo dem Gastwirt nochmals deutlich gesagt wurde, daß Nazitreffpunkte in und um Delitzsch nicht gern gesehen werden.

Am Abend desselben Tages versuchten die rechten Jugendlichen wie üblich, ihren Terror zu verbreiten, mußten jedoch feststellen, daß dies nicht so einfach hingenommen wird.

Örtliche AntifaschistInnen bezeichnen die Demo als Erfolg: *»Seit dem 18.03. gab es in Delitzsch keine Überfälle auf Punks und Antifas mehr, auswärtige Nazis wurden nicht mehr gesichtet«* und den Rechten sei deutlichgemacht worden, daß *»faschistischer Terror nicht hingenommen wird«*. Außerdem verzeichne das »Kulturhaus« in Schenkenberg *»ständig sinkende Besucherzahlen und eine Schließung bzw. ein neuer Pächter wären keine Überraschung«*.

Düsseldorf

Notwendige Einmischung

Unter der Parole *»Alle reden vom Krieg – wir fliegen sie hin«* gab es am 20. Januareine Demo auf dem Düsseldorfer Flughafen gegen Abschiebungen. Insbesondere richtete sich die Aktion gegen die Flughafengesellschaft und die Linie Ghana Airways, die sich aktiv als Handlanger des Bundesgrenzschutzes an Abschiebungen beteilige. Das Hamburger »Büro für notwendige Einmischung« gab Fluggästen Tips, wie sie Abschiebungen verhindern könnten: *»Schnallen Sie sich bitte nicht an, dann hat der Flugkapitän ein erhebliches Problem: Er darf nicht starten«*.

Hamburg

REPs flogen raus

Der Landesparteitag der Republikaner am 19. März war ganz plötzlich zu Ende. Ungefähr zwanzig AntifaschistInnen tauchten im Clubhaus des »SC Union 03« bei Diebsteich auf und schon gab's Streit und Rangeleien mit den 60 überwiegend männlichen und Über-vierzigjährigen REP-Delegierten. Der Wirt rief daraufhin die Polizei und erteilte den AntifaschistInnen wie den Republikanern Hausverbot.

Koblenz

Protest gegen REP-Parteitag

»Gemischte Gefühle« begleiten die Antifa-Koordination Rhein/Mosel, wenn sie an den Landesparteitag der rheinland-pfälzischen Republikaner am 12. März zurückdenkt. Denn ihr Ziel, den Parteitag in der Koblenzer Rhein-Mosel-Halle zu verhindern, erreichten die Antifas nicht.

Am 7. März war die Absicht der Rechtsaußen-Partei bekannt geworden. Die Antifa-Koordination begann sofort mit der Mobilisierung für eine Demonstration zur Rhein-Mosel-Halle, informierte die Lokalpresse und schickte Protestnoten an den Oberbürgermeister Schulte-Wissmann (SPD). Als dieser ankündigte, den Parteitag zu verbieten, wurde die Mobilisierung zum größten Teil wieder abgeblasen. Am 11.März hob ein Gericht auf Antrag der Republikaner das Verbot jedoch wieder auf.

So kamen nur 80-100 Leute zur Kundgebung am 12.März, betrachtet und belächelt von doppelt soviel PolizistInnen. Nachdem die Ordnungshüter zunächst die Personalien aller KundgebungsteilnehmerInnen feststellen wollten, konnte es schon als »Erfolg« gelten, daß sie dies nur vereinzelt taten, wenn sie gerade nichts anderes zu tun hatten.

»Einziger schwerwiegender Fehler« bei der Aktion war laut der Antifa-Koordination *»die unterbrochene Mobilisierung, ansonsten waren wir auf alles vorbereitet«*. Positiv vermerkt wurde allerdings *»das relativ gute lokale Presseecho«*



Denkmal-Einweihung

Am 7. Juni wird in Berlin-Steglitz um 11.00 Uhr auf dem Hermann-Ehlers-Platz das Denkmal für die deportierten Jüdinnen und Juden des Bezirks eingeweiht. (siehe Info-Blatt Nr. 28).

Auf dieser Einweihungsfeier sprechen Bausenator Nagel (SPD), der Leiter des Centrum Judaicum, Simon, drei ehemalige Steglitzer Juden sowie eine Schülerin der Friedens-AG der Steglitzer Fichtenberg-Schule, die sich seit langen für die Errichtung des Denkmals einsetzt. Zum Schluß spricht ein Rabbiner das jüdische Totengebet.

sowie, *»daß die Raumvergabepraxis der Stadt überhaupt mal öffentliches Thema war, und sich der Bürgermeister genötigt sah zu handeln«*.

Lörrach/Schopfheim

»Hausbesuche«

Ungebetene Gäste tauchten anläßlich des Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung im Landkreis Lörrach bei zwei Nazis auf. CHRISTOF BAUER, Mitglied der WIKING JUGEND, des HILFSWERKES NATIONALER GEFANGENER (HNG) und der AKTION SAUBERES DEUTSCHLAND (ASD), erhielt am 30. Januar ebenso Besuch wie sein »Kamerad« MANFRED TEUBER. Bauer und Teuber hatten u.a. in Lörrach bzw. dem Nachbarort Schopfenheim für das Bürgermeisteramt kandidiert.

Sinn der Aktion sei gewesen *»darauf aufmerksam zu machen, daß auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Neonazis aktiv sind, und wir alle aufgefordert sind, dagegen klare Stellung zu beziehen«*.

Thüringen

Neue Antifa-Zeitung

Im November 1994 erschien die letzte Ausgabe der Antifa Nachrichten Thüringen. Grund dafür ist, daß die BÜRGERRECHTSBEWEGUNG SOLIDARITÄT einen Gerichtsbeschluß erwirkte, nachdem die Antifa Nachrichten Thüringen eine Gegendarstellung abdrucken mußten. Die Redaktion war zwar bereits vorher auseinandergefallen, doch für den Fall des Nicht-Abdrucks hätte eine Vertragsstrafe in Höhe von 20.000 Mark für den presserechtlich Verantwortlichen angestanden. Also wurden Spenden zusammengekratzt, um ein Erscheinen der letzten Ausgabe zu ermöglichen. Auf der Titelseite heißt es so auch: *»Dies ist eine Zeitung ohne Redaktion und erscheint lediglich aus juristischen Gründen«*.

Da sich mit dem Fehlen der Antifa Nachrichten Thüringen jedoch etliche Leute nicht abfinden wollten, fanden sie sich zu einer Redaktion zusammen und riefen eine neue lokale Antifa-Zeitung mit dem Namen Thüringer Antifa Nachrichten ins Leben. Bestellbar ist sie für 1,50 Mark (plus Protokosten) unter folgender Bezugsadresse:

Thüringer Antifa Nachrichten, Joseph Grüne, Eislebener Straße 3, 99086 Erfurt

Tübingen

Techno statt Burschengesang

Aus dem alljährlichen »Mai-Singen« von Burschenschaftlern in der Nacht zum 1.Mai wurde in diesem Jahr nichts. Etwa 1500 Leute und laute Musik übertönten das deutschnationale »Liedgut«.

In Tübingen hatten sich in den letzten Jahren immer zum 1.Mai einige hundert Burschen versammelt, um mit Fackeln und Gesang der Reichsgründung von 1871 zu gedenken. Dieses Jahr hatte sich allerdings ein *»Tübinger Wohlfahrtsausschuß«* gebildet, mit dem Ziel, den strammen Studenten etwas entgegenzusetzen.

Als sich punkt Mitternacht 300 Burschenschaftler mit Fackeln zum Singen versammelten, waren GegendemonstrantInnen bereits zahlreich erschienen.

Die ebenfalls in großer Zahl anwesende Polizei schirmte zwar die singenden Fackelträger weiträumig ab, konnte aber nicht verhindern, daß der völkische Gesang von Techno-Musik aus dem Lautsprecherwagen übertönt wurde.

Für das nächste Jahr ist erneut lautstarker Protest gegen die Burschenschaften geplant.

Winterreute/ Biberach

Festival gegen Rassismus

»Eine Handvoll Idealisten und Aktivisten« bereitet derzeit ein zweitägiges Festival »Umsonst und Draußen« vor. Stattfinden wird das Festival am 21. und 22. Juli in Winterreute, ein Ort zwischen Biberach und Ummendorf in Oberschwaben (laut den VeranstalterInnen *»eine konservative Region, ... fast so schlimm wie Oberbayern«*).

Geboten werden soll an den beiden Tagen nicht nur jede Menge Musik – es gibt zwei Live-Bühnen – sondern auch ordentlich Programm wie Skaterbahn, Flohmarkt usw. geben. Auch Aktivitäten für Kinder werden angeboten.

Vor allem soll das Publikum aktiv eingebunden werden, es soll kein *»typisches Zudröhn- und Abhängfest«* werden. Angesprochen werden soll ein *»breites Spektrum an Menschen«*, es ist *»also nicht gerade ein ober-linkes Ereignis, aber wir denken, daß sich unvoreingenommene Antifas trotzdem wohlfühlen werden«*, so die VeranstalterInnen.

Tod eines Faschisten

In der Nacht zum 6. Mai kam es in einer Diskothek im thüringischen Neuhaus zur Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken.

Dabei kam der 15jährige Christian seinem Bruder, der von einem Faschisten brutal verprügelt wurde, mit einem Messer zur Hilfe. Er geriet mit SANDRO WEILKES (21) aus Sonneberg aneinander, welcher später im Krankenhaus an inneren Blutungen starb. Christian hat gestanden und sitzt seitdem in Untersuchungshaft.

Die Stimmung in der Stadt ist recht gespannt, die Linken befürchten Übergriffe auf einzelne Personen wie auf das Jugendzentrum. Sonnenberger Faschisten kündigten einen *»Krieg zwischen Rechten und Linken«* an. Am 7. Mai versammelten sich ca. 50 Faschos vor der örtlichen Diskothek und griffen ein Mädchen an.

Ein für den 13. Mai angekündigter *»Trauermarsch«* wurde von der Polizei aufgelöst.

Die Antifaschistische Initiative Moabit

Moabit ist ein Teil des Berliner Bezirks Tiergarten. Seit einiger Zeit gibt es dort die Antifaschistische Initiative Moabit (AIM). Wir hoffen, daß das Interview mit vier Leuten von der AIM für andere Gruppen Anregungen gibt, wie Antifa-Arbeit im näheren Wohnumfeld (»Kiez«) aussehen kann.

Wenn man hier rumgeht in Moabit, sieht man oft in Kneipen antifaschistische Flugblätter ausliegen und eure Zeitung. Ist das so, daß die Leute hier im Kiez Euch akzeptieren und kennen als Gruppe?

Sabine: Ich denke, prinzipiell ist es erstmal richtig, daß Kiezarbeit ein wesentlicher Schwerpunkt ist, der unsere antifaschistische Arbeit ausmacht. Das heißt u.a. Flugblätter zu erstellen und eine Zeitung zu machen, die sich an die Leute richten, die hier leben. Dazu, wie weit wir hier angenommen sind, haben wir unterschiedliche Einschätzungen. Fakt ist, denke ich, daß wir bei den politisch organisierten Leuten, seien es Parteien oder Initiativen, daß wir da bekannt und identifizierbar sind. Und was den sogenannten »Normalbürger« betrifft, der sich erstmal nicht anderweitig organisiert, versuchen wir über eine regelmäßige Präsenz vor der Markthalle, durchs Zeitungverteilen, einfach immer wieder, daß eine Chance besteht, uns zu vermitteln. Da stell' ich schon fest, daß wir z.T. wiedererkannt werden, daß die Zeitung einen Wiedererkennungswert hat.

Wie oft gebt ihr eure *Antifaschistische Zeitung* denn raus?

Tina: Unregelmäßig. Was sich eingependelt hat, ist ungefähr alle zwei Monate und ab und zu auch mal eine Sonderzeitung oder ein Sonderflugblatt zwischendrin bei aktuellen Sachen. Aber wir versuchen schon, daß die Abstände nicht länger als 3 Monate sind.

Wenn man sich das anguckt, ist das ja für eine antifaschistische Zeitung von den Themen her ziemlich breit. Spiegelt das eure Arbeit wider, oder sind das die Themen, die euch zwar besonders wichtig sind und die ihr mitthematisieren wollt, die aber nicht den Schwerpunkt Eurer Arbeit ausmachen?

Tina: Was in unserer Zeitung steht, betrifft immer wieder Sachen, die wir auch machen, und ich würde Antifa auch nicht so ganz eng sehen. Da taucht vielleicht mal das eine oder andere Thema zusätzlich auf, was wir jetzt nicht in der politischen Alltagsarbeit machen, aber im Grunde gucken wir schon, daß wir zu dem, was uns im Kiez auffällt, auch was sagen.

Bernd: Das geht auch weiter in der Zeitung: Wenn da z.B. was zu Europa steht, dann hat das auch einen Bezug zu dem, was in der Gruppe an Auseinandersetzungen gelaufen ist.

Könnt ihr ein bißchen was zur Zusammensetzung eurer Gruppe sagen?

Tina: Also sowohl vom Alter ist es sehr unterschiedlich, als auch von dem, was die Leute machen. Es ist eben nicht so, daß wir alle aus der selben Arbeitswelt kommen, und darin spiegelt sich auch, daß wir alle eine unterschiedliche Geschichte haben, eine unterschiedliche Herkunft.

Bernd: Was auffällig und vielleicht auch ein bißchen problematisch ist: Daß die Jugendlichen fehlen. Es sind keine Jugendlichen in der Gruppe und es gibt auch wenig Anbindung an Jugendliche hier im Kiez.

Melanie: Ich denke auch wegen der Arbeitsweise – ich glaube, daß das einfach nicht ansprechend genug ist...

Bernd: Also, wir machen natürlich eine große Veranstaltung, die auch für Jugendliche ist, das ist die Demo jedes Jahr am 9. November. Das werden immer mehr Leute, also meistens Jugendliche. Aber so in der ständigen Arbeit...

Sabine: Es ist schon so, daß bei Aktionen, bei denen wir mobilisieren – bis zu 50 Leute! –, daß da immer wieder auch Jugendliche dabei sind. Das ist dann aber eher ein Spektrum von Jugendlichen, die schon Antifa-Arbeit machen.

Was macht ihr da an der Markthalle – bzw. was macht ihr insgesamt für Aktionen?

Tina: An der Markthalle verteilen wir die Zeitung. Vor allen Dingen im Wahlkampf, aber auch so. Uns ist es wichtig, daß die REPs hier im Kiez gar nichts, oder möglichst wenig zu sagen haben. Da ist das Problem, daß die hier in der BVV sitzen [Bezirksverordnetenversammlung – die gewählten Vertretungen in den Berliner Verwaltungsbezirken, Anm. der Red.], und eben auch FRANK SEIFERT, der ist Vorsitzender der REP-Jugend Berlin und kann dadurch, daß er berlinweit ziemlich gut vernetzt ist, auch jederzeit so ein paar, ich sag mal: kräftige Jungs dazuholen. Die versuchen hier immer wieder, Stände zu machen, wo sie ihre Propaganda loswerden wollen.

Sobald wir das mitkriegen, gehen wir da mit mehreren Leuten hin. In letzter Zeit haben wir immer mehr versucht, »Mensch-zu-Mensch-Deckung« zu machen: Daß immer, wenn jemand was verteilt, sich jemand von uns daneben stellt und den Leuten erklärt, daß sie das nicht nehmen sollten, daß das Faschisten sind. Da ist eigentlich die Resonanz von den PassantInnen oft sehr positiv. Oft haben wir's auch erlebt, daß sie diese Flugblätter nicht nehmen oder zerreißen.

Bernd: Ja, oder wir stellen ihnen halt, als Aktionsform, einen Müllbeutel zur Verfügung, wo sie das dann entsorgen können. Oder, wenn wir wissen, daß Seifert oder andere in der BVV reden, sind wir da halt präsent und versuchen, die Tribüne einzunehmen.

Wie lange gibts euch als Gruppe?

Bernd: Ganz am Anfang gab's ein Aktionsbündnis, das also in dem Sinne funktioniert hat, daß es verschiedene Gruppen hier im Kiez gab, so linkes Spektrum, die halt sone Art Plattform gegründet haben, die also auch die erste 9.November-Demo initiiert haben. Dann gabs die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen [1992 – Anm. der Red.] und im Kiez und natürlich überall gab's ne sehr große Betroffenheit. Weil dieses Aktionsbündnis sich da nicht so erfolgreich war, kam halt die Idee auf, die Gruppe zu vergrößern und eine eigenständige Gruppe zu gründen. Dann wurde von einigen Leuten eine Veranstaltung organisiert, mit Filmvorführung und anschließend eine Diskussion, was für Möglichkeiten es hier im Kiez konkret gibt, um gegen diese Entwicklung vorzugehen. Das war im Grunde die Entstehung der Ini, danach waren wir eine bestimmte Gruppe von Leuten, die sich regelmäßig getroffen haben. Wir versuchen, diesen offenen Charakter weiter beizubehalten, indem bei allen Veranstaltungen, die wir machen, die Leute wenn sie möchten ihre Adresse dalassen können. Wir besuchen sie dann und sprechen mit ihnen. Es kann also jeder, auch wenn er nicht in einer festen Gruppe organisiert ist, mitmachen.

Sabine: Das ist eine ganz wichtige Sache: Meistens ist es doch so, daß – nicht nur in antifaschistischen Gruppen – eine feste Struktur besteht, daß es außenstehenden Leuten also ganz schwer fällt, da rein zu kommen. Wir versuchen zumindest, das ein bißchen aufzubrechen, so daß also Leute, die Interesse haben, hier anfangen können.

So ne Struktur, wie Du sie grade negativ beschrieben hast, macht es ja Leuten schwer, sich in antifaschistischen Gruppen zu organisieren. Ich hak' da gleich mal nach. Ich finde es ganz interessant hier heute: drei Frauen, ein Mann, spiegelt das die Situation in der Gruppe oder ist das ein Zufall?

Bernd: Das spiegelt das schon – spiegelbildlich...

Tina: Leider ist das so mit der Zeit entstanden, vor zwei Jahren war es noch eher halbe/halbe.

Sabine: Wir haben da schon die unterschiedlichsten Lösungsansätze diskutiert, woran das liegen könnte, daß Frauen eher wegbleiben als Männer. Prinzipiell ist das natürlich klar, daß auch auf unsere Gruppe, wie auf jede linke oder auch normalbürgerliche Gruppe, Dinge zutreffen: Daß es immer wieder dominante Gesprächsstrukturen und ähnliches gibt. Anderseits stellen wir auch fest, daß es nicht nur daran liegt, sondern möglicherweise auch daran, daß Frauen tendenziell, oder oft, private Gründe haben fernzubleiben, oder solche Sachen auch als wichtig empfinden. Ich denke, daß es uns in einem bestimmten Rahmen schon schwer fällt, solche Sachen irgendwie zu integrieren, also irgendwelche privaten Gründe mit aufzufangen.

Wenn ihr die Situation hier im Kiez, nochmal ein bißchen beschreiben könntet...

Bernd: Das wollte ich ganz am Anfang schon mal sagen: Also ein Grund die Ini zu gründen, abgesehen von dieser Rostock-Lichtenhagen-Betroffenheit, war, daß die REPs hier zehn Prozent gekriegt haben. Das war so der Punkt, wo viele Leute gesagt haben, das ist zuviel, wenn die in die BVV einziehen und da Politik machen. Das ist halt proletarisches Klientel hier im großen und ganzen und der Anteil von rechten Wählern ist hier relativ hoch.

Moabit hat doch eigentlich auch einen hohen Anteil an Immigrantinnen und Immigranten. Gibt's da eine Zusammenarbeit?

Bernd: Wir haben das so ansatzweise versucht, aber das Problem ist halt: Wir haben ja keine festen Bündnisse mit bestehenden Gruppen, sondern nur Aktionsbündnisse.

Die politisch aktiven ImmigrantInnen sind in der Regel über feste Gruppen zu erreichen. Zum Beispiel, als es rassistische Übergriffe in einer Polizeiwache hier in Moabit gegeben hat. Da haben wir siebensprachige Flugblätter rausgegeben und verteilt. Aber das hat sich halt nicht in einer kontinuierlichen festen Zusammenarbeit niedergeschlagen. Wir bedauern das sehr, das ist so ähnlich wie mit den Jugendlichen.

Sabine: Ja, bedauern ist die eine Sache. Ansonsten finde ich eigentlich die Forderung nach Zusammenarbeit mit ImmigrantInnengruppen prinzipiell total wichtig, und manchmal merke ich aber, daß mich das total überfordert.

Ihr habt vorhin eure Demo am 9. November erwähnt...

Tina: Ja, wir machen ja die letzten vier, fünf Jahre am 9. November eine antifaschistische Demonstration. In der Regel mit wachsender Anzahl an TeilnehmerInnen, wie gesagt viele Jugendliche. Wobei wir eigentlich gerne hätten, daß auch mehr ältere Menschen, breitere Schichten aus dem Bezirk dran teilnehmen. Das ist, wie ich meine, viel zu wenig der Fall. Auf der Demonstration folgen wir teilweise dem Weg, den die jüdischen Leute zum Deportationsbahnhof Putlitzstraße getrieben worden sind. In der letzten haben wir auch versucht, aufzunehmen, inwieweit hier im Bezirk auch konkret Leute jüdische Leute versteckt haben. Um zu zeigen, was hier im Kiez alles war. Und, daß die meisten Leute das alles eigentlich mitgekriegt haben müßten, nur nicht reagiert haben.

Wie wirken auf euch die Diskussionen um Geschichte, die in Berlin dies Jahr aus Anlaß des 8.Mai geführt werden?

Bernd: Ich habe da ehrlich gesagt Schwierigkeiten, mich jetzt in so einem Interview zu äußern. Das ist nämlich in der Gruppe nicht so richtig diskutiert.

Tina: Naja, wir streiten da halt drüber. In bestimmten konkreten Sachen müssen wir in der Gruppe natürlich eine Meinung bilden. Aber eigentlich gucken wir schon, daß wir es schaffen, daß in der Gruppe vielfältige und unterschiedliche Meinungen oder Ansichten existieren können. Und wir gucken, daß wir aus dieser Vielfalt auch möglichst viel Positives machen. Wir versuchen natürlich, bestimmte Sachen auch auszudiskutieren, besser gesagt: da inhaltlich weiterzukommen. Aber es ist von uns auch gewünscht, daß auch möglichst vielsetige Ansichten da sind. Und gerade an so Fragen sind die auch da und lassen sich garantiert nicht zu einem Punkt bringen.

Sabine: Deine Frage war ja auch, wie wir die Diskussion einschätzen, die hier in Berlin läuft. Was ich gut finde ist, daß die Diskussion läuft, ganz klar. Was ich zum Kotzen finde ist, wie die Diskussion läuft und daß diese Fronten in der Härte verlaufen, wie sie verlaufen. Ich fänd's supergut, wenn diese Auseinandersetzung auf ner konstruktiven Ebene verlaufen würde. Was für mich auch beinhaltet, daß am 8.Mai zwei oder drei Demonstrationen möglich sind. Aber Gruppen, die unterschiedlicher Meinung sind, sollten trotzdem auf einer Demonstration vertreten sein. Da kann man ja konstruktiv drüber streiten...

Ist es bei euch möglich, zu streiten?

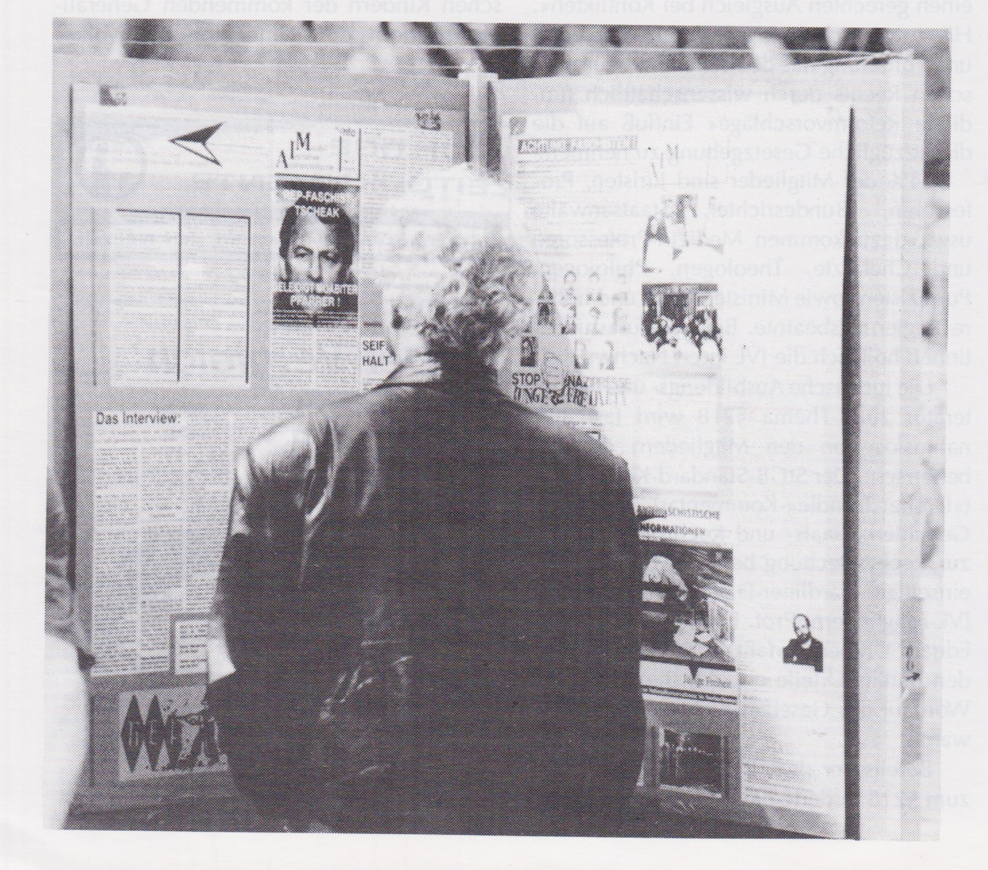
Sabine: Oh ja, wir fetzen uns!

Konstruktiv?

Sabine: Letztlich schon. Wir finden immer wieder einen Konsens für die konkrete praktische Arbeit. Das bringt uns dazu, konstruktiv zu diskutieren und gleichzeitig handlungsfähig zu sein.

Danke für das Gespräch. ■

Mobile Antifa Ausstellung der Antifaschistischen Initiative Moabit



»Schützt das (ungeborene) Kind vor seiner Mutter...«:

»Lebensschützer«

Die Frage der Abtreibung ist eine traditionelle Schnittstelle zwischen konservativen und neonazistischen Organisationen. Dabei unterscheiden sie sich weniger in ihrer grundlegend ablehnenden Haltung (1) sondern vielmehr in ihren Begründungen. So steht die christliche neben der humanistischen Argumentation, die von der Unantastbarkeit (ungeborenen) menschlichen Lebens ausgeht; die verfassungsrechtliche, die die »Zumutbarkeit« von Schwangerschaften gerichtlich bestätigt haben will neben der nationalistischen und rassistischen Begründung, der es um die Erhöhung der deutschen Geburtenrate geht.

Mehr als 100 Lebensschutzorganisationen bemühen sich mittlerweile in der BRD um das ungeborene Leben. Das Spektrum reicht von kirchlichen Organisationen, über Ärzte-, Juristen- bis hin zu Parteigruppierungen. Verbindungen ins rechtsradikale Lager sind ebenso vorhanden wie zu Wirtschaft und Politik, aber schwer nachweisbar.

Alle rechten bis rechtsextremen Parteien von REP bis FAP führen Lebensschutz in ihren Parteiprogrammen. Offizielle organisatorische Zusammenarbeit gibt es kaum, Kontakte laufen über Dritt-Organisationen wie die Ludwig-Frank-Stiftung, über Tagungen des Studienzentrums Weikersheim und über Publikationen wie »Criticon«, »Mut« und »Nation & Europa«. Viele Lebensschützer haben über den §218 hinausgehende Forderungen, die einen fließenden Übergang zu faschistischen Positionen darstellen.

Durch den wiederholten Vergleich des »millionenfachen Kindermordes« bzw. »Embryocaust« mit dem Holocaust wird »Revisionismus« propagiert. Hierzu schreibt ein Pastor in der Bistumszeitung: *»Die Nazis haben ihren Massenmord immerhin noch mit einer Ideologie versehen. Es war nicht kaltherzige Ichsucht, wie etwa heute bei der Abtreibung. Diese Tötung aus rücksichsloser Selbstsucht ist darum moralisch niedriger anzusetzen.«* (Antifa-Infoblatt Nr. 11, S.55)

Dabei ist es oftmals nicht der »Mord« an sich, der ihre Empörung hervorruft, sondern die »nationale Schmach«, die Schande des Staates, der dies zuließe. Ihren »Kampf gegen die Abtreibungsmentalität« als »kollektiver Selbstmord eines Volkes« begreifen sie als Mittel zur Durchsetzung einer umfassenden geistig moralischen Wende.

Juristen-Vereinigung Lebensrecht

Die »Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V«. (JVL) wurde am 8.6.1984 in Köln gegründet. Sie ist seit 1986 als gemeinnützig anerkannt.

Die Satzung besagt über den Zweck der JVL: »Der Verein sorgt sich um die Menschenwürde und Menschenrechte Ungeborener und Schwangerer und bemüht sich auf der Grundlage der Gleichwertigkeit geborenen und ungeborenen Lebens um einen gerechten Ausgleich bei Konflikten«. Hierzu versuchen sie u.a. durch »Anregung und Förderung des deutschen und europäischen Rechts durch wissenschaftlich fundierte Reformvorschläge« Einfluß auf die diesbezügliche Gesetzgebung zu nehmen.

64% der Mitglieder sind Juristen, Professoren, Bundesrichter, Staatsanwälte usw., dazu kommen Medizin-Professoren und Chefärzte, Theologen, Philologen, Publizisten sowie Ministerialräte und höhere Regierungsbeamte. Bei den JurastudentInnen holt sich die JVL ihren Nachwuchs.

Die Juristische Ausbildungs- und Fachliteratur zum Thema §218 wird fast ausnahmslos von den Mitgliedern der JVL beherrscht. Der StGB-Standard-Kommentar (»Dreher-Tröndle«-Kommentar), der von Gerichten, Staats- und RechtsanwältInnen zur Rechtsprechung benutzt wird, ist eine einseitige Hardliner-Darstellung, die von JVL-Mitgliedern (Prof. Dr. Herbert Tröndle, Eduard Dreher) verfaßt wurde. Damit wurden bereits Urteile erwirkt, die durch den Wortlaut des Gesetzes nicht mehr gedeckt waren.

Bereits vor dem BGH-Urteil von 1993 zum §218 forderte die JVL, daß sozial indizierte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr durch Krankenkassen finanziert werden sollten. Die JVL beschäftigt sich jedoch nicht nur mit dem §218, einige Mitglieder setzen sich auch für die Wiedereinführung der Todestrafe oder für die Abschaffung des Asylrechts ein. Christa Meves, populäre und reaktionäre Abtreibungsgegnerin, ist Mitglied in der JVL.

»Europäische Ärzteaktion«

Die »Europäische Ärzteaktion (EÄA) wurde 1975 von Dr. Siegfried Ernst aus Ulm gegründet (er war bis mindestens 1973 Duz-Freund von Manfred Roeder). Gründungsmitglied ist auch der bis heute aktive Rechstextremist, Pfarrer a. D. Wolfgang Borowski. Er ist Mitglied beim neofaschistischen »Schutzbund für das deutsche Volk«, 1991 war er Kontaktadresse des »Deutschen Nationalkongresses«.

Die faschistische Argumentationweise zeigt sich deutlich in ihrer Resolution vom 30.5.75 an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Dort schrieb die EÄA, die Liberalisierung des §218 habe nicht nur den »Tod von Millionen ungeborenen deutschen Kindern der kommenden Generation, sondern den Untergang des Volkes



selbst« zur Folge. Die Abtreibungsfrage stehe in engem Zusammenhang mit dem Schutz des »Volksganzen« vor einer »biologisch, geistig moralischen, wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ideologischen Katastrophe«. Weiterhin schrieb Ernst bereits 1973 in einer unaufgeforderten Stellungsnahme an das Bundesverfassungsgericht: »... daß hier der persönliche Egoismus entarteter Frauen, Männer und Mediziner benützt wird ... zur Durchsetzung internationaler ideologisch-politischer Ziele, die letzten Endes den Umsturz unserer freiheitlich demokratischen Ordnung herbeiführen wollen«. Direkten Einfluß auf ärztliche Standesorganisationen üben die EÄA-Mitglieder durch ihre Tätigkeit in den Ärztekammern aus. Sie versuchen u.a. Ärzte dazu zu bringen, sich zu weigern, legale Abtreibungen vorzunehmen.

Mitglieder der EÄA sind Dr. Hartwig Holzgartner (München), langjähriger Delegierter beim Dt. Ärztetag und Vorsitzender des Gesundheitspolitischen Ausschusses der CSU, Prof Dr. Hermann Hepp (München), Direktor der Fauenklinik Großhadern, Mitglied der Ethikkomisssion der Bundesärztekammer und der JVL.

»Christdemokraten für das Leben«

Die »Christdemokraten für das Leben« (CDL) wurden 1985 als »Initiative in der CDU/CSU« gegründet. Sie wenden sich in der Öffentlichkeit vor allem gegen die Notlagenindikation und fordern ein vollständiges Abtreibungsverbot und harte Bestrafung aller Beteiligten.

In ihrem Programm schreiben sie, Abtreibung sei »in allen Indikationsfällen stets rechswidrig und illegal«, zumindest das Austragen des Kindes sei »immer zumutbar«, auch die medizinische Indikation eröffne »enorme Mißbrauchsmöglichkeiten« und solle nur durch ein Gutachtergremium zulässig bleiben. Finanzielle Unterstützung bekommt die CDL durch Kirchen und die Bundesregierung.

Die CDL hat nach eigenen Angaben 2300 Mitglieder. Unter diesen waren 40 Abgeordnete in Landtagen und weitere 20 MdBs. Einige ihrer Mitglieder sind vor allem durch ihre extremen Äußerungen bekannt geworden, z.B.:

- JULIA SCHÄTZLE, Vorsitzende von Baden-Württemberg, lehnt einen Schwangerschaftsabbruch auch nach Vergewaltigung ab.
- KARIN STIERINGER, Vorsitzende von Bremen, ließ verlauten »Abtreibung ist Mord, bei Behinderten ist es etwas anderes«.
- Die Bundesfamilienministerin CLAUDIA NOLTE meint, der Staat müsse »die Traute haben«, Frauen zu bestrafen. Es sei doch eine vernünftige Lösung, Frauen als Strafe für eine Abtreibung »zu einem sozialen Jahr im Krankenhaus zu verpflichten« und Ausgleich zu schaffen für das von ihnen angerichtete Leid«.

Im September 90 veranstaltete die CDL den EÄA-Kongreß in Dresden. Auf diesem Kongreß traten zahlreiche Persönlichkeiten auf, die der Braunzone zwischen CDU/CSU und rechtsextremistischen Organisationen zugerechnet werden. Sie arbeitet eng mit anderen Lebensschutzorganisationen wie »Aktion Lebensrecht für alle« (ALFA), PRO Vita und »Aktion Leben« zusammen.

»Aktion Lebensrecht für alle e.V.«

Die »Aktion Lebensrecht für alle« (ALFA) bezeichnet sich als »Bürgerinitiative zum Schutz des menschlichen Lebens« mit aktiven Gruppen in zahlreichen Städten. ALFA ist überkonfessionell,' traditionell eher in katholischen Kreisen angesiedelt. Ihre Bundesgeschäftstelle ist in Augsburg.

Alfa arbeitet eng mit der JVL und der CDL zusammen, außerdem bestehen Doppelmitgliedschaften mit »Aktion Leben« und der EÄA. ALFA konzentriert sich darauf, gegen Abtreibung zu polemisieren und Druck auf Beratungsstellen wie PRO FAMILIA auszuüben. Klares Ziel ist die Verschärfung des §218. Ihre Broschüren sind pseudowissenschaftlich aufgemacht und arbeiten manipulativ mit Bildern von zerstückelten Föten. Die Bilder der Embryos, die dort abgebildet sind und angeblich aus den Wochen stammmen, in denen noch abgetrieben werden darf, sind Wochen älter. Auf diese Weise sollen Frauen zusätzlich psychisch unter Druck gesetzt werden. Sie sprechen von »Kinderholocaust« und von der »Mutter, vor der das Kind geschützt werden muß.«

Die Bundesvorsitzende HEDWIG SEELENTAG erhielt für ihre Arbeit bei ALFA das Bundesverdienstkreuz. Der Fernsehjournalist FRANZ ALT, bekannt aus der Friedensbewegung, ist Mitglied von ALFA (2).

(1) Hier stehen sich zwei Positionen gegenüber: Die Verurteilung jeglicher Abtreibung gegen die eugenisch-rassistische Differenzierung. Hier soll die Abtreibung »geschädigter« Kinder z.T. verpflichtend werden.
(2) 1988 trat er aus der CDU aus und warb für die ÖDP und die rechtsextreme Salem-Bruderschaft (wurde in den 80er Jahren bekannt, weil sie ihnen anvertraute Waisenkinder mit militärischem Drill erzogen und diese auf den Nationalsozialismus einschworen.) Alt stellt abtreibende Frauen in eine Reihe mit Rüstungsprofiteuren, Kriegsgewinnlern und Militärstrategen. Für ihn sind sie die Ursache des »Alltags-Faschismus«.

(Ein Beitrag der KRASS-Redaktion. Der Artikel basiert auf dem Buch »Vorsicht Lebensschützer«, Rowohlt-Verlag) ■



Christa Meves: »die Frau hat ein natürliches Bedürfnis nach Unterwerfung.«

Christa Meves

geb. 1925, Kinder und Jugend-Psychotherapeutin und Bestsellerautorin des Herder-Verlags, verkehrt in erzkonservativen bis rechten Kreisen. Mitglied in »Aktion Leben«, JVL und »Deutsche Liga für das Kind«; referiert auf Kongressen der CDU/CSU, JVL und EÄA.

Seit 1978 Mitherausgeberin des »Rheinischen Merkur«, schreibt regelmäßig Kolumnen im »Münchner Merkur«, in »Konservativ Heute«, dem »Deutschlandmagazin« und in praktisch allen Postillen der Lebensschützer. Kuratoriumsmitglied im »Konservativen Büro« und im »Förderverein Konservative Kultur und Bildung« Bielefeld, gegründet von Caspar Schrenck Notzing. Referentin der Siemens-Stiftung und bei der »Gesellschaft für biologischen Anthropologie, Eugenik u. Verhaltensforschung« des Nazi-Anwalts Jürgen Rieger.

Das Frauenbild von Christa Meves erinnert an NS-Ideologien. In ihrem Bestseller Buch »Das Ehe-Alphabet« (1973) schreibt sie: *«Die Frau hat von ihrer biologischen Aufgabe her ein natürliches Bedürfnis nach Unterwerfung, der Mann nach Eroberung und Beherrschung...Der Orgasmus der Frau ist in seiner nackten Form im Grunde eine höchst künstliche Anpassung an das männliche sexuelle Erleben.«*

Ihre Bücher werden als offizielle Literatur an Fachhochschulen für Sozialwesen benutzt. Als Belohnung gab es dafür den Niedersächsischen Verdienstorden (1978), den Konrad-Adenauer-Preis (1979) und das Bundesverdienstkreuz I. Klasse (1984).

Geduldet – Benutzt – Verboten?

Mit der Wiking Jugend (WJ), der Nationalen Liste (NL) aus Hamburg, der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und der Direkten Aktion / Mitteldeutschland (JF) in Brandenburg haben staatliche Stellen in den letzten Monaten erneut einige Organisationen der militanten Nazis verboten. Dieser Artikel soll beleuchten, was das für den Staat, für die Nazis und was es für uns heißt. Weitere Analysen und Diskussionen zu diesem Thema sind für die antifaschistische Bewegung unerläßlich, dies kann nur ein Anfang sein.

Blicken wir zurück. Vor 2 1/2 Jahren, im September '92, änderte sich nach Rostock und Mölln das Verhalten des Staates gegenüber organisierten Faschisten und Rechten. Nicht nur Parteien, wie Deutsche Alternative (DA), Deutscher Kameradschaftsbund (DKB), Nationale Offensive (NO) und Nationalistische Front (NF) wurden verboten, sondern man fing auch an, gegen rechte Straftaten vorzugehen, nachdem man jahrelang völlig weggeschaut hatte, wenn Nazis Menschen töteten, Pogrome inszenierten und eine umfangreiche Struktur aufbauten. Zwar wurden die Verbote dilettantisch durchgeführt und waren mehr Show fürs Ausland. Aber die Zeiten für die Nazis änderten sich doch zumindest ein wenig.

Auch wenn die Gesellschaft in den letzten Jahren nach rechts gerutscht ist, sehen sich die Nazis heute mit einer gewissen Repression und einem größeren öffentlichen Druck konfrontiert. Weitere Organisationen sind verboten worden, wenn auch nicht unbedingt weniger dilettantisch als die '92, Urteile werden härter, der Aufklärungsgrad über offene faschistische Strukturen hat sich erhöht. Nichtsdestotrotz hat die faschistische Mobilisierung und Rekrutierung weiterhin Erfolg.

Das Verbot der WJ im November '94 und das der FAP im Februar dieses Jahres haben die Nazis härter getroffen, als vorangegangene Verbote.

Diese richteten sich entweder gegen leicht zu ersetzende Organisationen oder solche, die durch die Folgen des Verbotes nicht getroffen wurden, wie die NF und die NO. Mit der WJ wurde erstmals eine wichtige, wenig öffentlich auftretende Hintergrundstruktur angegangen. Sie schult die Kader militärisch und theoretisch vom Kindesalter an, nahezu alle wichtigen Nazis sind durch ihre Ausbildung gegangen. Doch auch bei den »Wikingern« ist die Organisationsstruktur so angelegt, daß sie problemlos unter anderen Namen auftreten kann: man kennt sich und hat auch ohne Organisation Kontakt. Jugendlager werden nach wie vor – teilweise im benachbarten Ausland - abgehalten. Lediglich die Möglichkeit zur Rekrutierung in ihrem Umfeld ist für die WJ durch das Verbot schwerer geworden.

Der FAP gingen zwar kaum »Kameraden« verloren, aber mit ihr ist eine der letzten offen auftretenden »Massenorganisation« verboten worden. Massenorganisationen sind im Konzept der Nazis notwendig, um an die Macht zu kommen und ihr Umfeld binden zu können. Diese Aufgaben werden in Zukunft wohl die Nationaldemokratische Partei (NPD) und neue bzw. bereits länger bestehende Vorfeldorganisationen, wie die Aktion sauberes Deutschland (ASD) und die Deutschen Nationalisten (DN) übernehmen. Andere Nazis werden verstärkt in bürgerliche Parteien, wie CDU/CSU und FDP eintreten.

Auch das Verbot der JF in diesem Frühjahr sollte nicht unbeachtet bleiben, angesichts der Tatsache, daß die JF eine Kaderstruktur war und seit langer Zeit nicht mehr offen aufgetreten ist (allerdings: als Nachfolge der NF neben der SrA müßte die JF eigentlich automatisch verboten sein).

Eher peinlich hingegen waren die Durchsuchungen, die sich gegen die NSDAP/AO gerichtet haben. Hier wurde in keiner Weise die Zellenstruktur dieser Untergrundorganisation angetastet, sondern lediglich der Propagandaverteiler, zu dem jede Dumpfbacke gehört, der irgendwann einmal Propagandamaterial der NSDAP/AO in den USA bestellt hat und das sind alleine Tausende in Deutschland.

Neben den Verboten ist auch insgesamt für die Nazis der Druck, vor allem im letzten halben Jahr, gewachsen: Hausdurchsuchungen, Unterbindung von Treffen und öffentlichen Veranstaltungen, Ausstellung von Haftbefehlen sowie Verurteilungen zu Haftstrafen alles Dinge, die vor drei Jahren noch nahezu undenkbar waren, kommen häufiger vor.

Das kann jedoch nicht davon ablenken, daß die wichtigen Kaderstrukturen nach wie vor unberührt geblieben sind, Polizei, Geheimdienste und Gerichte ihre Möglichkeiten längst nicht ausgeschöpft haben, der Öffentlichkeit ein stark vereinfachtes Bild der Faschoszene und -struktur präsentiert wird und eine wirksame, sprich radikale, Bekämpfung des Faschismus und das heißt Ursachenbekämpfung längst nicht in Sicht ist.

Was hat die Repression gebracht?

Der Hauptverdienst, der der Repression zuzuschreiben ist, ist die Verhinderung öffentlicher Anziehungspunkte: Konzerte, Aufmärsche und öffentliche Treffen mit neonazistischem Charakter können nur noch selten stattfinden. Auch der Druck, der momentan auf den Faschos lastet, ist neben dem gewachsenen Problembewußtsein bei Teilen der Öffentlichkeit und antifaschistischer Arbeit auch auf die Repression zurückzuführen.

Im Gegensatz dazu steht, daß die Szene personell durch die Verbote nicht bedeutend angegriffen wurde. Allerdings wurde durch die Verbote in ihrer Gesamtheit die Gefahr einer großen Massenorganisation im Osten gebannt, die z.B. die DA hätte darstellen können; dennoch hat sich die Szene gefestigt und die Hegemonie in der Jugendszene im Osten wurde nicht gestoppt. Zwar gibt es in vielen großen Städten mittlerweile Alternativen bzw. Gegenpositionen zu den Nazis, sowohl politischer als auch kultureller Art, aber in ländlichen Regionen, wie z.B. Wurzen und Nordharz, haben Linke nichts zu lachen und die Nazis das Heft fest in der Hand. Dementsprechend ist der Zulauf, auch wenn öffentliche Anlaufstellen teilweise fehlen, nicht viel weniger geworden, und der Einfluß auf die Jugendlichen ist in den meisten Gegenden nicht zurückgegangen. Man könnte zwar vermuten, daß die Verbote eine gewisse Isolation gebracht haben, doch bei den Jugendlichen wirkt die Illegalität wahrscheinlich eher noch anziehend.

Die Szene selber rückt zusammen. Angesichts des gemeinsamen Feindes werden alte Rivalitäten begraben. Nicht zuletzt die Repression hat dazu beigetragen, daß die Nachfolger der NF mittlerweile die Führungsposition in der Szene eingenommen haben, da das Verbot für die straffe Kaderstruktur der NF keine nennenswerten Auswirkungen hatte: man war gut vorbereitet und konnte sich aufeinander verlassen.

Massenparteien hingegen, wie z.B. die FAP, hatten da mehr Probleme: die Kontak-

te waren nicht so fest und das Überführen in eine neue Struktur nicht ohne weiteres möglich. Aber es gab auch keine besonderen Härten, da Parteien, wie gerade die FAP, ja bereits seit dem Beginn der Parteiverbote darauf hinarbeiteten ihre Mitglieder in einer Zellenstruktur zu organisieren.

Dorthin wird die Entwicklung laufen, da die Zellenstruktur natürlich wesentlich schlechter anzugreifen ist (siehe Infoblatt Nr. 27, Seite 5 ff). Es geht um Elitenbildung, um »verschworene Gemeinschaft«, die aus dem Hintergrund agiert. Zu dieser Struktur gehören neben den Kaderorganisationen, wie NF, NO und WJ, auch die Kadergruppen aus der FAP und anderen Massenorganisationen. Dieses Untergrundnetzwerk, das in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist und sich gefestigt hat, wird als Taktik die Eskalation betreiben, wie JÜRGEN RIEGER bereits zu den Verboten von '92 ankündigte: *»Wenn jetzt tatsächlich diese ganzen Verbote durchgehen sollten, dann kriegen wir 'ne rechte RAF, da können Sie absolut sicher sein.«*

Dementsprechend arbeiten sie im Augenblick intensiv an ihren Möglichkeiten zum Terror (siehe Artikel in diesem Heft & Infoblatt Nr. 26, Seite 4 ff). Die Auswirkungen davon sind in Österreich schon zu beobachten. Die einseitig repressive Verbotsstrategie des Staates hat diesen Terror zwar nicht hervorgerufen, aber die Bestrebungen in diese Richtung verstärkt. Außerdem gibt sie den Nazis die Möglichkeit, sich nach außen als arme Verfolgte darzustellen, und nach innen sich selbst als Märtyrer hochzustilisieren um den Zusammenhalt, eben diese »verschworene Gemeinschaft«, zu stärken. Womit wir beim nächsten Punkt wären...

Die Intention des Staates

Die Absicht des Staates bei der Repression gegen Faschisten ist mit Sicherheit keine einzelne. Es handelt sich vielmehr um eine Mischung aus mehreren Motivationen, da der Staat mit seinen verschiedenen Institutionen kein homogenes Geflecht ist. Im Gegenteil, auf der einen Seite gibt es eine Minderheit von Leuten, die ernsthaft etwas gegen die Faschisten unternehmen will, auf der anderen Seite gibt es die, die mit ihnen sympatisieren bzw. selber welche sind.

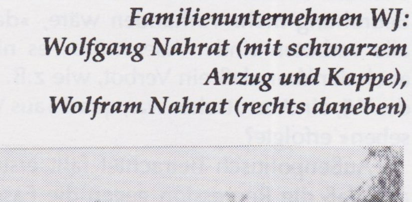
Irgendwo dazwischen bewegt sich dann die Masse von Politikern, die mit ihren Inhalten den Faschisten Wasser auf die Mühlen gießen und ihnen in der öffentlichen Diskussion Ansatzpunkte zur politischen Intervention geben. In ihren Inhalten stimmen nämlich vor allem die derzeit Regierenden, aber auch Teile der SPD, in Grundzügen mit den Faschisten überein, welche Inhalte, wie Ausländerkriminalität, Hetze gegen PKK und Zigarettenverkäufer, Sozialhilfekürzungen etc., nur weitergehender und radikaler vertreten. Diese inhaltliche Übereinstimmung führt zu einer »Zusammenarbeit« zwischen Nazis und etablierten Politikern, welche sich exemplarisch bei der Abschaffung des Asylrechts, die die Politiker ohne den Terror der Nazis und Rassisten gar nicht hätten durchsetzen können, gezeigt hat. Nicht wenige Politiker benutzen die Nazis also, um ihre Ziele durchzusetzen, und haben deshalb auch kein Interesse daran, faschistisches Gedankengut und dessen Verbreiter zu bekämpfen.

Momentan geht es den Regierenden darum, die Stellung Deutschlands in der Welt und ihre eigene zu sichern bzw. zu verbessern. Innenpolitisch wird das mit dem Abbau demokratischer Strukturen, soweit sie vorhanden sind, umgesetzt. Dafür brauchen die Regierenden allerdings eine gewisse Legitimation, damit sich nicht soviel Widerstand dagegen formiert. Solch eine Legitimation würden natürlich bombende Nazis darstellen. Eine Erklärung für die Repression wäre also, daß der Staat ein Interesse daran hat, die Nazis in den Untergrund zu drängen und sie Terror machen zu

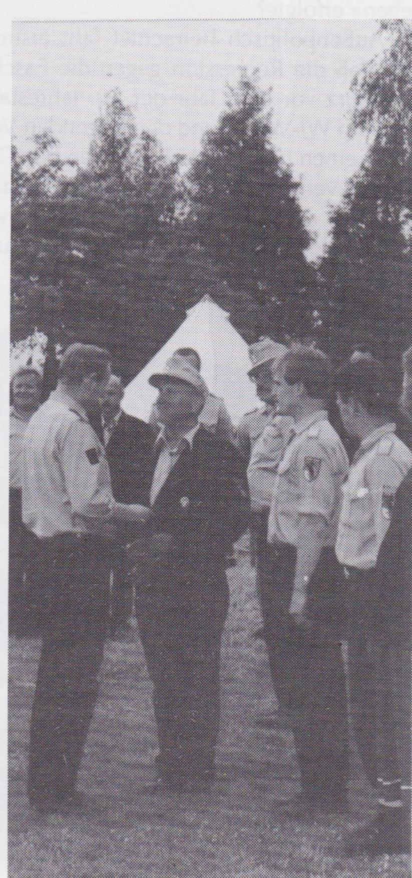


Bundesführer Wolfram Nahrat nimmt Appell von alten und jungen Recken der mittlerweile verboteten WJ ab,
oben: ganz rechts Axel Schunk aus Aschaffenburg





Familienunternehmen WJ: Wolfgang Nahrat (mit schwarzem Anzug und Kappe), Wolfram Nahrat (rechts daneben)



lassen, um dann die Legitimation zu haben, noch mehr Demokratie abzubauen, das heißt z.B. Gesetze zu verschärfen oder generell gegen jegliche Opposition vorzugehen. Der normale Bürger registriert dann gar nicht mehr, was da an Demokratie abgebaut wird bzw. hält es für gerechtfertigt, »da man ja was gegen die Terroristen, und gerade gegen die Nazis, machen muß«. Allerdings ist diese Erklärung für die momentane Situation nicht sehr schlüssig, da sich sowieso fast kein Widerstand gegen Demokratieabbau regt.

Desweiteren werden bei der Repression gegen die Nazis undemokratische Methoden etabliert. So hieß es z.B. in der Begründung zum Verbot der NF unter anderem, daß diese zu wenig Miglieder habe, um den Parteienstatus weiter aufrecht erhalten zu können. Dies bedeutet, daß solch eine Begründung demnächst auch gegen für den Staat umbequeme Leute angewandt werden kann, da ein Präzedenzfall geschaffen wurde, ohne daß jemand Protest anmeldete.

Eine weiter Erklärung ist, daß der innenpolitische Druck auf den Staat, ernsthaft was gegen die Nazis zu machen, natürlich verschwinden, und der antifaschistischen Bewegung der Wind aus den Segeln genommen werden würde, wenn in der öffentlichen Diskussion keine faschistische Bedrohung mehr vorhanden wäre, »da ja alle verboten sind«. Aber wäre es nicht auch denkbar, daß ein Verbot, wie z.B. das der WJ, ein Ausrutscher war, quasi »aus Versehen« erfolgte?

Außenpolitisch betrachtet fällt erstmal auf, daß die Repression gegen die Faschisten kurz vor dem Jahr der 50. Jahrestage mit dem WJ-Verbot und den folgenden Verboten einen neuen Schub erhalten hat. Das legt die Vermutung nahe, daß dem Ausland nochmal demonstriert werden sollte, wir haben alles unter Kontrolle, nun laßt uns mal auch wieder in der internationalen Politik richtig mitspielen.

Weiterhin wäre denkbar, daß verboten wird damit die Nazis ins Ausland gehen, um dann sagen zu können, »kommt doch gar nicht von uns«. In diese Richtung gingen Kommentare von offizieller Seite zu den Durchsuchungen bei Personen aus dem NSDAP/AO Propagandaverteiler, die teilweise Deutschland als Opfer amerikanischer Nazis darstellten.

Was heißt das alles für uns Antifas ?

Sicher ist, was der Staat mit seiner Repressionspolitik gegen die Nazis glauben machen will und teilweise vielleicht sogar selber glaubt, ist nicht der Fall. Die Nazis sind natürlich nicht von der Bildfläche verschwunden und ihre Aktivitäten wurden nicht verhindert, sondern lediglich in eine andere Richtung gelenkt. Die Nazis sind in einer Umstrukturierungsphase, aus der sie bald gestärkt und fester hervorgehen werden. Durch die Zellenstruktur entsteht ein Kadernetzwerk der militanten Nazis, dem sich halbherzige Kameraden nicht anschließen werden (können). Diese Struktur wird viel weniger Öffentlichkeitsarbeit machen, aber dafür Terror ausüben; technische und theoretische Grundlagen dafür sind bereits seit längerem gelegt. Wir werden es insgesamt mit einer neuen Generation von Faschos zu tun haben. Im Vordergrund steht nicht mehr der saufende Bonehead, sondern militärisch und theoretisch geschulte Kader, die nicht an ihrem Äußeren zu erkennen sind und aus dem Hintergrund agieren.

Auch der Rechtsruck durch die ganze Gesellschaft ist nicht gestoppt, geschweige denn rückgängig gemacht worden, sondern läuft beharrlich weiter.

Für uns ist es wichtig, weiterhin Material über die Nazis zu sammeln und uns Wissen anzueignen. In Zukunft werden vor allem Scharnierorganisationen und Projekte, wie Archive, Infotelefone, Druckereien, Zentren eine große Rolle spielen, wie uns Jürgen Riehl (wohl Pseudonym für Jürgen Rieger) in seinem Handbuch für nationale Aktivisten »Funkenflug« verrät (in dieser Publikation ist Theorie und Taktik der Nazis für die Zukunft grob umrissen).

Organisationen und Gruppierungen, die nach außen unter ihrem Namen auftreten, werden bei den militanten Nazis kaum noch Bedeutung haben. Wir müssen viel mehr dazu übergehen, sie nicht mehr an Organisationsnamen, sondern an Inhalten festzumachen. Das wird auch wichtiger, um nationalrevolutionäre Inhalte, die die Nazis in letzter Zeit versuchen verstärkt in linke Kreise zu tragen, sofort erkennen und ihnen entgegentreten zu können. Dafür ist aber nötig, die fehlende Theoriebildung in der Linken in starkem Maße nachzuholen und endlich ein stärkeres Geschichtsbewußtsein zu entwickeln.

Die Nazis sind durch die Verbote nicht harmloser, sondern im Gegenteil gefährlicher geworden. Die Repression greift viel zu kurz, da von staatlicher Seite kein ernsthaftes Interesse an der Bekämpfung des Faschismus besteht, obwohl Polizei und Geheimdienste intern nahezu alles über Nazistrukturen wissen.

Auch wenn uns die staatlichen Organe **momentan** Arbeit abnehmen: durch Repression ist noch kein Nazi zum Bürger geschweige denn zum Antifaschisten geworden. Antifaschistische Initiative muß weiterhin vor Ort von unten entstehen und darf sich nicht nur gegen Nazis richten, sondern muß auch gegen gesellschaftliche Strukturen und das politische und wirtschaftliche System, die das erneute Aufkeimen des Faschismus erst möglich gemacht haben, kämpfen! ■





Berlin

Der Verlag der Freunde

Dieser in Berlin ansässige Verlag hat bisher 3 Bücher auf den Markt gebracht, des Antisemiten Paul Lagarde, die 'Lehre vom Gemeinwesen' des ex-SDS-Aktivisten Reinhold Oberlercher und ein Buch von Serge Thion über den Geschichtsverdreher Robert Faurisson. Im Buchvertrieb des Verlages sind Pamphlete der Alt-Nazis Leon Degrelle und Arnold Gehlen, sowie Videos der Nazi-Ikone Otto Ernst Remer. In der Zeitung des Verlages, 'Sleipnir', kommen hauptsächlich die Nazi-Geschichtsverdreher zu Wort. Es sind auch Artikel von fortschrittlichen AntifaschistInnen ohne deren Einwilligung abgedruckt worden, wie von Ralph Giordano oder ein offener Brief der Antifasist Genclik.

Der Verlag wird von Andreas Röhler und Peter Töpfer betrieben und hat seinen Sitz in der Kreuzberger Baerwaldstraße 4. Töpfer ist Vertreter der Nationalen Linken, einer Gruppe, die versucht unter linkem Anstrich rechte Politik zu betreiben.

Aus dem Umfeld des Verlages ist auch das Projekt eines Nationalen Schulungszentrums/ Deutsches Kolleg unter Schirmherrschaft von Reinhold Oberlercher hervorgegangen. Dort sollen junge Nazis und Nationalrevolutionäre geschult werden. Angeboten werden *»Schulungsmappen«* sowie *»ein- bis zweitägige Kurse«* für Mitglieder *»autonomer Gruppen des nationalen Lagers«*. Geschult wird *»Reichsbürgerkunde«*, *»Gesellschaftswissenschaften und Philsophie«*. Die Absolventen können einen *»Abschluß«* erwerben und werden trainiert für die politische Auseinandersetzung *»mit dem Gegner«*. Die Keimzelle des Deutschen Kollegs ist der ehemalige Junge-Freiheit-Lesekreis-Berlin geleitet von dem CDU-Mitglied Helge Drescher, der aufs Engste mit der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) kooperiert. Mitarbeiter sind der Berliner Heiko Luge und als Referent wurde der Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler, einer der übelsten Autoren der Jungen Freiheit gewonnen. Geworben wurde auch in dem Schulungsblättchen der NF-Nachfolgeorganisation Sozialrevolutionäre Arbeiterpartei (SrA) 'Umbruch'.

München

Naziaufmarsch

Am Samstag, den 6.5., kam es zu einem Aufmarsch von NPD, JN und FAP, bei dem unter anderem auch Friedhelm Busse anwesend war. Die Nazis bauten Infostände in der Innenstadt auf. Von der bürgerlichen Presse wurde der Aufmarsch, der von den Bullen offensichtlich unbehelligt blieb, heruntergespielt bzw. gar nicht erst erwähnt. Es kam aufgrund der Überraschung nur zu kleineren Gegenaktionen von Antifas.

Essen

Urteil gegen Bochumer Anti-Anti-fa-Gruppe

Am 7.4. erfolgte der Urteilsspruch gegen die Gruppe Volkswille, die bereits 1992 als AntiAntifa Linke in Bochum und Wattenscheidt mit Hilfe von Terror einschüchtern wollte. Die Strafen sind mit 5 bis 21 Monate Knast (zur Bewährung ausgesetzt) und Geldstrafen sehr niedrig ausgefallen. Obwohl die Staatsanwaltschaft auf §129 plädierte, konnte die Richter keine kriminelle Vereinigung ausmachen. Ermittlungsergebnisse der Bullen, wie feste Strukturen der Gruppe, Durchsetzung des Führerprinzips und internationale Kontakte zu Faschisten entschuldigten sie mit *»gesteigertem Geltungsbedürfnis«*; Straftaten seien alkoholisiert und mehr aus Versehen geschehen. Die Angeklagten konnten sogar vermummt vor dem Gerichtssaal erscheinen und Pressevertreter angreifen.

Krumbach

Rassistischer Brandanschlag von Nazis

In der Nacht zum 6.2. wurde in der schwäbischen Kleinstadt ein Brandanschlag auf die Praxis einer ungarischen Ärztin verübt. Es wurde niemand verletzt. Eine Wehrgruppe Süd hinterließ mehrere Schreiben am Tatort, in denen rassistische Drohungen gegen die Ärztin ausgestoßen wurden. Außerdem waren noch SS-Runen und ein spiegelverkehrtes Hakenkreuz an das Haus gesprüht worden. Das LKA hat eine Sonderkomission gebildet.

Stuttgart

Urteile im ANS-Prozeß

Im zweiten Anlauf des Prozesses wegen der Weiterführung der 1983 verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) gegen führende Neonazis, wie Christian Malcoci, Andreas Rossiar und Michael Swierczek, wurden lächerliche Urteile gesprochen. Unter anderem weil der Richter den Eindruck hatte, daß sich die drei Nazis zumindest teilweise *»von der rechtsextremistischen Bühne zurückgezogen«* haben, gab es nur Bewährungsstrafen zwischen siebeneinhalb und achtzehn Monaten. Allerdings sah der Richter die Weiterführung der ANS als erwiesen an.

Das Verfahren gegen Jürgen Mosler war abgetrennt und das Urteil schon gesprochen worden, da dieser Aussagen gegen die anderen Angeklagten gemacht hat. Er erhielt zwei Jahre auf Bewährung. Auch er versuchte sich mit einem Aussteigermärchen. Bei allen vier Verurteilten ist sicher, daß sie weiterhin als Führungskader in der Naziszene aktiv sind!

Hamburg, Berlin, Lübeck

Nazis am 8. Mai besonders aktiv

Zu verstärkten Anschlags- und anderen Aktivitäten durch Faschos kam es um den 8.5. herum. So wurden auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Treptow über hundert Grabsteine umgeworfen und der Friedhof verwüstet. Bei den linken Tageszeitungen Neues Deutschland und Junge Welt in Berlin gingen Bombendrohungen ein, die sich allerdings als falsch erwiesen.

In Hamburg klebten die Nazis Anti-Antifa-Plakate gegen die PDS-Bundestagsabgeordnete und engagierte Antifaschistin Ulla Jelpke in deren Wohngegend.

In Lübeck wurde erneut ein Brandanschlag auf die Synagoge verübt, bei dem ein Nebengebäude vollständig abbrannte. Menschen wurden nicht verletzt.

Nur drei Wochen vorher, am 13.4., wurden die vier wegen des ersten Anschlags auf die Synagoge Angeklagten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt; allerdings nicht wegen versuchten Mordes, wie angekündigt, sondern wegen Brandstiftung. Offensichtlich sollte mit dem zweiten Anschlag ein Fanal gesetzt werden.

Haldensleben

Naziüberfall auf Linke

In der Nacht des 12.2. überfielen etwa 15 Nazis ein Haus, in dem sich ca. 10 linke Jugendliche aufhielten, und schlugen mit Baseballkeulen auf die Anwesenden ein. Dabei wurde Mike T. lebensgefährlich verletzt, lag mehrere Tage im Koma und ist seitdem halbseitig gelähmt.

Gegen sechs Nazis wurde Haftbefehl erlassen. Nun wird befürchtet, daß die Situation in Haldensleben, wie bereits 1991, wieder eskaliert.

Am 18.2. demonstrierten etwa 300 Menschen in Haldensleben und gaben ihrer Wut über den Überfall Ausdruck.

Berichtigungen zu Nr. 29!

Liebe LeserInnen,

leider haben sich in unsere letzte Nummer einige Fehler eingeschlichen, die wir an dieser Stelle berichtigen möchten: Auf Seite 30 unten links ist nicht Marcus Bischoff abgebildet, sondern der Berliner Matthias Ridderskamp vom Bund Vaterlandstreuer Volksgenossen (BVV).

Auf Seite 32 ist der NFler Ulli Boldt als Vorsitzender des Studienzentrum Weikersheim benannt worden, das ist nicht korrekt, Boldt ist im Vorstand der Jugendabteilung, den Jungen Weikersheimern. In der Einleitung schrieben wir, daß ein Vorgehen gegen die DKEG (Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes) als Scharnierorganisation der Nazis zu empfehlen ist.

Damit ist nicht in erster Linie, die auf den Seiten 33-35 dargestellte Deutsche Sektion gemeint, sondern die gleichnamige österreichische Sektion von Lisbeth Grolitsch, die sich in Deutschland Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG) bzw. Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) nennt.

Wir bitten um Entschuldigung

Brandenburg-Land

Direkte Aktion / Mitteldeutschland (JF) verboten

Am 6.5. hat der Brandenburgische Innenminister Ziel (SPD) die Direkte Aktion / Mitteldeutschland (JF) verboten. Die JF war, nachdem sich das Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ) wegen Verbotsgefahr selbst aufgelöst hatte, die Vorfeldstruktur für die Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA), die Nachfolger der 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF) ist.

Ziel stufte die JF als verfassungsfeindlich ein. Weiterhin stand in der Verbotsbegründung, daß sich die JF verbal zu terroristischen Mitteln bekannt habe.

Die JF, die in Brandenburg ca. 70 Mitglieder zählte, hatte sich im Januar 1994 bereits zum Schein aufgelöst, um einem Verbot zu entgehen, bestand aber inoffiziell weiter.

Wurzen

Zentrum organisierter Nazis

In den letzen Jahren hat sich der Sachsen-Anhaltinische Ort langsam aber sicher zu einer Terrortown vergleichbar mit der Brandenburgischen Stadt Schwedt/Oder entwickelt. Überfälle auf Linke und Ausländer sind an der Tagesordnung. Die dort ansässigen Nazikader der Nationalistischen Front (NF) und der Wiking Jugend (WJ), welche sogar offen an Schulen auftritt, haben in Wurzen, Grimma und Umgebung einen Mob von 150 Leuten um sich gesammelt. Dafür haben sie extra Feten für die Kiddies organisiert, was angesichts der kaum vorhandenen Jugendarbeit natürlich auf fruchtbaren Boden fiel.

Die Stadt, deren Bürgermeister Pausch (CDU) behauptet in Wurzen gäbe es keine Rechtsradikalen, überließ den Nazis, die auch im Rotlichtmilieu mitmischen, im Oktober 1994 das Jugendzentrum Baracke.

Auch sonst können die Nazis über fehlende Unterstützung nicht klagen. Der Vater des führenden Nazis Marcus Müller ist Beamter der Wurzener Polizei und steht hinter seinem Sohn. So ist es nicht verwunderlich, daß die Nazis so schalten und walten können. Nachdem am 21.1. 40 Nazis ein von Linken besetztes Haus überfielen, sämtliches Mobiliar zertrümmerten, alle greifbaren Leute krankhausreif prügelten und sogar scharfe Knarren einsetzten, ermittelte zunächst die SoKo Rex (Sonderkommission Rechtsextremismus). Diese hielt den Fall aber offensichtlich für unbedenklich und gab ihn an die Wurzener Bullen zurück. Diese waren an dem Abend des Überfalls »verspätet« eingetroffen, und hatten dann nichts bessers zu tun, als die Opfer ins Obdachlosenheim zu schicken. Weitere Ermittlungen oder gar Verurteilungen wird es wohl, wie immer, nicht geben.

Neuruppin

Mordprozeß gegen faschistische Jugendliche

Am 23. Februar begann vor der Jugendkammer des Landgerichts Neuruppin der Prozeß gegen vier faschistische Jugendliche. Angeklagt sind der 19jährige Maik Linke, Maik Kastner, Uwe Scheel und Thomas Friedrichs aus dem Landkeis Oberhavel. Sie sind beschuldigt am 6.August den 42jährigen Gunter Marx aus Velten angegriffen und ermordet zu haben.

Gunter Marx kam an den Wagen in dem die Gruppe saß vorbei und wurde von dort aus angegriffen. Maik Linke stieg aus dem Wagen aus und ging mit einem 50cm langen Radmutterschlüssel auf G. Marx los. Wie in der Verhandlung deutlich wurde, waren für G.Marx neben den unzähligen Tritten und Schlägen die mindestens acht Schläge mit einem schweren Gegenstand auf dem Kopf tödlich.

Nach dieser Tat überfiel die Gruppe ein Ehepaar wo der Angeklagte Uwe Scheel mit der Waffe dastand, aber diese nicht einsetzte. Weiterhin werden allen Angeklagten mehrere andere Straftaten vorgeworfen, so müssen sie sich wegen verschiedener Raubüberfälle verantworten.

Der Prozeß dauert noch an.

Nürnberg

ABIDOZ-Dossier: NF Schönborns weiter aktiv

Das Antifaschistische Bildungs- und Dokumentationszentrum Nürnberg (ABIDOZ) erstellte für die Grüne Bundestagsabgeordnete Anneliese Buntenbach eine umfangreiche Untersuchung über die Aktivitäten der verbotenen Nationalistischen Front (NF). Die Bundestagsabgeordnete kam in einer Presseerklärung zum Schluß, daß es falsch ist, *»wenn die Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen [...]*

behauptet die Organisationsstruktur der NF weitgehend 'zerschlagen' und die Gruppenaktivitäten 'unterbunden' zu haben.« Tatsächlich verfügt Schönborn heute nach wie vor über die NF-Spender- und Umfeldorganisation, den FÖRDERKREIS JUNGES DEUTSCHLAND (FJD), einen PROPAGANDAVERTEILKREIS (PVK), den KLARTEXT-VERSAND, der heute unter dem Namen »Haithabu« Nazi-Material aus Dänemark und Flensburg verschickt. Schönborn wirbt nach wie vor Mitglieder für eine Kaderorganisation, die nach altbekannten Prinzip der NF strukturiert ist. Über ein Postfach im niederländischen Arnhem wird seit 1995 eine Neuauflage der NF-Schulungsmaterialien angeboten. Der »Lebensborn – Leitheft für Deutsche Ordnung« bietet ein Fernstudium an, nach dem Auswendiglernen von den 24 ersten Heften kann ein Organisationsgrundseminar besucht werden, durch 3 weiterführende Seminare kann man bis in die Führung aufsteigen.

Frankfurt/Oder

Das Nationale Pressearchiv

Die Nazis der SOZIALREVOLUTIONÄREN ARBEITERPARTEI (SrA) betreiben ein NATIONALES PRESSEARCHIV (N.P.A.). Gesammelt werden, »mit Unterstützung aller nationalen und sozialistischen, nationalistischen, nationalrevolutionären und wertkonservative Verbände, Organisationen, Parteien, Initiativen...« Materialien über rechten Gruppen und Informationen über AntifaschistInnen. Das Postfach wird betrieben von den Neonazis DANNY SOWADE und ROBERT TSCHERNY aus Frankfurt/Oder. Die Einrichtunng des Archives als gemeinsames Projekt oben erwähnter Gruppen ist Resultat der Umstrukturierung der rechten Szene. Die Handlungsanweisung für die Gründung voon überparteilichen rechten Einrichtungen folgt der Anleitung des Strategietextes »Funkenflug« von Jürgern Riehl (Pseudonym, wahrscheinlich für JÜRGEN RIEGER).

Halbe

Große Koalition an SS-Gräbern

Am 30.4.1995 lud der VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE, die SYNODE DER EVANGELISCHEN KIRCHE und der brandenburgische Ministerpräsident MANFRED STOLPE (SPD) zu einer Trauerfeierlichkeit auf den Soldatenfriedhof in Halbe. Auf dem Friedhof war eine gruselig anzusehende »Volksgemeinschaft« präsent. Kränze wurden von der Bundeswehr, der Landesregierung, alten SS-Kameraden und sogar der PDS abgelegt

In die Vorbereitungen integriert waren alte SS-Mitglieder des FÖRDERKREISES GEDENKSTÄTTE HALBE E.V. Der Förderkreis lud für das Wochenende zum internationalen SS-Treffen nach Märkisch-Buchholz. Erschienen waren auch alte Kameraden aus der berüchtigten KAMERADSCHAFT IV aus Wien. Vorsitzender des Vereins ist WOLF LEHMANN aus Lübben und die Geschäftsstelle des Vereins betreibt das ehemalige Waffen-SS Mitglied HORST WILKE aus Bad Nenndorf. Der Verein hat das Ziel südlich des Soldatenfriedhofes Halbe/Brandenburg, Landkreis Dahme-Spreewald, eine Fläche als Gedenkstättte zu gestalten. Dem Verein wurde zu diesem Zweck vom Landratsamt ein Sitz im Beirat des neuzugründend000000en Trägerkreises der Gedenkstätte Halbe angeboten. Der Verein hatte zu dem Treffen in der SS-Publikattion ´Leitheft´ geworben.

Uelzen

Rechter Terror gegen Antifas

Am 19.4.95 haben zwei Jugendliche einer rechtsorienierten Jugendclique aus Uelzen einen Antifa mit einem Messer angegriffen. Mit viel Glück entging er ernsteren Verletzungen, ein Messerstich blieb in einer Mütze stecken, die in der Jackentasche steckte, der zweite verletze ihn leicht im Gesicht. Aufgefallen ist die Clique von 14 - 18 Jährigen durch Verkleben von NPD-Aufklebern und durch Anmache / Handgreiflichkeiten gegen AusländerInnen und Linke.

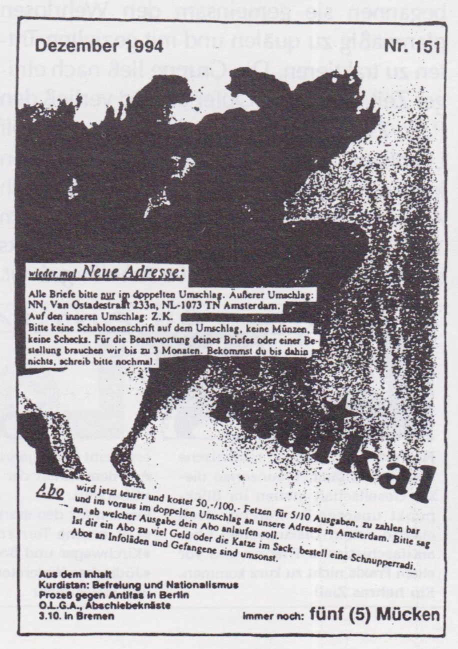
Dies ist nicht der erste Versuch die Antifas in Uelzen zu terrorisieren. Bereits im August 1993 und im März 1994 wurde der Betroffene von auswärtigen Faschos mit Messern angegriffen, und die Radmuttern an seinem Auto gelöst. Darüberhinaus wurde Anfang 1993 eine Antifaschistin vom Fahrrad gezerrt und ihr Rucksack durchsucht. Zu den faschistischen Drahtziehern im Landkreis Uelzen gehören KLAUS DIETER HOFFMANN, NPD-Kreisvorsitzender, SÖNKE HERING, Anführer der Uelzer Naziskins und Mitglied der inzwischen verbotenen NF, und DANILO BUHL Chef der rechten Jugendclique. Organisiert den antifaschistischen Widerstand ! Bloß nicht einschüchtern lassen ! Kontakt und Information über: Antifaschistische Arbeitgruppe Uelzen, PSF 1217, 29544 Bad Bevensen.

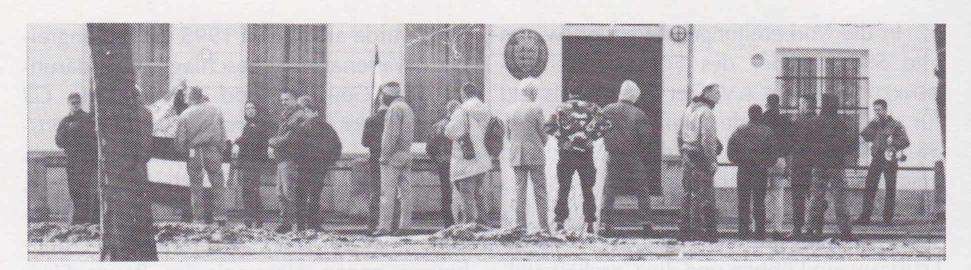
Baden Württemberg

Waffenfunde bei Neonazis

Bei bundesweit 15 Hausdurchsuchungen mit Schwerpunkt in Baden- Württemberg wurde am 3. Mai 1995 ein umfangreiches Waffenarsenal beschlagnahmt, darunter *»16 Gewehre und Pistolen, ein G3 Gewehr der Bundeswehr, 200 Munitionsmagazine und eine Polizeiuniform«*. Durchsucht wurd auch in Rheinland-Pfalz, Hessen, NRW, Niedersachsen und Brandenburg. Die Aktion wurde durch Ermittlungen gegen Neonazis im Raum Sinsheim/Rhein Neckar Kreis ausgelöst. Vier Verdächtige wurden vorübergehend festgenommen, darunter auch der Aktivist FRANK-DETLEF BENDER, bereits vorbestraft als Mitglied der Gruppe WERWOLF-BADEN-2. STURM SINNSHEIM. Die Gruppe verfügt über gute Kontakte zum Neonazi MANFRED HUCK und zu einer Wehrsportgruppe CHRISTIAN HEHL.

Bereits am 17. November 1994 wurde *»das größte Waffenlager seit 20 Jahren«* im bayrischen Traunstein ausgehoben: *»Vier Maschinengewehre, 35 Maschinenpistolen unnd Schnellfeuergewehre, 92 Gewehre, 700 Pistolen, 40 Handgranaten, acht Kilogramm Plastiksprengstoff, 100 Zünder, eine selbstgebastelte Rohrbombe mit Zündschnur und 200 Kisten Munition.«* Die Waffen sollten von dem Ort an der österreichischen Grenze nach Frankfurt/a. Main und in den Raum Wetzlar/Gießen weiterverteilt werden. Zum Kern der Gruppe werden drei Mitglieder des NATIONALEN EINSATZKOMMANDOS (NEK) der verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) gerechnet, um die Neonazi-Kader WILFRIED BÜHLER, FRANZ PLELI UND JOCHEN LEHNERT aus Traunstein. Die Gruppe leitet heute den POLITISCH KULTURELLEN ARBEITSKREIS OBERLAND. Dieser Verein veranstaltete zusammen mit dem NATIONAL DEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUND (NHB) der NPD-Jugendorganisation im Oktober 1994 ein Seminar, zu dem der österreichische Allt-Nazis HERBERT SCHWEIGER eingeladen war (siehe Artikel Nazi-Terror in diesem Heft).





Am 1.4. marschierten 20 niederländische und deutsche Nazis vor der dänischen Botschaft in Den Haag auf, um gegen die Verhaftung des NSDAP/AO-Führers Gary Lauck in Dänemark zu protestieren: ganz rechts Michael Petri (DN), 6. v. r. Eite Homan, 8. v. r. Constant Kusters (beide ANS Niederlande), 9. v. r. (älterer Herr) Joop Glimmerveen (ehem. NVU)



Gerhard Hennig, Chef des Nazizentrums in Hetendorf, Vorsitzender des "Heideheim" e.V.; der Verein, dessen stellv. Vorsitzender Jürgen Rieger ist, wurde am 24.8.90 eingetragen (siehe auch: Aktion der Antifa Buchholtz, bei Antifa Kurzinfos)

Nazi-Mord in Velbert

In der Nacht vom 04.02. auf den 05.02.1995 wurde der Obdachlose Horst Pulter im Herminghauspark in Velbert-Mitte von einer siebenköpfigen Gruppe jugendlicher Rechtsradikaler zunächst brutal zusammengeschlagen und kurz darauf von einem der Beteiligten mit einem Messer erstochen. Bei den Tätern handelt es sich um: Remo Schonsky, Rolf Leimhaus, Peter Drucks, Andreas Brandt, Dennis Pahl, einer Person mit Spitznamen »Pansen« und einem Unbekannten. Die Jugendlichen waren zunächst auf die Idee gekommen, Schwäne zu quälen und zu ermorden (wie dies im Herminghauspark schon öfters passiert war), überlegten es sich dann aber anders, wählten einen Obdachlosen als Opfer und machten sich auf die Suche. Sie fanden ihr Opfer schlafend auf einer überdachten Bank. Einer der Täter sprang auf den Schlafenden und dann begannen sie gemeinsam den Wehrlosen planmäßig zu quälen und mit gezielten Tritten zu traktieren. Die Gruppe ließ nach einiger Zeit von ihrem Opfer ab und verließ den Park. Zwei von ihnen, Peter Drucks und Rolf Leimhaus, blieben zurück. Die beiden kamen wenig später nach und machten nach Angaben der »Velberter Zeitung« vom 17.02. einen *»fertigen Eindruck«*. Drucks soll gesagt haben: *»Ich habe Scheiße gebaut. Ich hab dem noch einen reingedrückt.«* Alle sieben Beteiligten befanden sich über einen längeren Zeitraum in Untersuchungshaft, sind mittlerweile aber zum Teil wieder auf freiem Fuß. In der Presse, wie auch in Teilen der Öffentlichkeit wurde das Problem des organisierten Neofaschismus in Velbert/Heiligenhaus mal wieder heruntergespielt bzw. geleugnet.

Die Velberter Neonazi-Szene rekrutiert sich zumeist aus der Hooligan- bzw. Skinhead-Szene, die den Fußballvereinen RW Essen und MSV Duisburg nahestehen. Zu ihrem Umfeld sind ca. 40 bis 50 Personen zu zählen. Der eigentliche Drahtzieher des organisierten Neofaschismus, Remo Schonsky, versucht seit geraumer Zeit die Hooligan-Szene zu politisieren. Unterstützt wird er dabei u.a. von Björn Kleineickenscheidt aus Velbert-Birth.

Schonsky, einer der Tatverdächtigen im Mordfall Horst Pulter, unterhielt bis vor kurzem gute Kontakte zur FAP Essen, deren Treffen in einer Kneipe am Essener Hauptbahnhof er regelmäßig besuchte. In Velbert organisierte er in Gaststätten wie z.B. dem »Wicküler Krug«, Elsbeekerstr. 112, in Velbert-Neviges, Kameradschaftsabende, desweiteren organisierte er Zeltlager im Velberter Raum, bei denen er über Banküberfälle fabulierte. Vor kurzem wurde bekannt, daß vor dem Landgericht Wuppertal ein Prozeß stattfand, in dem sechs Nazis aus Velbert und Heiligenhaus zu Geld- und Haftstrafen verurteilt wurden. Letztere wurden zum größten Teil zur Bewährung ausgesetzt.

Bei den Angeklagten handelt sich um Michael Kittler, Klaus Rosenberger, Harald Naderhirn, Volker Schemeitat, Andrea Zerwinski und wiederum Remo Schonsky.

Remo Schonskys Verfahren wurde wegen des Mordfalles an Horst Pulter abgetrennt. Die verhandelte Straftat liegt 5 Jahre zurück.

Michael Kittler ist bekannt durch seine Mitgliedschaft in der Deutschen Alternative (Mitgliedsnummer 211). Er war bis vor kurzem inhaftiert in der JVA Iserlohn. Er wurde während dieser Haftzeit durch die HNG betreut und hatte darüber Kontakte zu dem HNG-Gebietsbeauftragten und ehemaligen FAP-Funktionär Erhard Kemper.

Klaus Rosenberger, Spitzname »Kilo«, Mitglied der FAP, Ex-Mitglied der Naziskinhead-Combo »Groilemeiers«, war an der Besetzung eines leerstehenden Hauses in Velbert-Tönisheide im März 1991 durch Naziskins beteiligt. Die Besetzung wurde kurzfristig sogar von Seiten der Stadt geduldet.

Harald Naderhirn (Ex-FAP Mitglied) nahm zusammen mit Klaus Rosenberger 1989 am »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« in Wunsiedel teil.

Volker Schemeitat und Andrea Zerwinski, genannt »Zivi«, gehören seit dem Skinhead- und Hooligan-Umfeld in Velbert an. Sie waren auch bei der Hausbesetzung im März 1991 dabei. ■

Antifa Velbert/Heiligenhaus

Im Schatten der Fußballfreunde –

Türkischer Faschistenaufmarsch in Berlin-Kreuzberg unter dem Schutz der deutschen Polizei

Am Mittwoch, den 26.4.95 hatte die türkische Nationalmannschaft in Bern mit 2:0 gegen die Schweizer Mannschaft gesiegt. Kurz nach Spielende fuhren Kolonnen von PKW's mit Fußballbegeisterten hupend und türkische Fahnen schwenkend durch Berlin-Kreuzberg. Wenig später sammelte sich eine Gruppe dieser Fans ausgerüstet mit großen türkischen Fahnen und brachte Hochrufe auf die Türkei dar. Schon hier war vereinzelt das Zeichen der GRAUEN WÖLFE – der türkischen Faschisten – zu sehen: ausgestreckte Hand mit nach oben gestrecktem kleinem und Zeigefinger und zusammengeführten Mittel-, Ringfinger und Daumen (Wolfskopf). Koordiniert wurde dieser Aufmarsch von einigen mit drahtlosen Telefonen ausgestatteten Männern. Auch aus einem Teil der Autos, die immer verwegener mit quietschenden Reifen durch den Stadtteil fuhren, wurden faschistische Parolen gerufen und faschistische Handzeichen gemacht.

Einige Fahrzeuge, deren Insassen sich eindeutig auf diese Weise als Faschisten zu erkennen gaben, wurden von kurdischen Jugendlichen aus dem Viertel angegriffen und beschädigt. Daraufhin schritt die Polizei zum Schutz der Faschisten gegen die Jugendlichen ein und verhaftete mehrere von ihnen.

Gegen 23.00 Uhr sammelte sich ein offensichtlich organisierter Demonstrationszug und maschierte an einem Treffpunk von antifaschistischen türkischen und kurdischen Jugendlichen vorbei, um später in einiger Entfernung eine Kundgebung abzuhalten. Von Fußball war nicht mehr die Rede, Parolen wie *»Die Türkei ist die größte!«*, *»Die Türkei wird das Grab der PKK werden!«*, *»Die Türkei wird Apo's Grab!«* (Apo ist der Anführer der PKK) wurden gerufen. Auf der anderen Seite sammelten sich Jugendliche und die Besucher einiger türkischer Cafés und riefen *»Die Türkei wird den Faschisten zum Grab werden!«*, *»Kurdistan wird das Grab der Faschisten!«*

Aus der Demonstration und aus den Autos der angeblichen Fußballfans wurden mehrmals deutlich Waffen gezeigt. Die deutsche Polizei baute sich erneut zum Schutz der Faschisten auf. Der Zug zog sich unter Parolenrufen und offensichtlich ermutigt durch den Polizeischutz zu seinem Ausgangspunkt zurück. Die weniger als 100 Gegendemonstranten, die ihnen auf der anderen Straßenseite folgten, wurden durch ein Polizeispalier in Schach gehalten. Mehrmals flogen Steine von Seiten der Grauen Wölfe. Als die Jugendlichen aus dem Viertel ebenfalls mit Steinen warfen, griff die Polizei ein, verhaftete mindestens vier Kreuzberger Jugendliche und prügelte sie unter dem lauten Beifall der Faschisten in eine Polizeiwanne.

Die Faschisten konnten ihre Kundgebung ungestört fortsetzen und sich dann zurückziehen. Danach wurde der Autokorso in Form eines Triumphzuges unter Polizeischutz wieder aufgenommen. Von Anwohnern auf die verwendeten faschistischen Symbole angesprochen, meinten Polizisten, daß es sich um ein reines Fußballereignis handele und gingen rabiat gegen Mißfallenskundgebungen vor. ■

Graue Wölfe am 25.4. in Berlin - Kreuzberg



Vorsicht – Nazispitzel

Funktionärin der NF-Nachfolge-organisation auf Kontaktsuche

Nazispitzel in der linken Szene sind in den letzten zwei Jahren öfters aufgeflogen: INGER PREẞMER in Frankfurt oder SILKE WUNDERLICH in Nürnberg. Ein neuer Fall in Berlin zeigt, daß es den Nazis nicht nur daran gelegen ist, Namen und Strukturen der Antifa auszuforschen, sondern daß sie auch darauf aus sind, Bündnispartner in der Linken zu finden. Mitglieder der NF-Nachfolgeorganisation SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERPARTEI (SrA) haben ihre Fühler in die linke Szene ausgestreckt. In der neuesten Ausgabe ihrer Jugendzeitschrift ´Angriff´ findet sich ein Artikel eines angeblichen DDR-Linken, der das Angebot der Nazis nach einem Bündnis gegen das »System« annimmt: *»All unser Wirken sollte nur ein Ziel kennen, den Sturz des Bonner Staates.«* Ziel der SrA, die aufgrund der angespannten sozialen Situation im Osten betont wortradikal, nationalrevolutionär und »antikapitalistisch« auftritt, ist die Bildung einer »Antisystemfront«. Diese Diskussion geht bereits auf das Jahr 1993 zurück.

Ein Flugblatt Berliner Antifas berichtet über Aktivitäten der NF-Kaderfrau MARION KAUSCH-LUDWIG in der autonomen Szene. Sie ist die langjährige Lebensgefährtin von SrA Chef ANDREAS POHL, mit dem sie bis Januar 1995 in Berlin zusammenwohnte. Pohl sei ausgestiegen, sagt sie, weil sie es verlangt habe. Sie selbst bezeichnet sich noch heute als »Nationalrevolutionärin«, *»verharmlost den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen und äussert sich stark antisemitisch. Sie behauptet Waffenlager der NF und Aufenthaltsorte von Naziverbrechern zu kennen, sagt aber, sie würde diese nicht preisgeben, weil das Verrat wäre. Sie behauptet 1988 ausgestiegen zu sein, tatsächlich aber weisen organisationsinterne Dokumente von 1992 sie noch als Kader und Parteimitglied der NF aus.«*[1] Sie trat Mitte der 80er Jahre in die NF ein, *»nahm wie sie sagt, als erste Frau der NF an Lehrgängen teil.«*[2] Seit Januar 1995 wohnt Marion Kausch-Ludwig in einer Kreuzberger WG bei ihrer Zwillingsschwester Susanne und derem Mann, einem »linken« Skinhead. Auch die Schwester war Mitte der 80er Jahre bei der NF und laut eigener Angaben Gespielin von NF-Chef Meinolf Schönborn. Auch sie pflegt nach wie vor Kontakt zu Nazis und besucht zusammen mit dem ehemaligen *»NF-Mitglied 'möhtin', Martin Ilmer«*, sogar *»einen rechten Totschläger«*[3] im Knast.

Der »linke« Skinhead und die Zwillingsschwester bereiteten Marion Kausch-Ludwig den Weg. Den Einstieg in die Szene suchte sie nicht über den Besuch politischer Treffen, sondern über das Knüpfen von Kneipenbekanntschaften. Motto: Wenn sie jemand mit A zusammen sieht, denkt B, die ist schon o.K.

Nach drei Monaten trieb sie sich auf Antifa-Feten, einem PKK-Newroz-Fest und in zahlreichen Szenekneipen herum. Aus ihrer Einstellung machte sie dabei keinen Hehl. *»Sie gibt sich locker, hat eine direkte Art auf Menschen zuzugehen und sie schnell für sich zu gewinnen. Auf ihrem Weg in die Szene baggerte sie einen nicht nur in Kreuzberg bekannten Szenetypen an, von dem wir ein antifaschistisches Grundverständnis wohl am ehesten erwartet hätten. Pech! Offensichtlich ohne besonderes Hinterfragen ihrer Aussteigerlegende öffnet ihr dieser Typ in naiver Weise Tür und Tor. In der ganzen Zeit hat sie Leute kennengelernt, die von ihrem Doppelspiel keine Ahnung hatten.«*[4]

Während der gesamten Zeit hielt sie den Kontakt zu Andreas Pohl. Der mimte den frustrierten Liebhaber, kumpelhaft und ausgestiegen. Pohl ist die linke Subkultur nicht ganz unbekannt. Er war in Berlin zwischen 1978 und 1981 in der aufkommenden Hausbesetzerbewegung, zwar reichlich schwachmatisch, aber immerhin aktiv. So kennt er auch einige Mechanismen der Linken, gerade wenn es darum geht Leute, mit einer rührenden Aussteigerstory zu verarschen: Linke sind dann oft lieb, nett und nachsichtig.

Darauf setzt auch eine von Marion Ludwig gezeichnete Gegendarstellung vom 15.5.95. Sie weist darauf hin, daß sie nicht erzählen würde, daß sie sich mit Andreas Pohl trifft, wenn sie ein Spitzel wäre. Warum nicht?

Die SrA führte 1993 in ihren Vorfeldorganisationen, FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND (FMJ) und DIREKTE AKTION MITTELDEUTSCHLAND (JF), eine Diskussion über die RAF. Wolfgang Grams war gerade von den Bullen in Bad Kleinen erschossen worden. Ein Artikel in der SrA-Jugendzeitung ´Angriff´ (Nr.3) löste eine heftige Diskussion aus. Nur einige der Diskussionsbeiträge waren von einem tiefgründigen Haß gegen Linke geprägt. Die Mehrzahl setzte darauf, daß es möglich sei, Linke für eigene Zwecke zu gewinnen. Die KAMERADSCHAFT OSTHAVEL faßte die Mehrheitsmeinung zusammen: *»Vergeßt nicht, Wolfgang Grams starb für eine Sache, an die er fest geglaubt hat. Auch wir sind bereit, unser Leben für die Idee des Nationalsozialismus zu opfern und für Deutsch-*

land zu sterben. Das unterscheidet uns zum Beispiel von dem Bullen, der für Geld tötet. [...] Das Grams auf der falschen Seite stand, würden wir eher als Zufall bezeichnen [...] Weiter müssen wir feststellen, daß wir uns genetisch und biologisch in keinster Weise von dem Linken unterscheiden – wohl aber können wir Unterschiede zwischen uns und den HERREN DIESES Systems ausmachen. Das bedeutet für uns zweifelsfrei: Der Feind ist nicht im eigenen Volk zu suchen.[...] Wir sind bereit mit dem 'Teufel' ein Bündnis einzugehen, wenn es der nationalen Bündnisbewegung unseres Volkes nützt.«[5] Ein Beitrag aus Halle/Saale meldete schon 1993: *»Da wir in unserem Stützpunkt 3 ehemalige Linksautonome integriert haben, wissen wir, daß das geht: 'Gemeinsam kämpfen' und wir wissen auch, daß in der linken Szene seinerzeit Empörung über den Freispruch der drogenhandelnden Sonntagmörder herrschte.«*[6] (Rainer Sonntag war Nazi-Anführer in Dresden und ist 1992 in einem Konkurrenzkampf um Marktanteile von zwei anderen Zuhältern erschossen worden).

Die Leitlinie für diese Taktik ist keineswegs neu. Zitate aus Horst Wessels Tagebuch und aus Hitlers 'Mein Kampf' umrahmten die Diskussionsbeiträge der Nachwuchsfaschos: *»Als Zeugen für diese innere Unzufriedenheit dürfen ebenso die Wahlmüden gelten wie auch die vielen zum fanatischen Extrem der linken Seite sich Neigenden. Und an diese sollte sich auch die junge Bewegung in erster Linie wenden.«*[7] *(Mein Kampf)*

Und genau das unternimmt die SrA. Dabei kommt ihr vor allem zu Gute, daß viele Linke theoretisch schlecht geschult sind und auf die revolutionär klingenden Phasen hereinfallen. Ziel ist *»die linke Unruhe mit linken Mitteln nach rechts umzufunktionieren«*. In Osteuropa, insbesondere in Rußland, trägt diese Strategie schon einige faule Früchte.

Die Kader der SrA bezeichnen sich als »revolutionär«, »antikapitalistisch« und »antiimperialistisch«. Einige verteidigen den Kamf der PKK, sie sehen in Lybien einen nationalrevolutionären Bündnispartner, sie sind gegen die USA, mit der sie die *»jüdische Weltverschwörung«* gleichsetzen. Diese Nazis, die mit radikalen Parolen um sich schmeißen, sind oft von einer anderen Sorte als die biersaufenden stumpfen Fascho-Glatzen. Sie schulen, seit einigen Jahren, Texte der linken Zeitschrift 'Radikal', sie haben die Geschichte der RAF analysiert und vertreten die Meinung: *»Wir sollten nicht vergessen, daß dort nur jemand mit den gleichen Methoden kämpft, nicht aber für die gleichen Ziele.«* Phrasen der Linken nachzumachen ist genauso leicht, wie Phrasen der Rechten zu kopieren. Wer sich von radikalen Phrasen blenden läßt, ohne zu blicken, daß diese Nazis genau das Gegenteil wie Linke wollen: Eine strenge hierarchische Elitegesellschaft, ein rassisch aufgeteiltes Europa, Krieg gegen andere Länder und die totale Versklavung »schwächerer« Nationen, der hat offensichtlich elemtare Inhalte linker Politik nicht begriffen. In dieser Gesellschaft erwarten die Linken Exekution und Lager – schon vergessen? ■



Marion Ludwig

[1] Flugblatt Berliner Antifas: »Vorsicht Faschistin« (Mai 1995)
[2] ebda
[3] ebda
[4] ebda
[5] In Aktion Juli 1993 – interner Rundbrief der Direkten Aktion Mitteldeutschland (JF)
[6] ebda.
[7] ebda

Gegen Staat, Imperialismus und Kapital ? Klar! Aber von links und gegen die Nazis



Die Nazis setzen auf Eskalation und haben zum bewaffneten Untergrundkampf aufgerufen. Ihr Ziel ist die Verschärfung der innenpolitischen Zustände. Sie können damit nur durchkommen, wenn entscheidende Teile von Polizei- und Justizapparat auf ihrer Seite stehen, wenn also eine Interessensgemeinschaft zwischen Apparat und Neonazis besteht. Die Mittel, mit denen sie agieren werden, sind u.a. Mordanschläge auf leicht erreichbare Personen, wie der Neonazi Jürgen Rieger formulierte: *»Nicht die Großen, da wird nicht der Präsident des Bundesgerichtshofes oder was, alles Quatsch..«* Zielpersonen sind *»die Kleinen«*, Politiker, Journalisten, MenschenrechtlerInnen, Linke und AntifaschistInnen. Die inhaltliche Bandbreite der formulierten Strategien reichen von fundamentalistischen NS-Positionen bis zu nationalrevolutionären Störfaktoren. Beim Bemühen mit Terror eine Unsicherheit in der Bevölkerung zu verbreiten, ist ihnen jede Hilfe recht.

Das Aufkommen eines rechten Terrors macht es für linke Gruppen, die Anschläge durchführen, notwendig sich genauer als bis jetzt zu unterscheiden – sonst nützen sie nur der Nazi-Strategie. Es gibt Anschläge von links, die eindeutig sind und schlecht für die Gegenseite zu funktionalisieren sind. Angeführt sei hier die versuchte Sprengung des Abschiebeknastes in Berlin-Köpenick vom April diesen Jahres.

Andere Aktionen, wie die der »Antiimperialistischen Zellen« (aiz) z.B., lassen sich sehr schwer von rechten Aktionen unterscheiden. Waren die Anschläge der RAF noch gegen Größen des Systems gerichtet, gehen die aiz jetzt zu Aktionen gegen niedere Chargen vor: *»ohne potentiell tödliche Aktionen wird die brd-linke hier nicht den Druck auf die Elten ausüben.«* Der Anschlag auf das Privathaus des CDU Bundestagsabgeordneten Blank aus Düsseldorf vom April diesen Jahres gefährdete darüberhinaus bewußt das Leben seiner Kinder und der ganzen Familie: Vor der Haustür detonierte eine Splitterbombe, *»potentiell tödlich«*, auch wenn eine Sirene kurz vor der Detonation losheulte.

Wem soll heute diese Eskalation nützen? Denken die aiz, daß die Sicherheitsbehörden ähnliche Nachsicht, wie bei Ermittlungen gegen Nazi-Terroristen walten lassen? Die Nazis haben Teile des Staatsapparates auf ihrer Seite, denen diese Eskalation nützt, um ihren eigenen Machtbereich auszuweiten. Die Linke hat dieses nicht. Sind die aizs überhaupt Linke, oder sind sie Nationalrevolutionäre oder eine Geheimdiensttruppe? Wie soll man das von außen bei solch unklaren Aktionen beurteilen?

Wir wissen nur eins genau: Aktionen, die nicht eindeutig sind und ohne Erklärung als linke Aktionen vermittelbar, unterstützen nur eine Gleichsetzung von *»linkem und rechtem Terror«* – Gewinner wären der Staat und die Rechte – Verlierer die Linke.

Verschärfend kommen ideologische Überschneidungen der aiz mit nationalrevolutionären Positionen hinzu. Die oben erwähnte aiz schrieb in ihrer Erklärung vom April 1995: *»die grenze zieht der brd-staat dort, wo er bemerkt, daß es muslimische treffpunkte und zentren gibt, in denen revolutionäre politik gegen die imperialistischen staaten eine rolle spielt.«* Wer dem islamischen Fundamentalismus eine revolutionäre Ausrichtung bescheinigt, der kann doch damit nur eine *»nationalrevolutionäre«* Ausrichtung meinen. Die Nazis sehen im islamischen Fundamentalismus einen Bündnispartner. Aus ihrer Sicht ist das auch logisch: Denn der islamische Fundamentalismus ist die Antwort auf die gescheiterten linken emanzipatorischen Befreiungsbewegungen der 60er und 70er Jahre. Wie auch der christliche Fundamentalismus in den USA oder der völkische Fundamentalismus in Deutschland, ist der islamische Fundamentalismus eine reaktionäre Bewegung, die die Frauen entrechtet und keine andere Meinung, als die der herrschenden Clique zuläßt. Was haben z.B. die Ermordungen von Frauen, wie in Algerien, die sich weigern den Schleier zu tragen mit revolutionärer Politik zu tun?

Ein neuer Akteur, der rechte Terror, tritt auf den Plan. Wir werden in Zukunft mit vielen Anschlägen konfrontiert sein, die nicht klar und eindeutig sind, bei denen die Sicherheitsbehörden alles unternehmen werden, um eine rechte Beteiligung zu verschleiern. Auf Seiten der Linken ist da mehr Genauigkeit gefordert, um nicht zu Wasserträgern der Rechten in Staat und Politik zu werden. ■

Dokumentation: Aufkleber zur versuchten Sprengung eines Abschiebegefängnisses in Berlin-Köpenick (gesehen im Berliner Bezirk Kreuzberg)

Die Terroristen sind die,
die Abschiebeknäste bauen,
und nicht die,
die sie in die Luft sprengen.



Solidarität hat viele Formen.

Wir wünschen Bernhard, Peter und Thomas alles Liebe und viel Kraft!!!
Laßt euch nicht erwischen !!!!!!!!!!!!!

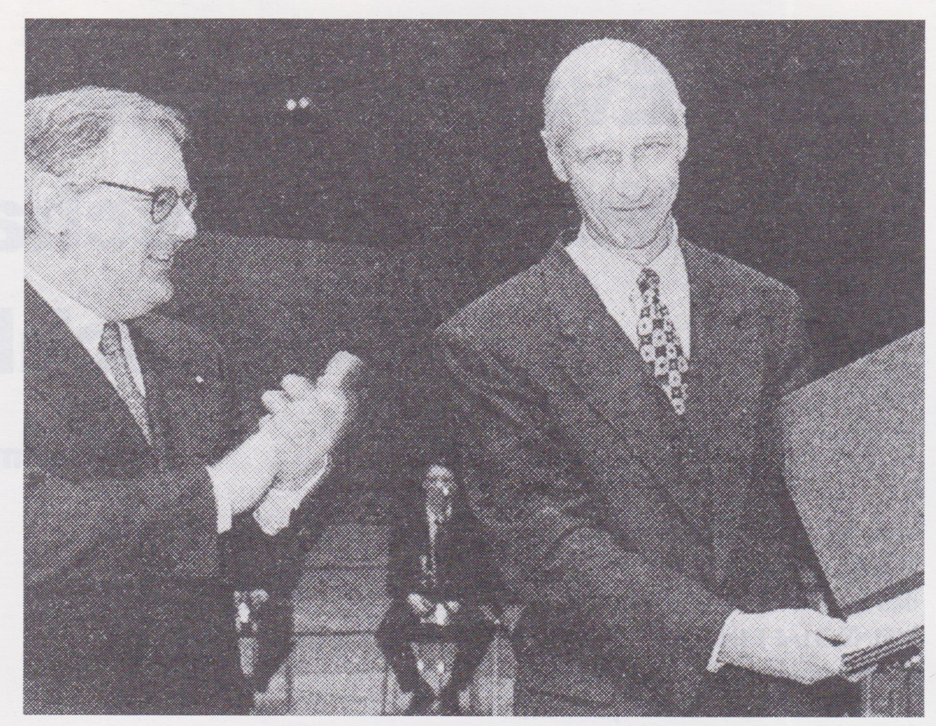
München

»Saubermänner« unter sich

Der verhinderte Bundespräsident Steffen Heitmann (CDU) scheint sich im »neu«rechten Spektrum immer wohler zu fühlen. Der sächsische Justizminister unterzeichnete nicht nur den BERLINER APPELL gegen eine angebliche »Hexenjagd auf Konservative«, er ist auch Autor und Interviewpartner der JUNGEN FREIHEIT. CRITICÓN wird bezeichnet ihn als »hochanständigen, integren Mann«, auch die NATIONALZEITUNG feierte die »integre und von jeglichen Skandalen freie Persönlichkeit«.

Am 4.März nahm der 50jährige Heitmann in der Münchener Philharmonie den »Freiheitspreis« vom Gründer und Vorsitzenden des BUNDES FREIER BÜRGER - DIE FREIHEITLICHEN, MANFRED BRUNNER entgegen. Anläßlich der Verleihung des von der STIFTUNG DEMOKRATIE UND MARKTWIRTSCHAFT ins Leben gerufenen Preises sprachen neben Brunner auch PETER GAUWEILER (CSU) und MICHAEL WOLFFSOHN.

Sein Referat »Geistesfreiheit oder 'political correctness'« beim Kongreß des STUDIENZENTRUMS WEIKERSHEIM am 6. und 7. Mai sagte der Theologe und Jurist dagegen ab.



»Saubermänner unter sich«: Brunner (l) und Steffen Heitmann

Potsdam / Hamburg

Alle sind sie so gemein zur Jungen Freiheit

»Rufmord«, die *»primitivsten Verdrehungen und Verfälschungen«*, *»Denunziations-Journalismus«* sowie einen *»Amoklauf gegen die JF«* wirft man bei der rechten Wochenzeitung dem SPIEGEL vor.

Der Grund der Aufregung: Der Spiegel hatte in seiner Ausgabe 11/95 berichtet, was LeserInnen des Antifa Info-Blattes längst wissen dürften: Daß die JUNGE FREIHEIT ein rechtsradikales Blättchen ist. Das Nachrichtenmagazin berief sich auf den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalens, der diese bahnbrechende Neuigkeit in Umlauf gebracht hatte. Der Potsdamer Redaktion treibt das natürlich Schaum vor den Mund. Wollte sich die Wochenzeitung doch breiter im bürgerlich-konservativen Spektrum etablieren, bevor sie an Geldmangel eingeht. Nun gibt es sogar in der CDU Stimmen, die sich öffentlich gegen eine publizistische Tätigkeit von Parteikollegen in der Rechtsaußen-Zeitung aussprechen.

Aus Protest und um zu beweisen, daß sie nicht nur national, sondern auch »revolutionär« seien, bauten sich die JF-Redakteure am 16. März vor dem Spiegel-Gebäude auf. *»Jeder dritte Spiegel-Redakteur«* bekommt die neueste Junge Freiheit in die Hand gedrückt (für mehr Exemplare reichte das Geld wohl nicht...), doch irgendwie lassen sich Hamburger Journalisten von dem rechten Häuflein mit Schildern und Transparenten gar nicht beeindrucken. Echt gemein.

Kein Protest der Jungen Freiheit regte sich gegen das Nazi-Blatt BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG. Das Organ der NATIONALEN hatte in seiner Ausgabe Dezember'94/Januar'95 berichtet, die »beiden Ressortleiter ROLAND BUBIK und MICHAEL HAGEBÖCK wollen ebenfalls das Handtuch schmeißen«. Peinlicherweise haben wir im Antifa Info-Blatt Nr. 29 diese Darstellung übernommen. Dabei sind Bubik (Zeitgeist und Lebensart) und Hageböck (Jugend und Familie) weiterhin JF-Redakteure.

Berlin

Altherrenverein in Wahlkampfstimmung

Am 4. April veranstaltete der BUND FREIER BÜRGER – DIE FREIHEITLICHEN in Berlin-Reinickendorf eine Veranstaltung, die den Berliner Wahlkampf einleiten sollte. Eingeladen dazu wurde per Anzeige in der JUNGEN FREIHEIT und in einem lokalen Anzeigeblättchen. Die Rechtspartei unter Vorsitz von Manfred Brunner, gegründet am 23. Januar 1994 als weitere Partei, die sich »rechts der CDU« etablieren will, verspricht sich Erfolg durch den Versuch, das Modell Jörg Haider zu kopieren. So trägt sie auch seit neuestem den Zusatz »Die Freiheitlichen«.

Ungefähr 50 Antifas hatten sich vor dem Reinickendorfer »Fontane Haus« eingefunden und wollten »Brunner und Konsorten gebührend empfangen«. Die reichlich erschienene Polizei und die Gesichtskontrollen am Eingang verhinderten aber antifaschistische Gegenaktionen. Brunner hatte die politischen Gegner zwar großzügig zur Diskussion eingeladen, doch per Hausrecht wurden sie nach draußen verbannt.

Das Publikum setzte sich aus alten Männern, Parteimitgliedern des BFB und zahlreichen Zivis zusammen. Mit Peter und Bärbel Rieger waren auch ehemalige Vorstandsmitglieder der Republikaner anwesend.

Programmatisch bat die Veranstaltung nichts Neues. Der aus München angereiste Brunner drosch die üblichen Phrasen und versuchte, dem Altherrenverein nach dem Maul zu reden. Viel mehr als »Asylmißbrauch«, innere Sicherheit, »nationale Interessen«, »preußische Werte« usw. hatte er nicht zu bieten.

Selbst diese Themen waren den meisten der ca. 100 Anwesenden nicht radikal genug. So mußte sich der vormalige FDP-Politiker und stellvertretende EG-Kommissar fragen lassen, ob er nur »Oberflächenkosmetik« betreiben wolle.

Insgesamt schien es sich eher um eine Privatveranstaltung Brunners zu handeln als um die einer Partei. So ließ es sich der selbstherrliche Brunner nicht nehmen, zu 90 Prozent der Veranstaltung selbst das Wort zu ergreifen.

Die beiden anderen BFB'ler auf dem Podium, der Berliner Vorsitzende KARL-CHRISTIAN ANDERSEN (69) und der Rostocker Philosophie-Professor ACHIM FAHS, hatten nicht viel zu melden.

...und weiter in Sachen Unterwanderung und Zustimmung

Hans-Ulrich PIEPER, Organisator der »Dienstagsgespräche« ist laut Berliner Tagesspiegel in die Wilmersdorfer FDP aufgenommen worden. Pieper ist ja nun wirklich kein unbeschriebenes Blatt. Der PR-Manager und Unternehmensberater hat eine durchgehende 20jährige Karriere innerhalb der BRD-Rechten hinter sich.(Siehe AIB, Nr.28, Nov./Dez.,S. 5-7)

Die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland

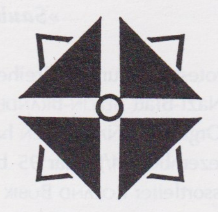
»Für Familie, Volk und Vaterland...«

Vom 31. März bis zum 3. April traf sich im »Johannesstift« in Berlin-Spandau die EVANGELISCHE NOTGEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND (ENID) unter dem Motto »Scheidung der Geister« zu ihrer halbjährlichen Studientagung. In lauschiger Atmosphäre versammelten sich rund 110 rechtskonservative und rechtsextreme Kirchenmänner und -frauen – Durchschnittsalter 50 Jahre und aufwärts, mit Ausnahme einer Gruppe lautstarker Burschenschaftler in voller Montur und einigen Mittdreißigern. Erarbeitet wurden u.a. neue Strategien zur Ausweitung ihres innerkirchlichen und gesellschaftlichen Einflusses.

Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.

Erneuerung
und Abwehr

Monatsblatt Nr. 3/4 · März/April 1995 · Jahrgang 30 · D 3644 E



Aus dem Inhalt:

Karl-Hermann Kandler: Besinnung zur Monatslosung
Walter Künneth: Fragen und kritische Überlegungen zur heutigen Weltstunde
Ernst Zuther: Kirche am »Point of no Return«?
Herbert Bath: Islam-Unterricht an deutschen Schulen?
Alexander Evertz: Evangelische Kirche und Nationalbewußtsein
Ernst Volk: »Absurde Normalität«
Auf den Punkt gebracht · Dokumentation · Kommentare · Buchrezensionen
Helmi Rau: Verein zur Erforschung und Erhaltung Schlesischer Orgeln e.V.

Auch wenn das Interesse an evangelikalen Fundamentalisten bei AntifaschistInnen verständlicherweise eher gering ist, sollte die Notgemeinschaft als ein Bindeglied zwischen konservativer und neurechter Ideologie nicht unterschätzt werden. Gerade in der ehemaligen DDR versucht die Notgemeinschaft seit einigen Jahren über AktivistInnen u.a. in Halle, Stralsund oder Potsdam »orientierungslose Jugendliche und junge Erwachsene« zu werben. In den alten Bundesländern ist die Notgemeinschaft flächendeckend in Pfarrämtern und an theologischen Hochschulen vertreten.

Gegründet wurde die Notgemeinschaft, deren Sekretariat sich im schwäbischen Renningen befindet, 1966 als Reaktion auf den Schwenk der Evangelischen Kirche in Bezug auf die bundesdeutsche Ostpolitik gegenüber Polen und der Sowjetunion sowie als Antwort auf einen teilweise realen, teilweise eingebildeten größeren Einfluß von ReformerInnen, Liberalen und VertreterInnen einer »Theologie der Befreiung« in der evangelischen Kirche. Unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Theologen WALTHER KÜNNETH, einem offenen Antisemiten und Bewunderer des Nationalsozialismus, und des Dortmunder Pfarrers ALEXANDER EVERETZ wurde die Notgemeinschaft innerhalb weniger Jahre zu einem Sammelbecken für rechtskonservative, antisemitische und rechtsextreme Theologen und Pfarrer. Von Anfang an verstand sich die Notgemeinschaft als »Hüter der Bibel« und der Familie, als Interessensvertreter der »Vertriebenen« und Bastion gegen vermeintliche kommunistische und sozialistische Tendenzen nicht nur innerhalb der evangelischen Kirche, sondern in der gesamten BRD-Gesellschaft. In einem Selbstdarstellungsfaltblatt heißt es zu der Frage »Wer wir sind?« im O-Ton: *»Mit größter Sorge verfolgen wir, wie Kirchen zunehmend zum Sammelbecken von Ideologien verschiedenster Art werden und wie noch immer das utopische Gedankengut einer sozialistischen Weltgesellschaft sich wie ein Krebsschaden in Kirche und Volk«* ausbreite.

Ihren »Auftrag« sieht die Notgemeinschaft in der *»Wahrnehmung unserer Aufgaben im Umkreis irdischer Pflichten für Familie, zum Nächsten, für Volk und Vaterland«.* Die konkrete Umsetzung dieses »Auftrags« erfolgt u.a. durch das rechtsextreme WALTHER-KÜNNETH-INSTITUT E.V., das unter Leitung von Walther Künneths Sohn ADOLF, ein leitender Regierungsdirektor a.D. aus Butzbach, Seminare organisiert und die Gefolgschaft mit aktuellen Informationen über Freund und Feind versorgt. Dazu kommt noch die *»Unterstützung bedürftiger Schüler in evangelischen Bekenntnisschulen, Hilfe für Studenten an bekenntnistreuen Theologischen Akademien«* sowie *»Hilfe für Opfer des politischen Terrors, die von unseren kirchlichen Hilfsdiensten übergangen werden«.* Dabei arbeitet die Notgemeinschaft u.a. eng mit dem rechten evangelischen Pressedienst IDEA[1] und verschiedenen Autoren der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Stuttgart zusammen. Auch mit Lebensschützern aller Couleur existiert eine enge Zusammenarbeit. Als »geistiges Rüstzeug« für Notgemeinschaftsmitglieder, Freunde und UnterstützerInnen dient die Monatszeitung ERNEUERUNG UND ABWEHR, deren Auflage die Notgemeinschaft auf 7000 beziffert.

Oftmals steht in der Praxis vor Ort die Säuberung kirchlicher Institutionen von unliebsamen PfarrerInnen durch Denunziation und Psychoterror auf dem Programm. Derartige Kampagnen, wie z.B. Mitte der 80er Jahre in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Rellingen bei Hamburg, führen oft dazu, daß fortschrittliche PfarrerInnen irgendwann entnervt aufgeben oder versetzt werden. Als Feindbild Nr. 1 gelten Schwule und Lesben sowie Feministinnen, die *»die kreatürliche Erotik ruinieren«.*[2] Ein weiterer Schwerpunkt ist der Aufbau eines neuen Nationalbewußtseins in evangelischer Kirche und Gesellschaft. Für dieses Thema ist vor allem Notgemeinschaftsgründer Everetz zuständig, der in »Erneuerung und Abwehr« der evangelischen Kirche mangelnde Wertschätzung für »das Nationale« und »kosmopolitische Trunkenheit« vorwirft, um dann über die Evangelische Kirche nach 1945 zu schreiben: *»Als dann 1945 die Starken sich*



Klaus Motschmann sorgt für die direkte Verbindung ins Lager der »Neuen« Rechten

krümmten, ..., das Dritte Reich in Stahlgewittern unterging, wurde das Steuer herumgeworfen. Man streute den Zeitgeist Weihrauch«. Bei derartigen Positionen verwundert die enge personelle und politische Verflechtung der Notgemeinschaft mit Vertriebenenverbänden nicht. In einem Papier des Landesbischoffs i.R. HANS VON KELER für die Arbeitstagung des Ostkirchenausschusses der Evangelischen Kirche in Deutschland im November 1994 heißt es u.a.: *»Die Katastrophe des Jahrtausends ist die Verschiebung der polnischen Westgrenze«.* Kelers 16-seitiges Pamphlet unter der Überschrift »Die Verbrechen der Vertreibung« könnte jeder NF- oder FAP-Kader ohne Wimpernzucken unterschreiben - werden doch hier die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka mit den polnischen Kriegsgefangenenlagern nach 1945 gleichgestellt und die polnische Minderheitenpolitik als Ursache des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf Polen im Jahr 1939 dargestellt.

Für eine direkte Verbindung ins Lager der Neuen Rechten sorgt der einschlägig bekannte Berliner Theologe und Politologe Professor KLAUS MOTSCHMANN, Vorstandsmitglied der Notgemeinschaft. Motschmann war von 1972 bis 1980 Schriftleiter von CRITICÓN - KONSERVATIV HEUTE, der von den neurechten Vordenkern ARMIN MOHLER und CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING gegründeten Hauspostille für alle diejenigen, die sich selber rechts von der Union einordnen und keine Berührungsängste zum Neofaschismus haben. Dementsprechend war es auch Criticón, die den französischen Ideologen der Neuen Rechten, ALAIN DE BENOIST in der BRD salonfähig gemacht hat. In Criticón schreiben CDU/CSU-Abgeordnete schon seit längerer Zeit einträchtig neben Neofaschisten. Motschmann schreibt für Criticón sowohl längere theoretische Abhandlungen als auch regelmäßige Glossen über aktuelle Ereignisse. Im kirchlichen Rahmen hat er sich u.a. durch die Veröffentlichung des »Rotbuch Kirche« als Linkenjäger profiliert. Theologen wie Motschmann oder KARLHEINZ WEISSMANN[3] haben dabei die Aufgabe, den Einfluß von neuheidnischen Gruppierungen und Strömungen innerhalb der Neuen Rechten und des neofaschistischen Spektrums zurückzudrängen.

Stargast des Studienseminars im »Johannesstift« war ex-Generalbundesanwalt und FDP-Rechtsaußenzugpferd ALEXANDER VON STAHL, der, sichtlich angeschlagen vom Berliner FDP-Landesparteitag[4], bei den aufrechten Evangelikalen Trost und rauschenden Beifall erhielt. Von Stahl beschränkte sich auf sein bekanntes Repertoire von der »Faschismuskeule der Linken« und dem Bekenntnis zur »selbstbewußten Nation«: Die deutsche Innen- und Außenpolitik dürfe nicht von einer »Zerknirschtheitsmentalität« geleitet werden. Die »Herrscher über politische Korrektheit«, d.h. vor allem Journalisten aus der 68er Bewegung, würden die Meinungsfreiheit gefährden. »Der Einwanderungsdruck auf die BRD« ist für Alexander von Stahl die Ursache von Rassismus und neofaschistischen Angriffen auf Flüchtlinge und MigrantInnen, die im übrigen nicht von neofaschistischen Organisationen, sondern nur von Einzeltätern verübt worden seien. Immer wieder berief sich von Stahl in seinen Positionen zum Nationalsozialismus und der Verleugnung der Einzigartigkeit des Holocausts auf den gescheiterten Bundespräsidentenkandidaten STEFFEN HEITMANN, der noch vor ihm das erste Opfer der linken Meinungsmacher geworden sei. Stahl beendete seinen Vortrag mit einem Bekenntnis zu »den christlich-abendländischen Werten« und heimste damit noch eine letzte Runde Applaus ein.

(Besten Dank dem Bonner Institut für Faschismus-Forschung und Antifaschistischen Aktion sowie einigen christlichen AntifaschistInnen, ohne die dieser Artikel nicht zustande gekommen wäre.) ■

1) HELMUT MATTHIES, Chefredakteur von IDEA, unterzeichnete sowohl den BERLINER APPELL vom September letzten Jahres, der »eine Hexenjagd auf Konservative und demokratische Rechte« beklagt, wie den rechten Aufruf zum 8.Mai. Ferner war er Teilnehmer der STUDIENTAGUNG in Berlin-Spandau.

2) Ernst Zuther in der März/April Ausgabe von »ERNEUERUNG UND ABWEHR«.

3) Der »Historiker« Weissmann ist Autor in Mut, Criticón, der Jungen Freiheit und dem Materialdienst der EVANGELISCHEN ZENTRALSTELLE FÜR WELTANSCHAUUNGSFRAGEN.

4) Beim FDP-Landesparteitag am 31.März und 1.April hatte von Stahl ähnliches von sich gegeben, kam aber nur halb so gut an. Vielmehr wurde den rechten Unterwanderungsversuchen eine Absage erteilt, wobei die National»liberalen« teilweise hart kritisiert wurden.

Die Verantwortung

Nie Wieder!

Plan des IG-Farbenwerkes in Auschwitz

Dieses Jahr führen Kritische Aktionäre, antifaschistische und Opfergruppen eine Kampagne gegen die IG Farben-Konzerne durch. Sie richtet sich erstmalig nicht nur gegen die Restgesellschaft, die IG Farben i.A. (in Auflösung), sondern auch gegen die Nachfolgefirmen Bayer, BASF und Hoechst. Zu Recht, denn 90 Prozent des IG Farben-Imperiums übernahmen diese Einzelkonzerne nach 1945. Die sollen sich zu ihrer Schuld bekennen und ihre ehemaligen ZwangsarbeiterInnen endlich finanziell entschädigen, fordern die in der Kampagne »Nie wieder!« zusammengeschlossenen Gruppen. Wir dokumentieren im folgenden den (gekürzten) Aufruf der Kampagne.

Das Jahr 1995 steht weltweit im Zeichen des Kriegsendes vor 50 Jahren. Bereits jetzt steht fest, daß ein Thema in den vielen mahnenden Feierlichkeiten zu kurz kommt: Die Rolle der großen multinationalen Konzerne bei Vorbereitung und Durchführung des II. Weltkriegs, vornehmlich der IG Farben.

Mitverantwortung für Krieg und Naziverbrechen

Die IG Farben, der Zusammenschluß von Agfa, BASF, Bayer, Hoechst und einigen kleineren deutschen Chemiefirmen, nahm damals als weltgrößter Chemiekonzern eine führende Rolle ein. Die IG Farben war der größte Einzel-Finanzier der NSDAP; sie befürwortete ausdrücklich deren Kriegspläne und schaffte mit ihren Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG Farben legte seine Interessen z.B. in einem Papier mit dem Titel »Neuordnung« nieder: Dort plante die IG Farben die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialistischen Heerscharen.

Die IG Farben mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindungen in aller Welt, auch in den USA, verdiente auf beiden Seiten der (West-)Front. Sowohl die Nazibomber, als auch die Maschinen der Westalliierten flogen mit IG Farben-Sprit.

Die IG Farben verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten, an der »Industrialisierung« des Völkermords in den KZs, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und »Feindbevölkerung«, an der Einverleibung aller nur irgend geeigneten »eroberten« Gebiete.

Perverse Verbrechen und Massenmord

In ihrer Profitgier hat die IG Farben keine Perversion ausgelassen.

Für geringe Beträge von der SS »gekaufte« Häftlinge wurden in grausamen »medizinischen und anderen Versuchen im Dienste der Wissenschaft« bei vollem Bewußtsein zu Tode gequält; der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung wurde mit dem Giftgas Zyklon B »perfektioniert«; im IG Farben eigenen KZ Auschwitz III (IG Monowitz) und seinen Nebenlagern wurden cirka 370.000 Häftlinge bis zum Tod ausgebeutet.

Während des Kriegs war bei den Siegermächten unter der Führung der USA der Wille entstanden, den »Blutkonzern«, die Naziführung und einige andere Konzerne und Großbanken vor ein internationales Kriegsverbrecher-Gericht zu stellen. Unmittelbar nach der Niederlage des NS-Regimes begannen die Vorbereitungen des Prozesses gegen die IG Farben unter Führung der US-amerikanischen Militärbehörden (nicht ein Manager der IG Farben befand sich in der Sowjetzone).

Doch überraschend wurde der US-Staatsanwalt selbst Opfer mächtiger IG-Farben-Kräfte in den USA und des Wandels in der politischen Strategie der Westmächte hin zum Kalten Krieg.

Der Chefankläger wurde seiner Mittel beraubt, die Anklage verwässert und er persönlich als »Kommunist« diskreditiert.

> Bei der Diskussion um das Jahr 1945 fällt meist ein wesentliches Moment der NS-Kriegspolitik unter den Tisch. Die Großunternehmen hatten das Regime gestützt und umgekehrt geschah die NS-Raubpolitik zugunsten dieser Konzerne. Die IG Farben sticht dabei besonders hervor. Sie betrieb die Planung der Kriegswirtschaft für die Gebiete, die die Naziarmee erobert hatte bzw. erobern wollte. Die Alliierten hatten 1945 die Auflösung der IG Farben in ihre Einzelkonzerne verfügt. Was auf den ersten Blick wie eine Entmachtung aussieht, war jedoch von der IG Farben intern bereits während des Krieges diskutiert worden – der Konzern war zu unübersichtlich geworden.
>
> Die Einzelkonzerne des früheren IG Farben-Komplexes sind mächtiger als der Gesamtkonzern damals. Welches Bedrohungspotential kommt zum Tragen, wenn sich die Chemie-

ung der IG Farben



Fritz ter Meer, ranghöchster Wissenschaftler im IG-Farbenvorstand, wie er verurteilt wird

giganten von den bürgerlichen Parteien nicht mehr vertreten fühlen? Friedensfördernd ist ihre Produktionspalette auch heute nicht.

So produziert Bayer neben Gentechnologie und Pestiziden nach wie vor Kampfgas und verkauft Fabrikanlagen zur Giftgasproduktion. Zudem ist es in der Chemie meist nur ein kleiner Schritt, von zivilen auf militärische Produkte umzustellen.

Entledigt von ihrem alten Namen, den viele mit Kriegsverbrechen und Zwangsarbeit verbinden, kaufen sich die ehemaligen IG Farben-Firmen ungehemmt die alten Produktionsstätten in Ostdeutschland zurück – soweit sie nicht rückübertragen werden.

So auch die BASF, die die letzten Überreste der Baracken, Gaskammern und Krematorien des ehemaligen IG Farben-KZs Schwarzheide nach dem Rückkauf einplanierte.

Milde Strafen

Trotzdem kam es im Juni 1947 noch zum Prozeß. Doch alle Angeklagten kamen trotz erdrückender Beweislast mit lächerlichen Strafen bzw. sogar mit Freisprüchen bei bestimmten Anklagepunkten davon. Nicht einer der Verurteilten mußte seine Strafe vollständig absitzen. Stattdessen nahmen sie ihre Posten in den alten IG Farben-Firmen und anderswo wieder auf, und einige wurden sogar mit Orden der neuen Bundesrepublik ausgezeichnet. Der verurteilte IG Farben-Chef Fritz ter Meer z.B. war bereits 1956 wieder Vorsitzender des Aufsichtsrates bei Bayer.

Und heute?

Seien wir uns deshalb anläßlich des Gedenkjahres 1995 stets bewußt: Jede der IG Farben-Firmen BASF, Bayer und Hoechst ist heute um ein Vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG Farben seinerzeit. Diese drei Konzerne handeln trotz der formalen Auflösung der alten IG Farben in informeller Verbundenheit auf der Grundlage gemeinsamer Profitinteressen absolut homogen. Dafür stehen u.a. die Vermeidung jeder existenzgefährdenden Konkurrenz ebenso wie die Kontinuität beim gemeinsamen Besitz alter IG Farben-Werke im Ausland und die Teilung von Führungspositionen in nationalen und internationalen Chemiegremien in einvernehmlichen Wechsel.

Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal innerhalb eines Jahrhunderts dazu beigetragen, die Welt in Schutt und Asche zu legen. Die IG Farben hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung.

Wir fordern

– Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Hitler und seinen Nazi-Schergen müssen die verantwortlichen Hintermänner aus der Wirtschaft in das Rampenlicht gestellt werden. Die IG Farben-Firmen BASF, Bayer und Hoechst und die noch immer existierende IG Farben i.A. müssen anläßlich dieses Gedenkjahres mit ihrer Schuld konfrontiert werden.

– Die angemessene Entschädigung aller IG Farben-ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen durch die Nachfolgefirmen muß endlich erfolgen.

– Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der IG Farben betreffenden Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.

– Die IG Farben-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.

– Die IG Farben i.A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen »Blutaktien« muß sofort unterbunden werden.

– Pensionszahlungen an ehemalige IG Farben-Verantwortliche müssen eingestellt werden. ■

Infomaterial kann angefordert werden, ebenso Referenten gegen Kostenerstattung (auch kurzfristig):

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

VertreterInnen der Kampagne sind auf den Jahreshauptversammlungen von Hoechst, Bayer und BASF aufgetreten.
Begleitend gab es eine Reihe von Aktivitäten (Demo, Veranstaltungen)
Zwei Termine stehen noch in Frankfurt/M an:
7.8.95 Podiumsdiskussion zu: Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen – Die Verantwortung der IG Farben
9.8.95 Die IG Farben i.A.-Hauptversammlung

Ghetto-Aufstand

Auf dem Internationalen Hearing zum »8. Mai – 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus« in Berlin sprach als eine der ZeitzeugInnen die Widerstandskämpferin Liza Czapnik. Sie arbeitete in Grodno und Bialystok im Untergrund. Bialystok, heute im Osten Polens gelegen, hat seinen besonderen Platz im Widerstand in den großstädtischen Ghettos. Wegen des Ausmaßes des Aufstandes und weil hier WiderstandskämpferInnen am entschiedensten versucht hatten, die Verteidigung des Ghettos mit dem Partisanenkrieg zu verbinden.

Liza Capnik war 18 Jahre alt und lebte in Grodno, als die Nazis die Sowjetunion überfielen. Die Nazis ermordeten ihre Geschwister und Eltern. Nach der Zerstörung der Ghettos in der Region ging sie nach Bialystok im vormals sowjetisch besetzten Teil Polens, wo sie im Antifaschistischen Komitee arbeitete und den bewaffneten Aufstand mit vorbereitete. Zudem hielt sie den Kontakt zu den Partisanen in den Wäldern, beschaffte ihnen Waffen und versorgte sie mit geheimdienstlichen Informationen.

Nach der Liquidierung des Ghettos schaffte sie es, mit falschen Papieren in der Illegalität als Polin die Nazi-Okkupation zu überstehen. Nach dem Krieg lebte Liza Capnik in der Sowjetunion, seit einigen Jahren in Israel. Wir veröffentlichen Auszüge aus ihrem Vortrag.

*Namen, deren Schreibweise wir nicht klären konnten, sind mit * gekennzeichnet.*

Am 21. Juni 1941 bekam ich mein Schulabschlußzeugnis. Als wir von unserer Party zurückkamen, stand Grodno in Flammen. Bevor ich 1942 nach Bialystok kam, war ich ich in Städten, die bis '39 zu Polen gehörten und dann sowjetisches Gebiet waren, in der Region von Slonim und schließlich war ich im Ghetto von Grodno. Ende Juli 1941, als ich nach Slonim ging, sah ich das erste Massaker der Nazis. Sie trieben 9.000 Juden und Jüdinnen zusammen, Kinder, unschuldige menschliche Wesen. Ihnen wurde befohlen, große Gruben zu graben, dann wurden sie erschossen und begraben. Die Dorfbewohner erzählten mir, daß die Erde gezittert hat. Die Erde bewegte sich, weil viele noch lebten.

Bialystok fiel am 27. Juni 1941 der deutschen Wehrmacht in die Hände. Unter ihrer Aufsicht fand ein für den damaligen Zeitpunkt beispielloses Massaker statt. Dabei tat sich das 316. Polizei-Bataillon hervor – Polizisten aus dem Ruhrgebiet, die nun Teil der Einsatzgruppe B waren. Sie trieben Juden in die Große Synagoge und setzten sie in Brand. Tausend jüdische Männer und Jungen verbrannten bei lebendigem Leib, weitere Tausend erschossen die Nazis in den Straßen. Sie setzten die Massaker in den nächsten Tagen in Bialystok wie auch in den Orten der Region fort.

Es fällt mir schwer es auszusprechen, und es ist kaum zu glauben: Als ich nach dieser Schlächterei nach Slonim kam, liefen die Gestapo-Leute durch die Straßen, große Männer in deutschen Uniformen – sie trugen Kinderköpfe. Die Menschen wußten nicht, was Nazis bedeuteten, aber dies war die erste Erfahrung. Als ich in das Ghetto von Grodno zurückkehrte und es den Leuten erzählte, glaubten sie mir nicht, niemand. Mein Bruder Grischa Czapnik war einer der ersten, der Berichte über diese Massaker verfaßte. Dann war da 1942 ein Grodnoer Mathematik-Lehrer, Brojde, der einzige, soweit ich weiß, der aus dem Todeslager von Treblinka flüchten konnte. Er erzählte von dem ganzen Verfahren mit den Gaskammern. Grischa, der Lehrer und ich schrieben dazu Flugblätter und verteilten sie unter der Bevölkerung.

Im Ghetto war ich illegal, weil ich in den Listen der Gestapo stand – damals war ich ein junges Mädchen. Die Gestapo kam nach Grodno mit Listen von Intellektuellen,Lehrern, Ingenieuren, Anwälten und der Nachtwächter der Schule erzählte meinen Eltern, daß er darauf meinen Namen und den meines Bruders gesehen hatte. Die ersten Wochen nach Kriegsbeginn erschossen sie alle diese Intellektuellen, einige hängten sie auch. Darunter waren mein Lieblings-Geschichtlehrer und mein Mathematik-Lehrer.

Das Ghetto war umzingelt von Polizisten und Gestapo-Männern. Jeder von ihnen fühlte sich als Herr. Und um sich und seine Freunde zu unterhalten, erschoß er ein Kind, folterte eine Frau, vergewaltigte sie und warf sie einfach auf die Straße. Ein Beispiel: Jenna Krienska*, eine meiner Freundinnen, eine Nachbarin, war das schönste Mädchen in Grodno. Sie war zur 'Miß Grodno' auserkoren worden. Es kamen Wieser*, der Leiter des Ghettos I in Grodna, Slebov*, der Leiter des Ghettos II und Witzler, der Leiter eines Konzentrationslagers bei Grodno. Sie luden ihre Freunde ein und baten die Leute hereinzukommen. Wieser* sagte: »Ich werde das schönste Mädchen von Grodna hängen!«

Sie stieg mit erhobenen Kopf, mit großer Würde, auf den kleinen Stuhl. Als Wieser* daran ging, den Stuhl wegzunehmen und sie zu hängen, spuckte sie ihm in Gesicht und rief: »Du wirst nicht überleben, das Ende ist nah!«

Solch eine Athmosphäre von Terror, Mord, Furcht und unglaublichem Sadismus herrschte vor – Dinge, die ein einzelner Mensch sich nicht vorstellen kann. In diesem Klima begannen die Untergrundorganisationen aus jungen Zionisten, Kommunisten, Komsomol-Mitgliedern und anderen Antifaschisten zu arbeiten. Sie verteilten Flugblätter, sie hörten Radio. Nebenbei, es war der erste Befehl der deutschen Armeeführung, daß die Radios abgeben werden müssen. Wir rückten nichts heraus, wir verbuddelten die Sachen.

Ghetto-Aufstand oder Partisanenkrieg?

Es gab zwei Meinungen im Ghetto. Die eine, daß wir einen Aufstand vorbereiten sollten, die andere, in die Wälder zu den Partisanen zu gehen und mit den den anderen Organisationen gegen die Nazis zu kämpfen. Ich war sicher, daß in Grodna kein Aufstand stattfinden könnte. 19 Transporte gab es – sie sammelten alle Leute, unschuldige Kinder, Alte und brachten sie in die Todeslager. Ein hochgerüstete Armee gegen absolut unbewaffnete Menschen.

Wir in den Gruppen waren 18, 19, 20. Solch ein junger Mann baute das Labor auf, um Dokumente zu fälschen. Mit denen wurden die jungen Mädchen auf die arische Seite geschickt, um dort mit der Untergrundarbeit weiter zu machen. Diese Personen waren jung, furchtlos und heldenhaft. Warum? Es ist natürlich, da wir sahen, was die Nazis dem Land antaten. Wir hatten unsere Eltern und Verwandten verloren und niemand mehr hatte Angst. Heroische junge

oder Partisanenkrieg?

Männer aus Wilna, aus Bialystok, wie Tenenbojm, Zerah Zilberberg oder Edek (Boraks). Sie kamen nach Grodno ins Ghetto und erzählten uns von dem Blutbad in Ponar bei Wilna, über den Krieg und die anderen Dinge.

Alle wußten, daß ein Aufstand bestimmte Umstände braucht. Wie kann ein Ghetto-Gebiet, ohne Waffen, mit Kindern, gegen eine Armee kämpfen. Aber jeder und jede wollte kämpfen. Die Jungen machten alles. Manchmal ohne, aber oft mit Resultat.

Zu den jüdischen Mädchen, die falsche Papiere von Polinnen hatten: Ich war Marisha Brasowska, hatte ein Papier, gestohlen beim Magistrat, mit einem Hitlerstempel – alle Daten waren gefälscht. Mit diesen Papieren gingen wir zur Polizei, zum Hauptbüro und bekamen einen richtigen deutschen Personalausweis. Viele flogen auf beim Arbeitsamt. Bei Tina Charknas* Familie erkannten sie bei der Polizei, daß die Papiere gefälscht waren. Sie wurden zu Tode gefoltert, aber niemand, keines der Mädchen verriet etwas. Sie wußten über die Organisationen und die Plätze Bescheid, aber trotz Folter schwiegen sie.

Als ich im Dezember '42 von Grodno nach Bialystok kam, war meine Aufgabe, konspirative Wohnungen für die Mitglieder der Untergrundbewegung zu finden. In meinem ersten Zimmer hatte ein Gestapo-Mann in meiner Abwesenheit meine Nichte mitgenommen, ein jüdisches Mädchen von neun Jahren. Die neue Wohnung war perfekt, mit separatem Eingang und einem großen Keller. Ich zog ein paar Planken heraus und alle Waffen, die wir bekamen, verstauten wir in meinem Keller.

Als ich 1976 mein Zimmer zusammen mit dem Leiter der Partisanenabteilung Dimitri Kakovich* aufsuchte, kam ein junger Mann auf mich zu und sagte: »Das gehört Ihnen!«. Er gab mir ein Blatt Papier mit geheimdienstlichen Daten, das unter dünnem Holz gelegen hat. Es war hineingerutscht. Es hatte 33 Jahre dort gelegen und enthielt alle Informationen über die deutsche Garnison: wie weit entfernt gelegen von der Landstraße, wieviele Maschinengewehre und wo. Und Dimitri Kakovich sagte: »Meine Liebe, Du hattest sehr korrekte und detaillierte Daten, alles stimmte.«

Die Waffen hatten wir zum Teil in den Dörfern gekauft, denn die Sowjets hatten, als sie sich zurückzogen, viele Waffen dagelassen. Die Bauern hatten sie versteckt und einige verkauften sie. Inzwischen stahlen wir, kauften wir, transportierten wir – es war sehr risikoreich. Bronia Winicka-Kliebanski, wir sind wir zusammen zur Schule gegangen, sie kam auch von der Grodnoer Untergrundbewegung, arbeitete am Bahnhof. Sie bat den Deutschen, ihr einen Koffer zu leihen.» Meine Tante hat ein Schwein zerlegt, ich will Fleisch für meinen Bruder und mich holen. Ich gebe Ihnen Fleisch ab.« Er willigte ein und ging mit ihr in den Bahnhof. Sie brachte den Koffer und er fragte: »Bronia, warum ist er so schwer?« »Oh«, sagte sie, »meine Tante hat viele, viele Kilogramm geschnitten.« Ich hatte auf dem Markt Fleisch gekauft und gab es ihr am Bahnhof. Im Koffer waren die Teile eines Maschinengewehrs, wir versteckten es in meinem Keller. In Decken gewickelt brachten wir es ins Ghetto und nachdem es liquidiert wurde, zu den Partisanen.

Um einem Aufstand wie in Warschau vorzubeugen, beaufragte Himmler den SS-Gruppenführer Odilo Globocnik mit der Liquidierung des Bialystoler Ghettos. Er brachte zusätzlich zu den bereits stationierten Einheiten ein auf Antipartisaneneinsätze spezialisiertes Polizeiregiment mit. In der Nacht des 15. August 1943 ließ er das Ghetto umstellen. Obwohl der Termin überraschend für den organisierten Widerstand war, mußten die Nazis Artillerie und Luftwaffe einsetzen, um den Aufstand niederzuschlagen. Die Nazis schafften nicht wie geplant, das Ghetto innerhalb weniger Tage aufzulösen. Zur vollständigen Liquidierung brauchten sie mehrere Wochen. Einigen aus dem Ghetto gelang es, zu den Partisanen durchzubrechen.

Die erste Jüdische Partisanenabteilung »Forois« (Voran) verließ das Bialystoker Ghetto am 16. Januar 1943. Bis August 1943 waren wir in engem Kontakt mit Führern des Ghettoaufstandes. Wir übermittelten ihre Botschaften, brachten Waffen und einige



Razzia im Warschauer Ghetto, nach 1942

Maschinengewehre. Nach der Liquidierung des Ghettos unterstützten und versorgten wir »Forois«, bis März/April '44 die sowjetische Partisanen-Brigade in den Bialystoler Wald kam. Sie waren gut ausgerüstet mit Waffen und Funk. Forois wurde Teil von ihnen. Ehrlich gesagt waren wir zuerst enttäuscht, wir wollten dieAbteilung erhalten, so wie sie ist. Aber es war gut, daß sie kamen und kämpften. So übertrug uns die Führung der Partisanen-Brigade viele Aufgaben.

Daß Bialystok von den Faschisten ohne große Opfer befreit werden konnte, lag auch an der guten Aufklärungsarbeit der antifaschistischen Organisationen in Bialystok.

Wir brachten dem Kommando im Wald und dann über die Kriegsfront der »Dritten Belorusssischen Front« einen detaillierten Plan, wo die Armee, wo wieviele Panzer standen, welche Brigaden, welche Wege vermint waren... Am betreffenden Tag wußten sie alles. So hatte die antifaschistische Bewegung ihren wichtigen Anteil an der Befreiung.

Der 27. Juli 1944, als Bialystok befreit wurde, war natürlich einer meiner glücklichsten Tage im Leben. Zugleich war es aber ein sehr widersprüchliches Gefühl, wegen des Kummers wegen meiner lieben Familie. Als ich 1944 nach Grodno kam, mit meinen Freundinnen Hazir Benitska*, Hannah Rud und unserer Schuldirektorin, saßen wir auf den Ruinen unserer Schule und sprachen über die SchülerInnen. Die Direktorin sagte: »Ungefähr tausend SchülerInnen besuchten am 21. Juni 1941 die Schule.« Und wir begannen zu zählen, zehn von tausend waren noch am Leben. ■

Joint venture

Hintergründe des deutsch-türkischen Abschiebeabkommens

Massenabschiebungen kurdischer Menschen in den Verfolgerstaat Türkei - damit drohte der innenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerstner, bereits im November 1993. Diese Drohungen werden jetzt wahr gemacht. Die Bundesregierung hat sich mit der türkischen Regierung über die Formalia geeinigt: Deutschland schiebt ab, die Türkei verpflichtet sich im Gegenzug denen im Amtsdeutsch genannten »Schüblingen« ärztliche Betreuung zukommen zu lassen und ihnen einen Anwalt ihrer Wahl zu stellen. Darüber hinaus verpflichten sich die türkischen Stellen, den Deutschen vorab mitzuteilen, welche Strafen die Kurdinnen und Kurden erwarten. Über dieses Abkommen wurde allerdings schon verhandelt, bevor die »Straftaten« - sprich kurdische Proteste - geschahen, mit denen es heute gerechtfertigt wird.

Bereits in den deutsch-türkischen Verhandlungen zur Vorbereitung des im November 1993 verhängten Verbots der PKK, ERNK und mehr als dreißig kurdischen Vereinigungen, ging es um die Verfahrensweise bei möglichen Abschiebungen. Die Zeitung Aydinilik vertrat damals die angebliche Regierungspolitik, indem sie berichtete: *»Gegen Kurden aus der Türkei, die als Asylbewerber in die BRD gekommen sind, soll im Fall ihrer Rückkehr in die Türkei kein Strafverfahren eröffnet werden, selbst wenn sie an PKK-Aktivitäten in Deutschland teilgenommen haben. Auf illegalem Weg nach Deutschland gekommene Bürger der türkischen Republik und solchen ohne türkischen Paß soll auf Antrag und ohne weitere Bedingungen ein Paß ausgestellt werden.«* (Aydinlik Europaausgabe, 29.11.1993) Die damaligen Verhandlungen zogen sich allerdings hin. Vor allem aber schreckten die Berichte über die Verhaftung und Mißhandlung abgeschobener Kurdinnen und Kurden die Öffentlichkeit.

In der BRD sind von der Abschiebung als ertes die sogenannten »Straftäter« betroffen, jedoch bilden diese erst den Anfang: Mehr als 10.000 Kurdinnen und Kurden, deren Asylantrag abgelehnt wurde, und all jenen deren Aufenthalt aufgrund ihrer Teilnahme an z.T. gewaltsamen Protesten gegen Massaker des türkischen Staates und der Beihilfe der deutschen Regierung »beendet« werden soll, droht nun nach Aufhebung des Abschiebestopps die Auslieferung an die Türkei.

Wie die, in der BRD einflußreichste türkische Zeitung, Hürriyet am 25.2.95 berichtete, stellte eine Delegation unter Leitung von Bundestagsvize Burkhard Hirsch sogar die Gesamtzahl von 240.000 Flüchtlingen aus der Türkei bei ihrem jüngsten Besuch in der Türkei als »Problemgruppe« vor und sprach sich für die Rücksendung von Teilen dieser Problemgruppe aus.

»O.K., laßt uns die Folter abschaffen. Aber wie können die Angeklagten zum Reden gebracht werden?« (Tansu Ciller)

Abschiebungen verbieten sich nach bundesdeutschen Recht und der Genfer Flüchtlingskonvention, wenn den Flüchtenden Folter, Mißhandlungen oder die Todesstrafe droht.

Erst jüngst hat allerdings der Berichterstatter zur Folter der UN-Menschenrechtskommission, Nigel Rodney, einen Bericht über systematische Folterungen u.a. in der Türkei veröffentlicht. Bei der europäischen Menschenrechtskommission liegen Hunderte von Individualbeschwerden von Kurdinnen und Kurden aus der Türkei gegen massive Verstöße der Regierung in Ankara durch Folter, Mord, Vergewaltigung, Vertreibung und Dorfzerstörung vor.

Im Jahresbericht 1994 des Menschenrechtsvereins (IHD) alarmieren Zahlen von 328 Verschwundenen, 292 Toten in Polizeihaft bzw. Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen, 1000 dokumentierte Fälle von Folter, 5000 Tote im Krieg in Kurdistan.

In der Westtürkei wurden kurdische Geschäftsleute und Anwälte ermordet. Bei regelmäßigen Razzien der Sicherheitskräfte werden in den Kurdenvierteln der türkischen Städte Menschen allein aufgrund ihres kurdischen Herkunftsortes verhaftet und vielfach gefoltert. Einige bundesdeutsche Verwaltungsgerichte sprechen angesichts dieser systematischen Unterdrückung von einer Gruppenverfolgung von Kurden in der Türkei, die die asylrechtliche Anerkennung all jener bedeuten würde, die jetzt abgeschoben werden sollen.

Die Bundesregierung hat sich nun mit dem türkischen Innenminister darauf geeinigt, aus der BRD abzuschiebende Kurdinnen und Kurden von dieser Regelung der Anerkennung als Angehörige einer verfolgten Gruppe auszunehmen - und bestätigt damit die Regel systematischer Verfolgung. Die türkischen Zusicherungen auf menschenwürdige Behandlung der Abgeschobenen sind hierbei nicht mehr wert als die Unterschrift des türkischen Staates unter alle relevanten Men-

Türkischer Polizeieinsatz gegen KurdInnen



schenrechtsabkommen, gegen die er systematisch verstößt.

Kanther verlängert darüberhinaus mit dem Abkommen den Geltungsbereich türkischer Gesetze, z.B. des Anti-Terror- Gesetzes, bis in die Bundesrepublik. Denn für jeden abzuschiebenden Menschen teilen die türkischen Behörden künftig mit, wofür und nach welchem Gesetz sie ihn zu bestrafen gedenken. Das könnte z.B. nach §8 Anti-Terror-Gesetz die Werbung für eine »terroristische Vereinigung« sein - 50.000 solcher Verfahren wurden in der Türkei in den letzten Jahren eröffnet - in Wort, Schrift und Bild oder durch die Verwendung verbotener Symbole. Das knallharte Gesinnungsstrafrecht des Anti-Terror-Gesetzes, das hiermit von der BRD unterstützt wird, wird von allen internationalen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert.

Staatsziel Abschiebung

36.000 Abschiebungen in einem Jahr und sinkende Flüchtlingszahlen sind die Erfolgsbilanz bundesdeutscher Asylpolitik im Kontext europäischer Abschottung. Sie werden durch massive Menschenrechtsverletzungen an den deutschen Grenzen erkauft, stellt die Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl fest. Durch Rücknahmeabkommen z.B. mit Rumänien und das deutsch-türkische Abkommen wird der Flüchtlingsschutz der Genver Konvention weiter demontiert. Die UNHCR (UNO-Flüchtlingskommission) warnt vor dieser Demontage angesichts weltweit zunehmender Flüchtlingszahlen und eskalierenden ethnischen und nationalen Konflikten vor »unabsehbaren Konsequenzen für das 21. Jahrhundert.«

Das Vorgehen ist dabei stets das gleiche, vorexerziert bei der Änderung des Grundgesetzartikels 16, dem Recht auf Asyl: essentielle Rechte werden zuerst partikularisiert und dann abgeschafft.

ImmigrantInnen im Visier

ImmigrantInnengruppen werden in den Konzepten der Inneren Sicherheit als Gegner bzw. als Sicherheitsrisiko definiert, vor allem dann, wenn sie über eine starke Selbstorganisierung verfügen und von dieser zur Durchsetzung ihrer Interessen auch Gebrauch machen - z.B. durch Proteste gegen die deutsche Unterstützung des Krieges in Kurdistan.

Die Verfolgung der PKK bzw. von Kurdinnen und Kurden ist eine hervorragendeGelegenheit, das gesamte Instrumentarium des Ausländerrechts, der Strafverfolgung und der politischen Justiz anzuwenden, um ungehindert Zugriff auf diese Bevölkerungsgruppe zu bekommen. Welche Ausmaße diese administrative Erfassung und Verfolgung annimmt, zeigt ein Beispiel aus Niedersachsen. Dort hatte das Innenministerium das Sozial- und das Wirtschaftsministerium angewiesen, an der Durchsetzung des PKK-Verbots mitzuwirken. Im Landkreis Hannover wurden die lokalen Verwaltungen aufgefordert, *»Anschriften und Namen der Betreiber von Gaststätten (Schank- und Speisewirtschaften, Hotelbetriebe, Trinkhallen, Imbißstände etc.) mitzuteilen, bei denen nach ihren Erkenntnissen evt. kurdische Personen beschäftigt sein könnten.«* (Frankfurter Rundschau, 5.8.94) Eine Form der Erfassung, die sich in fataler Weise an die Überwachung kurdischer Geschäftsleute in der Türkei (Ciller: »Wir haben Listen erstellt«) anschließt.

An diesem sozialrassistischen Projekt beteiligt sich der türkische Botschafter Onur Öymen nach Kräften. Er behauptet, daß türkische Geschäfte und Einrichtungen in der BRD nicht sicher sind. Vor allem behauptet der Vertreter des Staates, der in Kurdistan bisher drei Millionen Menschen gewaltsam vertrieb, gegenüber dem dafür Waffen liefernden Deutschland, daß die PKK Flüchtlinge in die BRD schmuggle und von ihnen Kopfgeld kassiere, um sich zu finanzieren. (Hürriyet, 24.2.95)

Menschenjäger

Die Bundesrepublik hat sich aus maßgeblichen außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen auf den Krieg des türkischen Staates gegen die Kurden verpflichtet. Sie unterstützt die Türkei dabei diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch. Der türkische Generalstab hat der PKK den totalen Krieg erklärt. Dieser findet in Form des Krieges gegen die Zivilbevölkerung und gegen legale kurdische Organisationen statt. Um das vernichtende Kriegsziel zu erreichen, muß die Handlungsfreiheit des weitverzweigten Umfelds der PKK, die einen Rückhalt in der kurdischen Diaspora hat, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung eingeschränkt,



Abschiebehaft Berlin - Kruppstraße

diese finanziell ausgetrocknet und politisch zermürbt werden. Die Gegenmacht der kurdischen Befreiungsbewegung soll gebrochen werden, um diese als potentiell Beteiligte einer politischen Lösung der kurdischen Frage auszuschalten oder zu schwächen.

Mit der Verhängung des PKK-Verbots und der Aufhebung des Abschiebestopps für Kurdinnen und Kurden hat die bundesdeutsche Regierung die »zweite Front« eröffnet. Dabei stützt sie sich auf die Erfahrungen der seit Mitte der 80er Jahren praktizierten Verfolgung kurdischer Aktivisten in der BRD.

»Bei den Operationen gegen die PKK«, so frohlockte Hürriyet schon vor mehr als einem Jahr, *»gibt es eine bisher vollkommene Kooperation. Sowohl Deutschland als auch Frankreich haben vor den Operationen gegen die PKK auf ihrem Territorium die türkische Regierung informiert.«* (Hürriyet, 26.11.93)

»Indessen forderten drei Beamte der Bundespolizeibehörde (Bundeskriminalamt) Informationen über die Aktivitäten der PKK-Vereine von der Generaldirektion der Sicherheit an. Die Verantwortlichen übergaben der deutschen Polizei zwei Ordner über die Tätigkeit der Organisation in Deutschland.« (Hürriyet, 28.11.93)

Am 27.4.95 entschied erstmals ein Oberverwaltungsgericht in Schleswig, daß es für Kurdinnen und Kurden in türkischen Notstandsgebieten keine »inländische Fluchtalternative« gäbe, das türkische Militär mache keinen Unterschied zwischen PKK-Mitgliedern und der Zivilbevölkerung. (Tagesspiegel 28.4.95) Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben aufgrund dieser Aussage den Abschiebestopp verlängert. In den anderen Bundesländern hat die Abschiebung von Kurdinnen und Kurden bereits begonnen. ■

Berlin

Vietnamese von Polizisten in der U-Bahn angeschossen

Am Freitag den 5. Mai wurde ein 40jähriger Vietnamese im Eingangsbereich der U-Bahn Samariterstraße in Berlin von einem Polizisten angeschossen.

Ein BVG-Beamter und ein Polizist die als Ordnungshüter in den Berliner U-Bahnhöfen Fahrgäste kontrollieren, Obdachlose brutal aus den Bahnhöfen rausschmeißen, wollten den Mann auf seine Personalien kontrollieren. Wegen dem angeblichem Verkauf von unverzollten Zigaretten. Der Mann bekam Angst und versuchte zu fliehen.

Nach Aussagen der Polizei hätte der Mann ihn angefallen und in dem Gerangel versucht, seine Waffe zu endwenden. Der Polizeipräsident H. Saberschinský sagt dazu: »*Eine klassische Notwehrsituation. Man kann doch den Beamten nicht das Recht absprechen, sich zu verteidigen*«.

Entgegen der Pressemeldungen hat sich der Gesundheitszustand des Mannes nicht verbessert, er ist nach Aussagen des Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft Rüdiger Reif noch immer nicht vernehmungsfähig und sein Zustand noch immer kritisch.

Am späten Abend des 5. Mai kam es zu einer Spontandemo, wo ungefähr 100 Personen am U-Bahnhof Samariterstraße, um gegen diesen Übergriff zu protestieren. Es entstand ein hoher Sachschaden.

Brutale Razzia in einem Vietnamesen-Wohnheim

Am 4. Mai kam es zu Auseinandersetzungen in einem von VietnamesInnen bewohnten Wohnheim in Berlin-Lichtenberg mit der Polizei.

Im Innenhof des Wohnheimes finden oft Razzien gegen Obst- und GemüsehändlerInnen statt. An diesem Tag wurden nicht nur die HändlerInnen verhaftet. Sondern auch Unbeteiligte, zB. eine Frau die mit ihrem 5jährigen Jungen einkaufen wollte.

Die Festgenommenen wurden eine Stunde lang in Polizeiwagen festgehalten. Einer der festgenommenen Männer fiel in Ohnmacht und wurde etwas entfernt auf den Boden gelegt, wo er bewegungslos liegen blieb.

Da es länger dauerte und niemand der Polizisten versuchte erste Hilfe zu leisten, kam schnell das Gerücht auf, daß der Mann tot sei.



Polizeieinsatz in der Rhinstr.

Durch verständliche Aufregung wegen des verletzten Mannes kam es zu einem Gedränge um die Wannen herum. Statt daß die Polizei erklärend auf die Menschen einwirkte reagierten sie sehr unsensibel und versuchten die Leute wegzudrängen und weg zu schubsen.

Als die Polizei dann Knüppel einsetzte wurden aus einigen Fenstern Gegenstände auf sie geschmissen.

Später schossen die Polizisten mit Tränengas in den Innenhof des Heimes, einige haben beobachtet, daß auch Tränengas in Fenster geschossen wurde.

Einige, die versuchten den Hof zu verlassen um dem Tränengas zu entfliehen, wurden von Polizisten, die gerade entgegen kamen, mit Knüppeln niedergeschlagen. Ein Mann erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma, daß er mehrere Tage im Krankenhaus auskurieren mußte. Einen Jugendlichen wurden mehrere Zähne ausgeschlagen, wobei ein Polizist ihn festhielt und ein anderer auf ihn einschlug. Ingesamt mußten sieben VietnamesInnen im Krankenhaus behandelt werden, insgesamt waren es aber mehr Verletzte.

Die Polizei hat nach dieser Auseinandersetzung gegen einen Mitarbeiter der Reistrommel (siehe Info 29) Anzeige wegen *Anstiftung zum Landfriedensbruch* erhoben. Er soll während der Auseinandersetzung die VietnamesInnen zu strafbaren Handlungen aufgefordert haben. Das ist eine Kriminalisierung von der Reistrommel, die vielen schon länger ein Dorn im Auge ist, da sie als Beratungsstelle fungiert und maßgeblich gegen polizeiliche Mißhandlung recherchiert hat.

Spendenkonto:

Antirassistische Initiative e.V.
Kontonr. 3939606
BLZ: 100 200 500
Bank für Sozialwirtschaft.
Stichwort: »Rechtshilfe VietnamesInnen« (für Anwalt- und Prozeßkosten) oder »Dang« (für den angeschossenen Vietnamesen)

Weimar

Auschwitz-Befreier kämpft um Aufenthaltsrecht

»Die Inhaftierung am Ende des 2. Weltkrieges steht nicht im zeitlichen Zusammenhang mit seiner Ausreise«. Mit diesen Worten lehnte die Bundesrepublik August 1994 das Asylbegehren Grigorij Orlovs ab. Orlov lebte in Moldawien/Rumänien, wo er als Russe trotz moldawischer Staatsbürgerschaft sein Leben bedroht sieht. Nach einem Interview in Frankreich sind ihm Türen eingetreten worden, Telefonterror folgte; als er russische Demonstranten unterstützte, wurde der heute 78jährige von der rumänischen Miliz geschlagen. Auch dies ist für das Bundesamt kein anerkennenswerter Fluchtgrund. Sein Einspruch wird demnächst vor dem Verwaltungsgericht Weimar behandelt.

Grigorij Orlov hat das zweite Mal intensiver mit Deutschen zu tun. Als sowjetischer Soldat geriet er 1942 in deutsche Gefangenschaft und wurde nach Auschwitz verschleppt. Ihm gelang im April 1944 die Flucht und nahm als Soldat der Roten Armee an der Befreiung von Auschwitz teil. Heute wohnt er im thüringschen Weilrode im Asylbewerberheim.

Auf dem Intenationalen Hearing zum 8. Mai in Berlin mahnte er:

»*...Im Hof der Baustelle hatte ein Auto eine Ladung Menschenasche ausgekippt. Es war einer der Komponenten des Betons, den man für den Bau des Hauses verwendete: Asche. Die Faschisten waren überzeugt davon, daß die Asche von Millionen Menschen ihnen den Erfolg eines mächtigen nationalsozialistischen Saates sichern würde. Sie haben sich verrechnet. Asche ist nicht das Material, es sind nicht die Hühnereier, die, wie wir zu sagen pflegen, von den weisen Baumeistern beim Bau der Sophien-Kathedrale in Kiew verwendet wurden. Fast tausend Jahre steht sie unerschüttert auf dem Sophienplatz in Kiew. Dann soll doch die Asche Millionen verbrannter Menschen in Auschwitzer Öfen in unseren Herzen unaufhörlich pochen.*«

Göttingen:

Aktenberge gegen Antifas

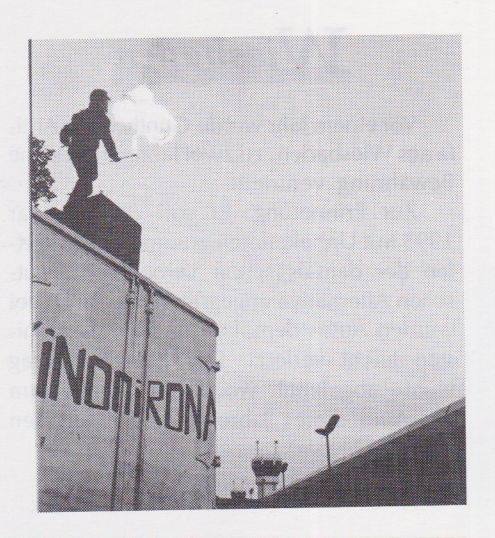
Ganze 31 Aktenordner sandte die Generalstaatsanwaltschaft Celle den AnwältInnen der 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der einer *»kriminellen Vereinigung«* (nach §129) – nämlich der Autonomen Antifa (M) – sowie der Werbung für die Rote Armee Fraktion (nach §129a) beschuldigt werden (siehe Info-Blatt Nr.28). Der Aktenberg belegt eine umfassende Überwachung der antifaschistischen Szene und ihres Umfeldes seit 1991.

Eine SONDERKOMISSION 606, hervorgegangen aus einer länderübergreifenden »SoKo 897« aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, leistete ganze Arbeit: Von Oktober 1993 bis August 1994 wurden insgesamt 13929 Telefonate abgehört, protokolliert und ausgewertet. *»Bewegungsprotokolle«* mutmaßlicher Mitglieder der Autonomen Antifa (M) – teilweise 24 Stunden täglich – wurden ebenso erstellt wie *»Persönlichkeitsprofile«*. Rundschreiben wurden auf Fingerabdrücke untersucht, aufwendige Stimmenvergleiche und Schriftgutachten angefertigt. Die wöchentlichen Treffen der Antifagruppe wurden auf Videos und Fotos festgehalten, wie auch ein Teil ihrer Veranstaltungen. Hunderte Namen – von politisch Aktiven wie Unbeteiligten – sind aufgeführt, auch finden sich detaillierte Aufzeichnungen über Aussagen von SPD- und Grünen-PolitikerInnen in den Akten. Ebenso sind GewerkschafterInnen sowie VertreterInnen von Vereinen und Kulturinitiativen erfaßt, die in irgendeiner Art und Weise mit der Autonomen Antifa (M) in Kontakt standen.

Neben den 31 Ordnern mit insgesamt über 10000 Blatt Papier existieren bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle mehr als 60 weitere Ordner. Zum Beweis der Behauptung, die Antifagruppe sei eine *»kriminelle Vereinigung«*, werden 24 unangemeldete Demos angeführt. Die Autonome Antifa (M) soll diese organisiert, zur Vermummung aufgerufen und sich bewaffnet haben. Ferner wird ihr *»Nötigung«* vorgeworfen, da sie eine Veranstaltung der PANEUROPA JUGEND verhindert haben soll.

Neben den 17 der Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) Verdächtigten sind auch drei Leute vom Buchladen Rote Straße sowie fünf weitere Antifas angeklagt. Dem Buchladen wird nicht nur vorgeworfen *»Deckadresse«* für die Autonome Antifa (M), die Antifa Jugendfront, Kunst und Kampf (KuK), den Informationsdienst Spinnennetz sowie die Zeitschriften Das Netzbeschmutz und Fight the Power zu sein. Er soll auch die KuK-Broschüre »Verbotene Kunst« vertrieben haben, in der ein Plakat abgebildet ist, gegen das nach §129a ermittelt wird. Nun wird auch gegen die Buchladen-MitarbeiterInnen dieser dehnbare Paragraph angewendet.

Die Staatsanwaltschaft Göttingen wirft fünf Leuten *»Landfriedensbruch«*, *»Brandstiftung«* und *»Versuchten Totschlag«* vor. Sie sollen im Oktober 1991 das Schulungszentrum des Nazis KARL POLACEK in Mackenrode angegriffen haben. Dabei hat die Staatsanwaltschaft des HANS-HUGO HEIMGÄRTNER prominente Belastungszeugen zu bieten: Mit THORSTEN HEISE, MICHAEL HOMEISTER, STEFAN KOLLER, STEFAN BLIESMER und GLENN GOERTZ sind militante Neonazis – u.a. von der mittlerweile verbotenen FAP – geladen, die Schuld der AntifaschistInnen zu »beweisen«. Auch DR. MANFRED ENDLER, Generalstaatsanwalt in Celle, dürfte die Antifas nicht gerade objektiv beurteilen. Tat er sich doch 1993 mit einer Rede hervor, in der er beklagte, daß *»wir in Deutschland die Begriffe Heimat und Vaterland aufgeben, nicht mehr besitzen«*. ■



Wiesbaden

Vor einem Jahr wurde Gunther, ein Antifa aus Wiesbaden, zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt.

Zur Erinnerung: Er soll am 6.Januar 1993 mit Unbekannten zusammen ein Treffen der damals schon verbotenen Deutschen Alternative angegriffen haben. Dabei wurden Autos demoliert und zwei Faschisten leicht verletzt. Der Revisionsantrag wurde abgelehnt, woraufhin Gunther am 18. April dieses Jahres die Haft antreten mußte.

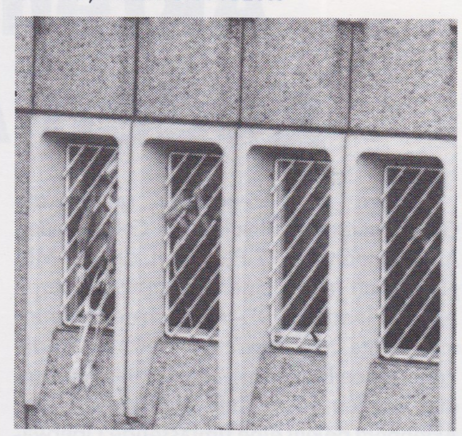
Die Solidaritätsgruppe Gunther braucht für Gerichtskosten, den Anwalt usw. dringend Geld. Deshalb würde sie sich über Spenden oder einen Daueraufrag in Höhe von zehn Mark o.ä. riesig freuen.

Solidaritätsgruppe Gunther, c/o Infoladen, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden, Konto-Nummer 14926518 bei der Wiesbadener Volksbank (BLZ 510 900 00), Kennwort »Gunther«.

Berlin

Eingestellt gegen jeweils 500.- DM Geldbuße wurde dieser Tage ein Prozeß gegen zwei Antifaschisten aus Moabit (Berlin). In der ersten Instanz waren beiden je 30 Tagessätze, und damit eine Vorstrafe reingedrückt worden. Bei dem ganzen ging es um die friedliche Blockade eines Republikaner Europawahlkampfstandes. Auf Aufforderung der Reps stürmten Polizeibeamte in die Menge und griffen die zwei Antifas (s.Info 27). Dabei sollen diese Widerstand geleistet haben. Grund der Festnahmeaktion war ein angebliche Beleidigung eines Reps. Eine Anzeige gegen einen Republikaner wegen des Ausspruchs »Heil Hitler, du Jude« verfolgte die Polizei, wie so oft, nicht... Was bleibt ist das Scheißgefühl, zwar dem Gröbsten entgangen zu sein, letztlich jedoch bestraft worden zu sein, für nichts und wieder nichts. Einziger Trost: Nazizeuge FRANK SEIFERT kann mit verschiedenen Verfahren rechnen; allein 500.-DM muß er für sein Nichterscheinen bei der Revision bezahlen. Die Prozeßkosten sind 5000.-DM.

Wer den Antifas Spenden zukommen lassen will:
Konto 6336285680, Berliner Bank BLZ 100 200 00, Stichwort Prozess



Passau

Am frühen Morgen des 1.2.95 kam es zu einer Hausdurchsuchung in einer Wohngemeinschaft im Zusammenhang mit einem Anschlag auf einen Plattenladen »Die Schallplatte«, der bis vor kurzem noch Faschos-CD`s verkaufte. Die Ermittlungen basierten darauf, daß eine Frau aus der WG in diesem Plattenladen gearbeitet hätte. Der Vorwand war ein Ermittlungsverfahren wegen »politisch motivierter Sachbeschädigung«.

Da die WG als eine »Ideologische Gemeinschaft« nach Aussagen der Polizei als gefährlich eingestuft wird, brachten die Beamten ihre eigenen Zeugen (Jusitzbeamte) mit, verweigerten den Durchsuchungsbefehl vorzulegen und hielten die Bewohner in den Zimmern fest, hängten das Telefon aus, und verweigerten Kontakt zu Anwälten und Nachbarn.

Die Pressesprecherin der Polizeidirektion Ingrid Adler sieht kein unkorrektes Verhalten der Polizei, denn »*Die Antifa Leute sind ausgesprochen clever. Da werden wir uns hüten, irgendwas unrechtes zu tun*«. Allerdings ist dies wohl eine Auslegungsfrage.

Beschlagnahmt wurden persönliche Briefe, Computer, Stifte, Cassetten, Videos, Broschüren (Linksgerichtete) sowie Brecht-Bücher.

Nach Aussagen des Staaatsanwaltes Helmut Walch zu den beschlagnahmten Büchern »*Ein Buch kann ja beispielsweise auch Notizen enthalten*«. Läßt sich nur Fragen, ob es die einzigen Bücher in der WG waren oder die Polizei die anderen nicht als solche erkannte.

Im Keller sowie auf dem Dachboden wurden Molotowcocktails, Farbe sowie Jute-Taschen voll Pflastersteine beschlagnahmt und wie passend, dieser WG zugeordnet, obwohl diese Räume für andere jederzeit auch zugänglich sind. Vielleicht

waren es auch Reste aus der Aservatenkammer der Passauer Polizei, es wäre nicht das erste und einzige mal.

Die BewohnerInnen der WG haben über AnwältInnen Einspruch gegen die Durchsuchung eingelegt und die Herausgabe der beschlagnahmten Sachen gefordert.

Es ist zu erwähnen, daß in den letzten Monaten der Verfassungsschutz mindestens zwei erfolglose Anwerbeversuche bei Linken für seinen Spitzeldienst gemacht hat.

Man sollte jederzeit die Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes bekannt machen, um so etwas dagegen machen zu können.

Wir wünschen der WG viel Kraft und viele Spenden auf das Solikonto für die Anwaltskosten:
Rechtshilfefonds, Kontonummer: 3608298
Raiffeisenbank Passau-Rindermarkt, BLZ 74090000

Neue Kriminalisierungswelle?

Innerhalb der AG-Kriminalisierung des bundesweiten Antifatreffen gab es den Versuch einer Analyse von Kriminalisierungsstrategien der letzten fünf Jahren. Die Einschätzung konnte nur begrenzt sein, auch aufgrund mangelnder Einsicht in die Vielfalt der Ermittlungsverfahren.

Anhand von Erfahrungsberichten einiger Städte aus der AG waren einige grobe Tendenzen festzustellen:

- Versuch der massiven Durchleuchtung von Gruppierungen durch verstärkte Eröffnung von Ermittlungsverfahren zunehmend auch im Antifa- Berich. Dabei geht es auch darum Informationen über jüngere und neue Leute zu erhalten und diese mit Kriminalisierungsversuchen gleichzeitig einzuschüchtern; Unerfahrenheit wird dabei ausgenutzt.
- Aufbau von neuen und festen Strukturen soll erschwert bzw. verhindert werden.
- Massenpersonalienfeststellung im Vorfeld von bzw. während Demonstrationen und Aktionen
- Einleiten von Ermittlungsverfahren im Nachhinein.
- Verschärfung des Strafmaßes
- Voraussichtliche Zunahme von Kriminalisierungsversuchen.
- Bündnisfähigkeit antifaschistischer Gruppen soll verhindert werden.
- Spaltungsversuche innerhalb kriminalisierter Zusammenhänge.

Um eine genauere Analyse über Ausmaß und Tendenzen von Kriminalisierung erstellen zu können bitten wir euch Berichte über laufende und abgeschlossene Ermittlungsverfahren an die

Rote Hilfe
Postfach 6444
24125 Kiel

unter dem Stichwort »Repression gegen Antifas« zu schicken. Diese werden dort gesammelt und auf dem nächsten bundesweiten Treffen ausgewertet.

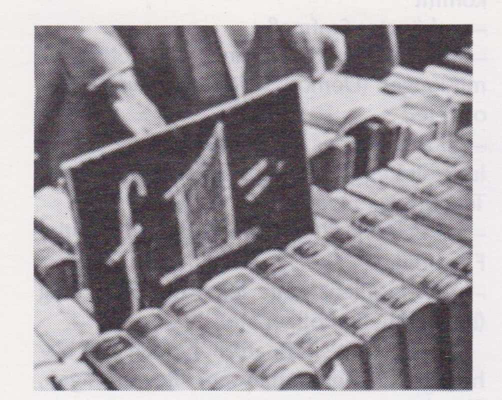
Wichtig dabei wäre

- Straftatbestand nach dem ermittelt wird (129a, Landesfriedensbruch, Ordnungswidrigkeit, etc.)
- ob es zur Anklage oder /und zum Prozeß kommt
- verhängtes Srafmaß
- in welchem Zusammenhang stehen Ermittlungen (Demos, Veröffentlichung, Aktion, etc.)
- ob anhand der Akteneinsicht eine Ermittlungsstrategie zu erkennen ist und ob neue Technologien verwendet wurden.
- zur Person: Alter, Geschlecht, (MigrantIn/ Flüchtling?)
- welche Dienststelle leitet die Ermittlung (LKA, örtliche Polizei etc.)

Interessant sind natürlich auch alle bisher getroffenen Analysen, Bewertungen, Einschätzungen.

Die AG Kriminalisierung des bundesweiten Antifa-Treffen

Bücher, Broschüren, Zeitungen



Fragmente zur Geschichte. '68 und '70er Jahre. Hrsg. von der AG Zivilisation und Barbarei, Köln 1995, 68 S., DM 3,-

Die Broschüre ist das Ergebnis eines Geschichtsseminars im Rahmen des bundesweiten Infoladentreffens, das aus dem Verständnis heraus geführt wurde, die politische Situation '68 und in den '70er Jahren besser zu verstehen und für eine aktuelle Analyse o.ä. zu nutzen, die sonst in ihrer Gesamtheit nicht geklappt hat. Nach ein paar Technix und einer Einleitung, die die damalige politische Situation noch einmal in ihren Grundzügen wiedergibt, folgen die beiden Kernteile: politische Lebensläufe von zwei Personen aus dieser Zeit.

Der erste geht teilweise etwas sprunghaft von der Studi-Bewegung über Betriebs- und Stadtteilarbeit bis hin zu der Diskussion um den Bewaffneten Kampf damals. Der zweite geht weniger auf die Studentenbewegung und mehr auf die Zeit der K-Gruppen ein. Sehr anschaulich stellt der Autor seinen Aufstieg vom Rote-Fahne-Verkäufer zum führenden Funktionär und seine Gefühle dabei dar. Beide Beiträge halten mit (Selbst)Kritik nicht hinterm Berg. Der dritte Beitrag versucht, meiner Meinung nach ziemlich gelungen, auf hohem Niveau aus den beiden anderen Beiträgen Schlüsse für heute zu ziehen.

Desweiteren sind in der Broschüre noch kurze Beschreibungen der wichtigsten K-Gruppen, eine Literaturliste und ein Diskussionsteil zum Film »was aber wären wir für menschen...« der Gruppe 2 enthalten. Sehr hilfreich in der ganzen Broschüre ist, daß Literaturtips gleich an entsprechender Stelle vorhanden sind und unklare Bergiffe sofort am Rand erklärt werden.

Insgesamt eine gute Lektüre, wenn man mehr über die Studentenbewegung und die 70er Jahre wissen will. Nur sollte man keine alles erfassende Aufarbeitung erwarten, da die Lebensläufe natürlich sehr subjektiv geprägt sind.

Bestellungen: Fragmente, c/o Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln

1974-1994. 20 Jahre Neonazis in Hamburg. Hrsg.: Antifaschistische Gruppe »Druschba Narodynch«, Hamburg 1995, 38 S., DM 4,-).

Die Broschüre beschäftigt sich fast ausschließlich mit den Stiefelfaschisten aus Hamburg und Umgebung, mit ihren Führern wie Christian Worch, Jürgen Rieger oder Willi Wegner. Sie befaßt sich ebenso mit den inzwischen verbotenen Fascho-Organisationen FAP, Nationale Liste und der ANS sowie mit deren Aktionen, zum Beispiel dem Nationalen Infotelefon und der Anti-Antifa-Kampagne. Es wird auch auf das Thema Nazis und Homosexuelle eingegangen. Anhand des Beispiels Hamburg kann man viel über die letzten zwanzig Jahre der Neonazi-Szene in der BRD lernen.

Bestellungen (+ DM 1,- Porto): Druschba Narodynch, c/o Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Schulterblatt 58, 20357 Hamburg

Falter, Jürgen W.: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereignigten Deutschland, München 1994, 167 S., DM 17,-.

»Unentbehrlich für jeden demokratischen Bürger« will dieses Buch sein. Umwerfende Ergebnisse bieten der Politikprofessor und Wahlforscher Falter und sein Assistent Markus Klein allerdings nicht. Ihre Hauptaufgabe scheinen die beiden darin zu sehen, die These zu widerlegen, rechte Parteien würden aus Protest gewählt: Es gebe »unter den Wählern der Republikaner kaum Personen, die nach unserer Definition nicht rechtsextremistisch. Keine andere Partei außer der DVU und der NPD weist einen ähnlich hohen Anteil rechtsorientierter Wähler auf«. Nach Definition der Autoren liegt eine rechtsextreme Einstellung vor, wenn der/die Befragte mindestens neun von zehn rechten Aussagen zustimmt. Demnach kommen sie auf fünf Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung, die rechtsextrem sind. Allerdings geben sie in diesem Punkt die Unzuverlässigkeit der Sozialforschung zu. Man könne den »Anteil

von Personen mit festgefügter rechtsextremistischer Weltanschauung in Deutschland sogar auf 17 Prozent« beziffern.

Als »elementare Dimensionen rechtsextremen Denkens« benennen sie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Nationalstolz, eine antipluralistische Einstellung »sowie eine positive Haltung zu Diktatur und Nationalsozialismus«. Hier darf zurecht die Frage gestellt werden, inwiefern diese Erkenntnisse besonders neu sein sollen.

Das Buch bietet einen guten – aber nicht vollständigen – Überblick über Studienergebnisse, die sich mit Rechtswählern beschäftigen. Allerdings würde der Umgang mit diesen Zahlen so manchem/r SozialwissenschaftlerIn die Haare zu Berge stehen lassen.

Rechtswähler – so der Schluß der Autoren – seien typische »Modernisierungsverlierer«: »Arbeiter, Personen mit niedriger Schulbildung und geringem Einkommen und Befragte, die sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen«. Außerdem fühlten sie sich »im wirtschaftlichen und sozialen Bereich subjektiv benachteiligt«.

Die Belege für ihre Folgerung bleiben Falter und Klein jedoch teilweise schuldig.

Leggewie, Claus: Die 89er. Portrait einer Generation, Hamburg 1995, 336 S., DM 34,-.

Wer gerne schlechte Bücher für viel Geld kauft, dem sei dieses Werk des Gießener Politik-Professors Leggewie empfohlen. Das »Portrait der Generation X«, wie es der Verlag ankündigt, befaßt sich mit den »89ern«, darunter versteht der Autor die zwischen 1965 und 1975 Geborenen.

Der liebe Onkel Politikprofessor versteht natürlich alles, was die junge Generation bedrückt und weiß genauestens, wofür sie sich interessiert. Dabei ist Rechtsradikalismus für Leggewie (44 Jahre) nur Randthema, denn »der organisierte Nazismus ist in Deutschland schwächer, als es alle gängigen Verschwörungs- und Manipulationstheorien glauben machen wollen, egal ob sie vom Verfassungsschutz oder von Antifa-Gruppen in die Welt gesetzt worden sind«. Einen Widerspruch zu seiner These fünf Seiten weiter, daß keine »linke oder linksradikale Bewegung so 'anerkannt' wie diese protosoziale Bewegung von rechts« gewesen sei, mag da wohl nur ein böswilliger Kritiker erkennen.

Eines bietet das Buch dann doch – und zwar in ausreichendem Maß: Optimismus. Denn »selbst die verstockten Rechtsradikalen sind für die Gesellschaft noch nicht verloren«, wie der Spiegel schreibt, »wenn sie nur an Pädagogen geraten, die so verständnisvoll wie Leggewie sind«.

Tja, liebe Leute, wir können aufatmen, denn: ALLES WIRD GUT!

Versorgungslinie Nord/ Forsyningslinie Nord. Hrsg. von DEMOS Nyhedbrev (Kopenhagen) und ATZE (Kiel), Kiel/Kopenhagen 1995, 66 S., DM 7,-

Zeitgleich erscheinen zwei Broschüren als deutsch-dänisches Gemeinschaftsprojekt. Inhaltlich und in der Auswahl der Fotos und Dokumente sind sie identisch. Dokumentiert werden die Machenschaften der deutsch-dänischen Nazi-Connection. Daß die relativ kleine Dänische Nationalsozialistische Partei dabei eher als Zuarbeiterin für verschiedene deutsche Nazi-Gruppen fungiert wird allzu deutlich.

Die dargestellten Strukturen, die bis in die früheste Nachkriegszeit zurückverfolgt werden, sind sauber recherchiert. Im Mittelpunkt stehen die Nazis Thies Christoffersen und Riis-Knudsen, die Strukturen der NSDAP/AO und der Auschwitzleugner sowie die DNSB. Aber die Broschüre ist ein Ausflug durch die verschiedenen militanten Nazi-Strukturen der Vergangenheit und Gegenwart. Erwähnt werden die ANS/NA Kühnens, die WJ und NF, die Nazi-Skins und das Storm-Netzwerk um nur einige zu nennen. Zahlreiche Dokumente belegen die Darstellung.

Die Zwillings-Broschüren sind ein Produkt einer erfolgreichen internationalen antifaschistischen Zusammenarbeit, die im vergangenen Jahr den Nazi-Strukturen in Dänemark schweren Schaden zufügte. Hierin kommt ein vorbildlicher internationalistischer Ansatz zum Ausdruck, der Nachahmer in anderen Regionen finden sollte.

Bestellungen: deutsch an ATZE, Schweffelstr.6, 24118 Berlin; dänisch an DEMOS, Postboks 1110, 1009 Kopenhagen K.

Neuerscheinungen zum Widerstand im KZ Buchenwald

»Die Scheinaufklärung über die »roten Kapos« als Teil einer politischen Kampagne ...auch in Wiesbaden«
Hg: Bildungs und Solidaritätswerk Anna Seghers, Werderstr.8 65195 Wiesbaden
3 DM + 2,-DM Porto
Dokumentation zur Diskussion über den antifaschistischen Widerstand und die Selbstbefreiung im KZ Buchenwald.

Drei Bücher zum Widerstandskampf von Kommunisten hat kürzlich der Verlag PAHL- RUGENSTEIN NACHFOLGER herausgebracht:

Artur Roth (Hg.): Unter den Augen der SS. Otto Roth und der bewaffnete Aufstand im KZ Buchenwald.
200 Seiten, Preis: 24,80,-
Otto Roth war Leiter des technischen Apparates der Internationalen Militärorganisation im KZ und hat eine wesentliche Rolle bei der Aufstandsvorbereitung gespielt. Sein Bericht schildert die konkreten Schritte, die die Selbstbefreiung möglich machten.

Horst Godebrecht: » Eh die Sonne lacht.«. Hans Eiden - Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald. Hrsg. vom Bildungswerk Anna Seghers.
268 Seiten, Preis: 24,80,-
Dokumente und Erinnerungen von Zeitzeugen sind in diesem Buch zu einer umfassende Darstellung und Würdigung von Hans Eiden zusammengestellt worden. Eiden war Lagerältester und maßgeblich an der Selbstbefreiung Buchenwalds beteiligt. Enthalten ist auch Eidens Bericht von 1946 »Das war Buchenwald«.

Emil Carlebach: Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland - Dachau und Buchenwald von 1937 bis 1945.
300 Seiten, Preis: 29,80;-
Carlebach war Blockältester der jüdischen Häftlinge in Buchenwald. Als die SS ihn auf die Todesliste setzte, weil er den Anstoß gegeben hatte, den Todesmarsch der Juden zu verhindern, läßt ihn die illegale Widerstandsorganisation "sterben".



LeserInnen-briefe

Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.

Zu dem Artikel über die Jugend gegen Rassismus in Europa in der letzten Ausgabe (Seite 31) erreichten uns gleich zwei Briefe, die wir hier gekürzt abdrucken:

In der Ausgabe Nummer 29 des Antifaschistischen Info-Blattes erschien ein Artikel unter dem Titel »Anti-Antifa gegen JRE«. Darin werden mehrere Unwahrheitem behauptet.

1. Es wird behauptet, daß JRE »offenbar« erfolgreich von Nazis unterwandert wurde. Das ist falsch. Richtig ist, daß sowohl Staatsschutz als auch Faschisten versuchen, antifaschistische Gruppen inclusive JRE zu unterwandern. Für eine erfolgreiche Unterwanderung der Berliner JRE durch Faschisten gibt es keine Anzeichen.

2. Es wird behauptet, JRE äußere sich nicht zu den Vorwürfen. Dies ist falsch. Weder die VerfasserInnen/ HerausgeberInnen des Artikels noch sonstwer haben vor Erscheinen des Artikels konkrete Vorwürfe in Richtung JRE formuliert. Es gab also keinen Bedarf für eine öffentliche Äußerung.

3. Es wird behauptet, im Berliner JRE-Büro seien mehrere Anmeldelisten in den Papierkorb gewandert, und das Büro sei nicht abschließbar gewesen. Das ist falsch. Richtig ist, daß einmal eine ausgedruckte Liste in den Papierkorb wanderte, von da an wurden alle Listen nach Gebrauch verbrannt. Richtig ist auch, daß das Büro abschließbar war.

4. Es wird behauptet, »Kader« der sozialistischen Gruppe VORAN stünden hinter der JRE. Dies ist falsch. Richtig ist, daß die Initiative zur Gründung von JRE 1992 von Voran und ihren europäischen Schwesterorganisationen ausging.

JRE ist einen demokratische und offene Jugendorganisation, in der VORAN nicht mehr Rechte als andere Gruppen oder Einzelpersonen hat.

5. Es wird behauptet, auf unserem Sommercamp lagen Adreßlisten offen und für jedermann zugänglich aus. Das ist falsch. Richtig ist, daß die Adreßlisten in kodierten Computern gespeichert waren, und sie nur in abschließbaren bzw. ständig besetzten Büros aufbewahrt wurden.

6. Es wird behauptet, Dirk A. habe sich plötzlich ein Montain-Bike im Wert von 1300,- Mark gekauft. Das ist falsch. Richtig ist, daß das Fahrrad mehrere Jahre alt ist und damals 600,- Mark kostete.

7. Es wird behauptet, Dirk A. sei Mitte Oktober spurlos verschwunden. Das ist falsch. Richtig ist, daß Dirk A. bei der Bundeswehr ist und außerhalb Berlins stationiert ist.

8. Es wird behauptet, niemand wisse, wo er wohnt noch wo seine Eltern zu finden seien. Das ist falsch. Richtig ist, daß der Aufenthalt von Dirk bekannt ist, und auch die Adresse seiner Eltern der Berliner JRE bekannt ist.

9. Es wird behauptet, es stünde fest, daß Nazis über die Adressen des JRE-Sommercamps verfügen. Das ist falsch. Richtig ist, daß es keine Anzeichen dafür gibt. Angegriffen wurden nur Mitglieder autonomer Gruppen. Keines der anderen JRE-Mitglieder, über deren Adressen die Nazis ja dann auch verfügen müßten, wurde von Faschisten bedroht.

10. Es wird behauptet, im Falle der JRE geschehe offene Antifa-Arbeit in gemeingefährlicher Weise, die dazu führe, die eigenen Mitglieder den Nazis auszuliefern. Das ist falsch. Es gibt keinerlei Beispiele dafür, wie JRE-Mitglieder durch die Politik der JRE Faschisten ausgeliefert wurden.

JRE Deutschland, Köln

Wir Genossen/innen aus Nürnberg haben uns seit mittlerweile einem Jahr innerhalb der JRE organisiert und haben seitdem mit dieser Organisation überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Zusammen mit vielen anderen Gruppen haben wir nach den ersten auftretenden Problemem immer versucht, die Voranunabhängige Basis innerhalb der JRE zu stärken und somit eine reale Basisdemokratie zu verwirklichen.

Nach all der Zeit müssen wir leider feststellen, daß der Voran-Einfluß bei JRE konträr zu den Wünschen vieler Einzelmitglieder und Gruppen immer stärker geworden ist, und JRE somit ausschließlich von Voran dominiert und geführt wird. Mit dieser Erklärung wollen wir noch einmal unsere Probleme und Kritikpunkte publik machen, welche uns zum Austritt aus JRE bewegten.

Liebe LeserInnen, wir können einfach keine dreiseitigen Briefe abdrucken. Da wir Euch ungern kürzen, bitten wir dringend zu bedenken: Für das Infoblatt gilt, wie für alle Zeitungen, daß ein Brief umso mehr Chancen hat, abgedruckt zu werden, je kürzer er ist.

1. Die Finanzpolitk der Genossen/innen des Bundesvorstandes ist schlecht organisiert und fällt durch absolut fehlende Transparenz auf.

Transaktionen innerhalb des Etats sind nicht nachzuverfolgen, das Budget für das Bundesbüro ist utopisch, und die einzige vorhandene Finanzstrategie ist, die einzelnen Gruppen zu Sammel- und Bettelaktionen bei den Gewerkschaften und der SPD zu animieren. In Einzelfällen wurde Sammelziele veröffentlicht, ohne die betreffenden Gruppen zu informieren.

2. Wie schon oben erwähnt, ist JRE unserer Meinung nach viel zu stark von Voran beeinflußt. Wir können uns der Anbiederung an die Sozialdemokratie und an die Gewerkschaften nicht anschließen und auch nicht damit identifizieren. Alle JRE-Gremien haben darüberhinaus eine SAV-Mehrheit. Selbst das Bundesbüro ist Zeit seines Bestehens ausschließlich mit Voran-Mitgliedern besetzt. Das führte unter anderem dazu, daß Informationen, die nicht auf Voran-Linie lagen, nur schleppend oder gar nicht weitergeleitet wurden. Zusätzlich gefährdet dieser Einfluß die Basisdemokratie und läßt sie zur Makulatur werden.

3. In ihrem Grundsatzprogramm macht JRE deutlich, daß sie für alle Gruppen offensteht oder zumindest stand. Beim letzten Bundesausschuß zeigte sich, daß dies leider nur leere Worte waren. Dort wurde ein Delegierte der Freiburger Gruppe nach einem Redebeitrag massiv bedrängt und in seiner Redefreiheit stark beeinflußt. Generell werden Kritiker der offiziellen JRE-Politik ausgegrenzt, so daß viele Genossen/innen zum Austritt bewogen werden. Gerade nach dem Antifa-Camp hat es zahlreiche Austritte gegeben.

4. Das Auftreten von JRE bei Demos und anderen Veranstaltungen ist geprägt von einer Egozentrik, welche auf andere Gruppen nur noch abschreckend wirken kann. Wir als Antifas aus Nürnberg haben z.B. die Folgen der Demonstration gegen das JN-Schulungszentrum in der Pirkheimer Straße bis heute zu tragen. Der Slogan »Wir sind JRE« war mehr als katastrophal und zeigt bis heute Wirkung. Dazu

kommt noch, daß der Ahnenkult um die Demo in Brüssel mehr als peinlich ist.

5. Der Umgang mit personenbezogenen Daten bei JRE ist mehr als lax. Solche Daten werden unbekannten Personen am Telefon oder per Post weitergegeben, ohne Rücksprache mit den Betroffenen zu halten. Angeblich ist dies auf die Überlastung des Bundesbüros zurückzuführen (Zitat eines Genossen aus dem Bundesbüro) und kam nur in Einzelfällen vor. Wir haben jedoch permanent solche Erfahrungen gemacht und dieses Problem oft angesprochen, doch eine Resonanz war auch nicht bei der Sicherheitsbeauftragten im Bundessprecher/innenrat zu bemerken. Hier wird duch puren Leichtsinn die Gesundheit von Genossen/innen gefährdet.

Auch beim JRE-Camp in Reinwarzhofen wurde dieses mangelnde Sicherheitsverständnis überdeutlich.

6. Zwar hat auch JRE das Superwahljahr in seiner eminenten Wichtigkeit erkannt, doch gerade auf dem Camp im August gab es keine einzige Veranstaltung dazu. Wir halten es für wahrscheinlich, daß hier durch Voran-Einfluß versucht wird, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu schützen und zu unterstützen, um somit das Wohlwollen dieser Organisationen nicht zu gefährden. Hier werden offensichtlich linke Grundsätze und Ideale verleugnet, um den Status Quo mit sogenannten linken, einflußreichen Parteien nicht zu stören. Im Gegenzug werden linke Gruppen, z.B. aus dem autonomen Spektrum, von der Zusammenarbeit ausgeschlossen bzw. durch vorher nicht abgestimmte Publikationen aus dem Bundesbüro diskreditiert und ausgegrenzt.

Die Gruppe Nürnberg sieht für einen weiteren Verbleib innerhalb der JRE keine Perspektive mehr und erklärt hiermit ihren geschlossenen Austritt aus dieser Organisation

Nürnberg, 1.März 1995

Zum Artikel »50 Jahre danach« – Einleitung des AIB Nr.29

Liebe Genossinnen und Genossen

Euch ist in der Einleitung des Infos Nr.29 ein grober Fehler unterlaufen. Ihr beschreibt sehr treffend die gegenwärtigen Bemühungen die deutsche Geschichte umzulügen. Die Darstellung des Bombenkrieges ist m.E. so jedoch nicht haltbar: »Das Modell für die Angriffe haben die Nazis ... vorgegeben. Die Rückantwort kam mit Köln und Hamburg... und Dresden.« (Aus AIB Nr.29)

»Wer Wind sät wird Sturm ernten« war die Losung unter der die Gedenkkampagne in Hamburg stattfand, »der Krieg kam nach Deutschland zurück« war an anderen Stellen zu hören. Bei solchen Darstellungen wird der Charakter der deutschen Kriegführung nicht erkannt. Die Deutschen führten einen rassistischen und antisemitischen Vernichtungs- und Eroberungskrieg. Ihre Angriffe hatten das erklärte Ziel, Zivilbevölkerung zu vernichten. Dieses Ziel wurde weiterverfolgt, auch auf dem Rückzug, auf der Flucht wurde das Morden solange [wie] möglich weitergeführt: »Zu gerne vergessen die Aufrechner zu erwähnen, daß die Nazis noch bis März 1945 [!] Bombenangriffe auf London... durchgeführt haben.« (AIB Nr.29) Diese Angriffe hatten militärisch überhaupt keinen Sinn. Sie waren reiner Terror.

Im Gegensatz dazu müssen die Bombenangriffe der Alliierten gesehen werden: Ihr erklärtes Ziel war, die Infrastruktur und Industrieproduktion der Deutschen zu treffen, die Deutsche Volksgemeinschaft und den Durchhaltewillen zu zermürben sowie dafür zu sorgen, daß Rüstungs- und andere kriegswichtige Betriebe lahmgelegt sind. Die Volksgemeinschaft hielt bis zuletzt brav zusammen und zum Führer, die Deutschen gingen brav weiter zur Arbeit, in diesen Punkten ging das alliierte Kalkül nicht auf.

Diese Form der Kriegführung war jedoch nicht den Nazis abgeguckt, sie war nicht als Terror und Vernichtung gedacht, sondern verfolgte reele militärstrategische Ziele.

Im Verhältnis zu dem, was Deutsche an allen Fronten, besonders im Osten angerichtet haben (»Wind?«) ist es nicht mal ein laues Lüftchen, das »nach Deutschland zurückgekommen« ist, »geerntet« wurde.

Durch die Gleichsetzung der Alliierten Kriegführung [die liegt uns fern, d.Red.] arbeitet ihr – ungewollt – jenen »Aufrechnern« in die Hände... CHS

Italien

Der politische Hintergrund faschistischer Regierungsbeteiligung

Anfangs schlugen die Wellen hoch, inzwischen scheint es schon wieder vergessen, daß vor einem Jahr in Italien Faschisten in die Regierung gewählt wurden. Bezugnehmend auf den Artikel »Die Erben Mussolinis« im Antifa-Info Nr. 27 (S. 55-57) haben wir mit FreundInnen aus Italien, Deutschland und Österreich im Sommer 94 ein mehrstündiges Gespräch geführt, um die Hintergründe zu verstehen, die zu dem scheinbar überraschenden Wahlerfolg der Rechten geführt haben. Dabei kommen zwei verschiedene Grundpositionen zum Ausdruck. Unsere FreundInnen kommen aus dem Umfeld der Arbeiterbewegung und sind in sozialen Bewegungen aktiv. Sie vertreten die Position, Berlusconi ist eingesetzt worden von der Bourgoisie und sie vertrauen auf die Stärke der Arbeiterbewegung; wir als Red. hingegen sehen Berlusconi als Marionette der Faschisten, die perspektivisch an Macht gewinnen. Gerade im Hinblick auf die Entwicklungen in Österreich, das unter Umständen das nächste Land mit faschistischer Regierungsbeteiligung sein kann, ist eine Analyse der Hintergründe unabdingbar.

Leider können wir es nur in Auszügen abdrucken, denn das ganze Gespräch würde eine eigene Zeitung füllen, wobei wir leider einige spannende Passagen ganz raus lassen mußten.

Die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

In den 80er Jahren ändert sich der wirtschaftliche und politische Rahmen Italiens. Die staatliche Großindustrie (vor allem Chemie, Metallverarbeitung und Maschinenbau) häuft eine Menge Schulden an, weil die Finanzierungsgesellschaften (Versicherungen, große Kreditinstitute usw.), die die Großindustrie kontrollieren, die staatlichen Finanzierungen für ihre Spekulationen benutzen und gleichzeitig die Verluste zu Lasten der Industrie anrechnen. Die Allianzregierungen von Democrazia Christiana (DC) undSozialistischer Partei (PSI, Craxi) der 80er Jahre organisieren dieses Verfahren systematisch. Sie schützen die Interessen des Finanzkapitals durch staatliche Finanzierungen und durch Bestechungen.

Das Finanzkapital wird praktisch vom Staat subventioniert?

Ja. Um den neuen Betrieben, dem Finanzkapital in der internationalen Konkurrenz zu helfen - auch in der internen Konkurrenz.

Gleichzeitig sichert sich dieses Finanzkapital eine Vorherrschaft in Italien - wie z.B. Fininvest, Berlusconis Firma - über die Finanzierung der Parteien, der PSI und der Democrazia Cristiana, indem es direkt diese Parteien finanziert.

Auch die Kommunistische Partei?

Nein. Sehr marginal. Es geht um den politischen Block, DC und PSI, die Stabilität, am Rande auch um einige unbedeutendere Parteien wie die Sozialdemokraten, die Liberalen usw. Diese Situation kann anhalten, solange es eine künstliche Aufblähung, ein gedoptes Wachstum, des Finanzkapitals gibt. Es ist die typische Situation eines Finanzbluffs.

Womit wurden die Industrien denn finanziert?

Durch die öffentliche Verschuldung, durch staatliche Titel, Pfandbriefe. Die internationalen Finanzzentren borgten dem italienischen Staat Geld und auf diese Anleihen wurden sehr hohe Zinsen gezahlt.

Die Großindustrie, die Klein- und Mittelindustrie braucht Geld für Investitionen. Und dieses Geld ist extrem teuer, weil die Zinssätze hoch sind. Die einzigen, die Interesse daran haben, die Zinsen hoch zu halten, ist das Finanzkapital wegen der Rendite. Die internationalen Finanzzentren sahen den Kollaps der staatlichen Kassen voraus, daß der Staat nicht mehr in der Lage ist, allein die Zinsen zu zahlen.

Als 1989-90 die internationale Finanzlage es nicht mehr möglich macht, daß ein solcher Bluff anhalten kann, übernehmen es genau die internationalen Finanzzentren, den Luftballon anzustechen. Die erste Gelegenheit ist das Abkommen von Maastricht, in dem Deutschland Italien auferlegt, das staatliche Defizit zu senken. Der zweite Punkt ist, daß die Lira überbewertet war und daß die Diskontsätze, die in Italien gezahlt wurden, unter den höchsten der Welt waren.

Das System der Korruption ist am Ende – und damit die Regierungs parteien

In diesem Augenblick entsteht eine Übereinstimmung zwischen den internationalen Finanzzentren und den Interessen des italienischen Industriekapitals. Sie nehmen eine Nadel und machen pffft! Sie lassen die Luft aus dem künstlich aufgeblähten Finanzkapital und der Politik der PSI und der DC. Und mit diesem Angriff geht auch die Sozialistische Partei zugrunde.

Die Nadel, die benutzt wurde, um den Luftballon zum platzen zu bringen, heißt Antonio di Pietro, der Mailänder Staatsanwalt, der die ganze Bestechung »entdeckt« hat.

Man nennt das jetzt Bestechungen. In Wirklichkeit handelte es sich um das legale und illegale Finanzierungssystem eines weiten Netzes von Industriellen, Bank-, Handels- und Immobilieninteressen, die von den Regierungsparteien, den Sektoren der Staatsverwaltung, von Vertretern der Justiz und den Gewerkschaften geführt und gesichert wurden.

Die Regierungsparteien waren somit am Ende?

Die Bourgeoisie brauchte andere Parteien. Die KPI hatte sich, nach dem Zerfall des »Ostblocks«, in PDS und in Rifondazione Comunista gespalten. Die DC war zersplittert, die PSI verschwunden – es bleibt ein politisches Vakuum

Die objektiven Gründe für den Sieg der Rechten in Italien liegen im internationalen und nationalen wirtschaftlichen Wandel. Diese Veränderung hat Craxi und Andreotti die Mittel genommen, mit denen sie früher breite Schichten der Gesellschaft bestechen und zähmen konnten. Als die ökonomische Situation den Bach runter ging, waren diese Schichten wütend auf ihre früheren »Paten« (padrini). Sie haben wütend reagiert, weil sie Gefahr liefen auf Privilegien und Almosen verzichten zu müssen. Sie haben also die Reaktion und die Demagogie gewählt, während die Linke immer nur die unteren Klassen um Verzicht bat.

In Erwartung, daß sich ein politisches Zentrum um die PPI (Partito Popolare Italiano, die Nachfolgepartei der Democrazia Christiana) rekonstituiert, delegiert die Bourgeoisie an Berlusconi, dem Repräsentanten der direkten bürgerlichen Interessen, die Bildung einer Regierung, die jedoch schwach geboren ist. Also eine vorübergehende, momentane Sache, während der man wartet, daß sich eine neue Mitte aufbaut.

Die einzige Regierung, die Berlusconi bilden kann, ist eine Regierung in Allianz mit der Lega Nord und mit Alleanza Nazionale.

Heißt das, daß die Schwäche der PDS die Stärke der Nationalen Allianz war?

Die PDS konnte allein keine Regierung bilden. Es gab zwei Versuche, die politischen Kräfte in Italien zu erneuern. Einer war der der

Pattisti - Il Patto per l'Italia - von Mario Segni, einem DC-Mann, der gescheitert ist, und der andere war der von Alleanza Democratica, der ebenfalls gescheitert ist. Alleanza Democratica war ein Bündnis von Mitte-Links-Kräften, von einigen Sozialisten wie Amato und einigen aus der Rechten der PDS.

Die Regierung Berlusconi wiederum ist aus drei Gründen schwach ist. Sie ist zahlenmäßig schwach, im Senat hat sie nicht die zahlenmäßige Mehrheit, sie hat innere Widersprüche zwischen den Parteien, aus denen sie sich zusammensetzt - die Lega Nord ist föderalistisch, sie will die Autonomie der Regionen, Alleanza Nazionale ist zentralistisch und Berlusconi selbst ist zwar wohl Repräsentant der Bourgeoisie, aber als Fininvest hat er Interessen der Finanzrendite und nicht des Industriekapitals.

Wie wird die Parteienlandschaft Italiens zukünftig aussehen?

Der politische Rahmen Italiens läuft in Richtung Herausbildung zweier politischer Pole, einer Art Bipolarismus wie in England: eine Regierung PDS-PPI usw. und eine rechte Alternative, die hervorgezogen werden kann, wenn sie nötig ist, bestehend aus Alleanza Nazionale, einem Teil der alten DC und einem Teil aus Forza Italia. Das ist die Perspektive.

Das bedeutet, daß es in der aktuellen Situation keine günstigen Voraussetzungen für eine bedeutsame Entwicklung einer faschistischen Partei gibt.

Warum wurde Berlusconi gewählt?

Warum hat das Bürgertum Berlusconi und seine Forza Italia gewählt, obwohl er ja ein enger Freund Craxis ist, und damit alles repräsentiert, was sie ablehnen.

Ich habe mich auch gewundert.

Das war nicht so ein Geheimnis mit Berlusconi und Craxi, aber da Berlusconi diese Tausende Arbeitsplätze versprochen hat, dachten sie, es gäbe einen Ausweg für die Industrie.

Das Problem ist, daß es zum Zeitpunkt der Wahlen keine Alternative zu Berlusconi gab. Und Berlusconi wurde in erster Linie benutzt, um zu verhindern, daß die Lega Nord mehr politisches Gewicht gewinnt, weil es innerhalb der Lega eine starke separatistische Tendenz gab, nicht nur für die Autonomie der Regionen.

Aber wenn auf der einen Seite die ganz Rechten nicht unbedingt gewählt werden, seht Ihr nicht trotzdem die Gefahr, daß sie die Macht an sich reißen? Nicht in Form von einem Putsch, sondern indem sie versuchen, die Politik immer weiter zu bestimmen, Berlusconi rauszudrängen und zusammen mit der Lega Nord einen weiteren Rechtsrutsch zu bewirken?

Nein. Weil Alleanza Nazionale und die Lega Nord in sehr starkem Widerspruch stehen.

Und eine Perspektive einer bürgerlich-rechten Regierung, einer Mitte, die nach rechts rutscht?

Nein. Die Perspektive ist eine Regierung von PPI und der Linken der DC. Alleanza Nazionale hat in jedem Fall ihr Ziel erreicht, nämlich aus ihrer Rolle als politische Randerscheinung - als MSI - herausgetreten zu sein und sich als einzige glaubwürdige rechte, konservative Alternative profiliert hat.

Konservative Kraft? Die ist doch ein bißchen mehr als konservativ.

Warum? Umstürzlerisch ist sie nicht(...)

Antifaschismus ist mehr als Selbstverteidigung

Gibt es eine Neudefinition des Begriffes Antifaschismus?

Ja,aber sehr klein. Es betrifft hauptsächlich intellektuelle Gruppierungen, die am Rande der Linken oder auch innerhalb der Linken stehen. Es gibt zum Beispiel einen Sektor von Il Manifesto, eine kleine Bewegung, vor allem von Intellektuellen, Grünen, PDS und einige aus Rifondazione Comunista usw. -, der versucht eine Diskussion um den Antifaschismus wieder anzufachen.

Gibt es keine politischen Strömungen, die sich fragen, ob dieser Begriff noch eine Bedeutung hat bzw. die diesen Begriff fallen haben lassen, um die Frage anders zu stellen?

Es gibt keine Debatte. Gleich nach der Regierungsbildung von Berlusconi und den Eintritt von Alleanza Nazionale in die Regierung, ging ein Teil der Bewegung im allgemeinsten Sinn auf die Straße gegen die Faschisten.

Am 25. April 94?

Zum Beispiel, ja. Aber das hat zu keiner politisch-theoretischen historisch-theoretischen Debatte über den Begriff Faschismus-Antifaschismus geführt

Gibt es überhaupt marginale Gruppen, die in Richtung einer Alternative zum klassischen Antifaschismus arbeiten?

Ja, die gibt es, kleine Gruppen, sehr verstreut, die Zeitungen bzw. Zeitschriften produzieren. Einige dieser organisierten politischen Gruppierungen, befinden sich innerhalb der Centri Sociali. Es gibt Centri Sociali der Bewegung, die sich diffus auf die Autonomia beziehen und es gibt Centri Sociali in der Art des Leoncavallo (in Milano), die ein bißchen präzisere politische Ideen hatten.

Es stimmt, daß die revolutionäre Klassenkampfbewegung der 70er Jahre eine schwere Niederlage in Italien erlitten hat, aber es besteht kein Zweifel, daß zehn Jahre der Debatten, der Kämpfe, der Bewegungen, der Demonstrationen ihre Spuren hinterlassen haben. Und die Reste dieser Spuren versuchen – sehr mühsam – sich zu organisieren, Zeitungen zu machen, zu diskutieren, Kontakte aufzunehmen, die Realität zu analysieren. So verzweifelt ist die Situation in Italien auch wieder nicht. Das Problem ist, daß die Fähigkeit fehlt, eine politische Linie zu konstituieren, die in der Lage wäre, diese Tendenzen zu reorganisieren. Der eine oder andere kleine Kern ist auch in Rifondazione Comunista. (...)

Es gibt diese Politiker nicht mehr, die in der Lage sind, eine Übersicht zu haben, genauso wie es die Parteien nicht mehr so gibt, wie sie bisher strukturiert waren. Der Politiker, der an der Regierung ist, antwortet direkt auf ein Konglomerat von wirtschaftlichen Interessen. In einem gewissen Sinn antwortet die Bourgeoisie direkt. Sie schickt praktisch direkt einen ihrer Männer, wie sie es mit Berlusconi und anderen getan hat. Folglich verlieren die Parteien immer mehr an Bedeutung und Zusammenschlüsse, Lobbies, technische Gruppen, Pressure Groups, gewinnen Einfluß.

Welchen Widerstand gibt es dagegen?

Ich glaube, es gibt zwei Formen des Widerstandes. Die erste ist der institutionelle Widerstand, der sehr allgemein ist, wie die Demo am 25.4.94. Dann gibt es einen militanten Antifaschismus, der vor allem aus den jungen Aktivisten der Sozialzentren besteht, vor allem in Rom, in Milano, in Neapel, in Palermo. Sie sind militante Antifaschisten, weil die faschistischen Gruppen ihre Zentren angreifen. Also als Notwendigkeit.

Es ist klar, daß der staatliche Antifaschismus nicht antikapitalistisch ist, aber gibt es ein Umdenken bei den autonomen Antifas?

Nein. Die Faschisten werden betrachtet als Instrument für die politische Initiative der Regierung oder der Bourgeoisie im allgemeineren Sinn. In der nicht-institutionellen Linken, und auch in Teilen von Rifondazione Comunista ist es relativ klar, daß die neuen faschistischen (militanten) Gruppen nur ein Instrument ist, dessen sich die Regierung bedient. Die PDS und ein Teil von Rifondazione Comunista, also die alte KP fördert in ihren Jugendstrukturen, in ihren Schulungen, die Sichtweise, daß der Faschismus alles ist, was nicht demokratisch ist. Das alte Bild eben.

Wie sehen die Leute in den Zentren usw. die Frage der MigrantInnen und wie verhalten sie sich?

Im Süden versuchen die bewußtesten Elemente den Rassismus als Mittel, um die Konkurrenz zwischen lokalen und eingewanderten Arbeitern zuzuspitzen, zu behindern, in einem sozialen Klima, das im Grund nicht rassistisch ist. Der Rassismus wird bewußt von den Grundbesitzern oder von den Arbeitsvermittlern - den caporali, die den Markt der Arbeitskräfte kontrollieren - geschürt.

Im Norden hingegen hat der militante Antifaschismus mehr das Ziel der Integration und der Verteidigung der Immigranten. Da es keine unmittelbare Konkurrenz gibt, aber ein diffuseres rassistisches Klima in der öffentlichen Meinung, ist ihre militante Intervention darauf ausgerichtet, diese Minderheiten zu schützen.

Zur aktuellen Lage: Was hat sich seit dem Sieg der Rechten im Frühjahr 1994 bis heute, im Mai 95 verändert?

Die Inflationspolitik und die Unfähigkeit Stabilität und sozialen Frieden zu sichern sowie die Unmöglichkeit, den sozialen Protest zu unterdrücken haben die Widersprüche innerhalb der Polo delle Liberta (Bund der Rechten) verschärft. Nach den sozialen Kämpfen, die im vorigen Herbst mit dem Generalstreik ihren Höhepunkt erreichten, haben Confindustria (Generalverband der ital. Industrie) und Großfinanz die Entscheidung getroffen, sich von Berlusconi zu trennen.

Aber war Dini nicht Schatzminister zur Zeit der Regierung von Berlusconi?

Ja. Und das bestätigt die Tatsache, daß die Regierungen sich um Programme bilden, die die Interessen des wirtschaftlichen Systems, der größten Bank- und Industriegruppen schützen. Dini wird jetzt von PDS, PPI (Partito Popolare Italiano), von der Lega und den Gewerkschaften (die für die Kontrolle der Arbeiterbewegung bürgen) unterstützt.

Die politischen Ereignisse Italiens in diesem letzten Jahr zeigen, daß die Großfinanz bis jetzt mehr Vertrauen zur PDS gehabt hat als zur Forza Italia und Alleanza Nazionale. Die »respektable« Rechte muß sich nun zurückziehen. Sie bereitet sich vor auf ihren Wiedereinstieg, indem sie ihre rasierten Köpfe (Boneheads, d.Red.) züchtet. Wenn der aktuelle, von der Lira-Entwertung geförderte wirtschaftliche Aufschwung zuende und die Arbeitslosigkeit auch in Norditalien dramatisch sein wird, wird auch der soziale Friede enden. ■

• • • • • • • • • • • • • •

»Die Goldene Horde«

20 Jahre italienische Geschichte, spannend zu lesen und gut geschrieben in einer Mischung aus »oral history«, Erzählung und Dokumentation. Die Autoren wollen, vor allem jüngeren LeserInnen, ein breites Bild der politischen Revolte von ihren Anfängen bis zum Dezember 1977 nahebringen, parteiisch, kritisch und gegen die institutionellen Versionen der Geschichte. Gestützt auf Dokumente und Zeugnisse beschreiben sie die Geschichte der Bewegung, besser gesagt, der Bewegungen, die Italien verändert haben. Ein Konflikt, der Spuren hinterlassen hat und mit dessen Wissen man die aktuelle politische Situation besser verstehen lernt.

Das Buch soll auch ein Werkzeug der Erinnerung sein, denn »Der Kampf der Menschen gegen die Macht ist auch der Kampf der Erinnerung gegen das Vergessen.«

»Die Goldene Horde« – Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien. Von Primo Moroni, Nanni Balestrini, Verlag der Buchläden Schwarze Risse Berlin, Rote Straße Göttingen. 452 S., DM 39,80

Weiterer

Die Entwicklung in Österreich lief im April/ Mai sehr rasant. Zahlreiche Intellektuelle meldeten sich zu Wort; sie warfen Haider vor, das politische Klima für die Nazibomben geschürt zu haben. Haider antwortete mit einem »Kulturkampf«. Als die Staatspolizei die Abonnentenkartei der Haider-nahen »Aula« in Zusammenhang mit den Bombenattentaten beschlagnahmte, ging Haider in die Offensive. Die tagelange Hetze im Parlament per Dringlichkeitsanfragen gipfelte im Mordanschlag auf den Journalisten Purtscheller. Als kurz darauf zwei Autonome tot an einem Strommast gefunden wurden, hatte Haider den Aufhänger, um mit aller Kraft gegen den »Linksterrorismus« zu Felde zu ziehen.

Der Chef der Staatspolizei (Stapo), Oswald Kessler, tat vor seinem Abtritt einen folgenschweren Schritt. Frustriert über die dauernden Mißerfolge und die undichten Stellen in seinem Apparat bei der Briefbombenfahndung wandte er sich an den Leiter des »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands« (DÖW), Wolfgang Neugebauer. Der entdeckte bei der Durchsicht der rechtsextremen Zeitschrift AULA einen Leserbrief in einer Ausgabe von 1986, der in »*Diktion und Inhalt*« den Bekennerschreiben der Briefbombenserien gleicht. Der Stapo-Chef ließ darauf gleich die Abonnentenliste der »Aula« beschlagnahmen. Wie ein Stapo-Beamter mitteilte, brachte die Auswertung des Adressenmaterials vier Personen zutage, auf die das Täterprofil paße.

Solche polizeilichen Maßnahmen nicht gewohnt, löste die Beschlagnahme der Kartei bei Haider und seinen FREIHEITLICHEN(vormals FPÖ) heftige Reaktionen aus. Schließlich versammelt sich auf der Aboliste die Crème der »F« und die »Aula bekam noch bis März dieses Jahres auf »F«-Antrag Gelder vom steyrischen Landtag. Haider nutzte seine Immunität im Parlament, um tagelang gegen bestimmte Personen zu schießen. Neben Neugebauer vom DÖW waren es Journalisten wie Wolfgang Purtscheller, die zu den Bombenattentaten recherchiert und Verstrickungen von »Freiheitlichen« ins militante Nazi-Lager aufgedeckt hatten.

Das Todeskommando trift den Falschen

Kurz nachdem Haider gegen Purtscheller gehetzt hatte, war dieser auf Vortragsreise in Oberösterreich. Das Innviertel gilt als eine der Regionen in Österreich, in der die braune Tradition am tiefsten verwurzelt ist. So auch in der Schulstadt Ried/ Innkreis, wo Haider seine alljährlichen Aschermittwochtreffen abhält. Die Vorträge des Journalisten waren in der regionalen Presse angekündigt worden. Nach einer Veranstaltung in Ried fuhr Purtscheller in das Kulturzentrum KiK im Ort, wo sich auch der Rieder Raimund Friedl aufhielt. Nach Ende der Party wechselten beide in die knapp hundert Meter entfernte »Extrabar«, dem zweiten alternativen Treff in der Kleinstadt. Als Friedl die »Extrabar« verließ (noch vor Purtscheller), ermordeten ihn zwei Männer aus kürzester Entfernung mit einem gezielten Herzschuß. Dies

Schritt ins Haider-Reich?

geschah nur 20 Meter von der Bar und 5 Meter von der Tür der BURSCHENSCHAFT GERMANIA entfernt. Zwei Zeugen, die die »Extrabar« kurz nach Friedl verlassen hatten, konnten noch sehen, wie zwei Männer den leblosen Körper hochhoben und wieder mit dem Kopf auf das Pflaster fallen ließen. Während die Zeugen versuchten, das Opfer wiederzubeleben, mischten sich die Täter unter die Herumstehenden und verschwanden. Das 9-mm-Vollmantelgeschoß, mit dem Friedl praktisch hingerichtet wurde, stammt aus dem Ostblock und wird auch in Ex-Jugoslawien benutzt.

Alle Fakten weisen darauf hin, daß Friedl das Opfer einer Verwechslung mit Purtscheller wurde. Friedls Heimweg führte durch eine dunkle Gasse, durch die Purtscheller auch auf dem Rückweg zu seinem Hotel mußte. Friedl hatte Ähnlichkeit mit dem Journalisten, vor allem mit dem Outfit, mit dem Purtscheller im Fernsehen aufgetreten ist. An diesem Tag trug Friedl ähnliche Kleidung wie der Journalist. Purtscheller steht seit längerem auf den Abschußlisten militanter Nazis, seine Recherchen haben dazu beigetragen, daß militante Neonazis, zuletzt Hans-Jörg Schimanek, für Jahre hinter Gittern verschwunden sind.

Vor Ort führte die EINSATZGRUPPE ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS die Spurensicherung durch. Dennoch servierte die Polizei verschiedene Versionen, die einen Anschlag auf Purtscheller ausschließen sollten. Es war die Rede von Raubmord (Friedl hatte jedoch noch 1.000 Schilling in der Tasche), Schulden (er war nicht verschuldet), Drogenszene (er nahm keine Drogen, es gibt auch keine harte Drogenszene am Ort), schwules Eifersuchtsdrama (er war nicht schwul) und Zufallsmord. Wer Friedl kannte und ihm an Leder wollte, hätte gewußt, daß er auf seinem Nachhauseweg durch ein totes, mit Büschen bewachsenes Gebiet hätte laufen müssen - für einen Mord ein weitaus besser geeignetes Gelände als die Innenstadt.

Am 21. April gab es erneut Bombenalarm, diesmal im Klagenfurter Theater. Eine Paketbombenattrape mit Absender aus Dresden ging an die Regisseurin Konstanze Lauterbach, die gerade ein Bert-Brecht-Stück inszenierte.

»Linke Wehrsportgruppen«

Kurz Zeit nach dem Mordanschlag, am 11. April, explodierte ein Sprengsatz an einem Strommast bei Ebergassing. Einige Tage später fand ein Bauer neben dem Mast die Leichen zweier Männer. Die Toten waren Aktivisten der autonomen Szene. Die Begleitumstände sind dubios. Seltsamerweise lag der Tatort nahe der Wohnung des Einen (wohl 300 m Luftlinie), eine nicht übliche Vorgehensweise von Linken bei Anschlägen. Zudem fand die Polizei die Ausweise, die im Gegensatz zu den Leichen, nicht verbrannt waren.



Die Wiener Alarmabteilung »Wega« - Hochburg rechtsradikaler Polizisten

Dies war die große Stunde Haiders. Schon zuvor hatte er Purtscheller als Täter der Bombe von Oberwart, dort waren vier Roma getötet worden, präsentiert. Sein Beweis: Als die Polizisten Purtscheller letztes Jahr bewußtlos schlugen und ihm das Bein absichtlich verdrehten, bis die Kreuzbänder rißen, verschafften sie sich auch widerrechtlich Einblick in sein Notebook. In denen hatte er Rechercheergebnisse zu den Bombenanschlägen festgehalten, auch Details zu Sprengstoffzusammensetzungen.

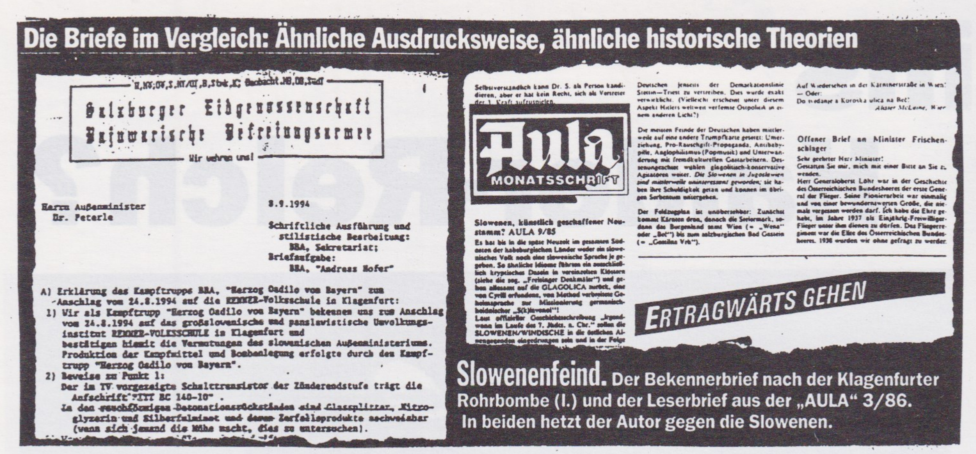
Haider wetterte nun gegen die »*linken Wehrsportgruppen*«, die für den Bombenterror verantwortlich seien. Auf einer Pressekonferenz Ende April präsentierte er eine Grafik, betitelt mit »*Das Netz – Wer sind die geistigen Väter des Terrors?*« Als einen der Väter aus Deutschland hat er dabei das Antifaschistische Infoblatt ausgemacht. In Österreich benennt er nicht nur linke Projekte wie das TATBLATT oder mißliebige Antifaschisten wie Purtscheller oder der DÖW-Chef Neugebauer, sondern Personen aus dem politischen und liberalen Spektrum. Dabei ist zum Beispiel der Kunstminister RUDOLF SCHOLTEN.

Bestürzend war der Erfolg, den Haider mit seiner Kampagne hatte. Die Möglicheit einer linken Urheberschaft bei den Bombenanschlägen der letzten beiden Jahren wurde ernsthaft in den Medien erwogen.

Innerhalb kürzester Zeit schaffte Haider es, sich aus der Schußlinie als geistiger Wegbereiter für den faschistischen Terror zu bringen. Stattdessen nahm er den neuen Innenminister CASPAR EINEM unter Beschuß. Sein Vorgänger Löschnak, bekannt durch seine ausländerfeindliche Politik und die Mißerfolge bei der Briefbombenfahndung, hatte zurücktreten müssen. Mit Einem trat ein Liberaler den Leitungsposten für einen weit nach rechts gerückten Apparat an. Die Reaktion aus dem Apparat kam prompt. Spenden an die linke Zeitschrift »Tatblatt« wurden öffentlich gemacht, mit denen Einem, wie viele andere Liberale auch, ein unabhängiges Presseorgan nach einer Haider-Klage unterstützen wollte. Haider trieb seine Kampagne weiter zum Machtkampf um den Innenminister. Einem sollte, bevor er überhaupt angefangen hatte, wieder gehen.

Die Personalvertretung der Wiener Polizisten hatte Einem mit den Stimmen der Christlichen Gewerkschafter und der AUF (»F«-nahe Polizistenvertretung) die Zusammenarbeit gekündigt. Sie drohte, Erkenntnisse bei den Ermittlungen gegen Rechtsradikale wegen der Bombenanschläge nicht an den

Die Briefe im Vergleich: Ähnliche Ausdrucksweise, ähnliche historische Theorien



H,NS;OV,S,NT/OT,B,Stek,K, Beobacht.NB,OB,Südt

Salzburger Eidgenossenschaft
Bajuwarische Befreiungsarmee

Wir wehren uns!

Herrn Außenminister
Dr. Peterle

8.9.1994

Schriftliche Ausführung und
stilistische Bearbeitung:
BBA, Sekretariat;
Briefaufgabe:
BBA, "Andreas Hofer"

A) Erklärung des Kampftrupps BBA, "Herzog Oadilo von Bayern" zum Anschlag vom 24.8.1994 auf die REMMER-Volksschule in Klagenfurt:
1) Wir als Kampftrupp "Herzog Oadilo von Bayern" bekennen uns zum Anschlag vom 24.8.1994 auf das großslovenische und panslavistische Umvolkungsinstitut REMMER-VOLKSSCHULE in Klagenfurt und bestätigen hiemit die Vermutungen des slovenischen Außenministeriums. Produktion der Kampfmittel und Bombenlegung erfolgte durch den Kampftrupp "Herzog Oadilo von Bayern".
2) Beweise zu Punkt 1:
Der im TV vorgezeigte Schalttransistor der Zünderendstufe trägt die Aufschrift "ITT BC 140-10".
In den rauchförmigen Detonationsrückständen sind Glassplitter, Nitroglyzerin und Silberfulminat und deren Zerfallsprodukte nachweisbar (wenn sich jemand die Mühe macht, dies zu untersuchen).

Selbstverständlich kann Dr. S. als Person kandidieren, aber er hat kein Recht, sich als Vertreter der 3. Kraft aufzuspielen.

Aula
MONATSSCHRIFT

Slowenen, künstlich geschaffener Neustamm? AULA 9/85

Es hat bis in die späte Neuzeit im gesamten Südosten der habsburgischen Länder weder ein slowenisches Volk noch eine slowenische Sprache je gegeben. So ähnliche Idiome führten ein ausschließlich kryptisches Dasein in vereinzelten Klöstern (siehe die sog. „Freisinger Denkmäler") und gehen allesamt auf die GLAGOLICA zurück, eine von Cyrill erfundene, von Method verbreitete Geheimsprache zur Missionierung germanisch-heidnischer „S(k)laveni"!
Laut offizieller Geschichtsschreibung „irgendwann im Laufe des 7. Jhdts. n. Chr." sollen die SLOWENEN/WINDISCHE in die östlichen Alpengegenden eingedrungen sein und in der Folge

Deutschen jenseits der Demarkationslinie Stettin—Triest zu vertreiben. Dies wurde exakt verwirklicht. (Vielleicht erscheint unter diesem Aspekt Hitlers weltweit verfemte Ostpolitik in einem anderen Licht?)

Die meisten Feinde der Deutschen haben mittlerweile auf eine andere Trumpfkarte gesetzt: Umerziehung, Pro-Rauschgift-Propaganda, Antibabypille, Anglophilismus (Popmusik) und Unterwanderung mit fremdkulturellen Gastarbeitern. Dessenungeachtet wühlen glagolitisch-konservative Agitatoren weiter. *Die Slowenen in Jugoslawien sind mittlerweile uninteressant geworden;* sie haben ihre Schuldigkeit getan und können im übrigen Serbentum untergehen.

Der Feldzugplan ist unübersehbar: Zunächst kommt Kärnten dran, danach die Steiermark, sodann das Burgenland samt Wien (= „Wena" oder „Bet") bis zum salzburgischen Bad Gastein (= „Gastina Vrh").

Auf Wiedersehen in der Kärntnerstraße in Wien! — Oder:
Do svidanja a Koroska ulica na Bec!
Alster McLaine, Wien

Offener Brief an Minister Frischenschlager

Sehr geehrter Herr Minister!
Gestatten Sie mir, mich mit einer Bitte an Sie zu wenden.
Herr Generaloberst Löhr war in der Geschichte des Österreichischen Bundesheeres der erste General der Flieger. Seine Pionierarbeit war einmalig und von einer bewundernswerten Größe, die niemals vergessen werden darf. Ich habe die Ehre gehabt, im Jahre 1937 als Einjährig-Freiwilliger-Flieger unter ihm dienen zu dürfen. Das Fliegerregiment war die Elite des Österreichischen Bundesheeres. 1938 wurden wir ohne gefragt zu werden

ERTRAGWÄRTS GEHEN

Slowenenfeind. Der Bekennerbrief nach der Klagenfurter Rohrbombe (l.) und der Leserbrief aus der „AULA" 3/86. In beiden hetzt der Autor gegen die Slowenen.

Innenminister weiterzuleiten. Damit bekommen die Briefbomben noch mal eine besondere politische Sprengkraft. Inzwischen hat sich auch die Personalvertretung auf Bundesebene gegen Einem ausgesprochen.

Es ist schwer vorstellbar, wie sich Einem im Apparat durchsetzen soll – zumal offensichtlich ist, daß die zahlreichen Fahndungspannen bei den Briefbombenermittlungen nicht nur auf die Dummheit der Beamten zurückzuführen sind. Die bombenden Nazis haben ihre Sympathisanten im Apparat, darauf verweisen sie voller Stolz in einem ihrer Bekennerschreiben. Die Hochburg der rechtsradikalen Polizisten, die Wiener Alarmabteilung »WEGA«, tobte sich nach dem Fund der Strommast-Toten im besetzten Kirchweger-Haus aus. Dort traten sie bei einer Durchsuchung die Türen von Roma-Wohnungen auf und verfrachteten die BewohnerInnen nachts auf die Straße. Mit dieser Einheit wird Einem noch viel Ärger haben, sie baut auf Tradition: Als bei dem Putschversuch vom 25. Juli 1934 der österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet wurde, waren von den 120 beteiligten Polizisten 80 von der Wiener Alarmabteilung.

Haider gelang es nicht, Einem gleich wieder aus dem Amt zu kippen. Eine breite Solidarisierung im liberalen und sozialdemokratischen Spektrum verhinderte dies. Mittlerweile hat der Verbleib des Sozialdemokraten auf dem Ministerposten einen hohen Symbolwert. Für eine Regierungskoalition mit den Grünen wäre er von Bedeutung.

Er ist eine wichtige Hoffnung für Viele aus der sozialdemokratischen Basis und den Grünen bei den nächsten Bundeswahlen, dem scheinbar unausweichlichen Rechtsblock mit Haider zu entgehen. Obwohl Haider (bei Redaktionsschluß) sein aktuelles Ziel, Einems Sturz, noch nicht geschafft hatte, profitiert er von der politischen Polarisierung.

In Meinungsumfragen im Mai nahmen Haiders »F« bereits den Platz der zweitstärksten Partei ein. ■

15 Jahre Haft für VAPO-Kader Schimanek

15 Jahre Haft lautete Ende März das Urteil gegen den Österreicher Neonazi Hans-Jörg Schimanek. Angeklagt war er wegen Verstoßes gegen das Verbot der NS-Wiederbetätigung. Das Urteil kam in dieser Höhe überraschend. Zum Verhängnis wurde ihm ein Videoband, das eine Stapo-Beamtin der Richterin im Küssel-Prozeß zugespielt hatte. Schimanek trat mit anderen Neonazis im September 1994 als Zeuge für den VAPO-Führer Küssel auf. Den 20. April 1991 in einem Gasthaus bei Gmunden stellte er als unpolitische Feier unter Freunden dar. Die Filmaufnahmen zeigten ihn jedoch als »GauleiterNiederdonau«, der großspurige Reden zu Hitlers Geburtstag schwang. Die Richterin ließ den »Gauleiter« im Gerichtssaal festnehmen. Dieses Mal konnte ihm sein Vater, FPÖ-Mitglied mit guten Kontakten, nicht heraushauen.Schimanek, der als Küssels Stellvertreter fungierte, war fast zeitgleich mit Küssel Anfang 1991 verhaftet worden. Jahrelang hatte er ungehindert in Langenlois Wehrsportübungen für die GdNF durchführen können. Trotz einer bei NS-Wiederbetätigung zu erwartenden hohen Strafe war er im Monat nach seiner Verhaftung gegen »Gelöbnis« wieder auf freiem Fuß. Der Meldepflicht kam er nur bis zum 3.7.92 nach. Die Justiz ordnete daraufhin nicht etwa U-Haft an, sondern hob im September 1992 die Meldepflicht auf. Danach tauchte er in Leipzig



Schimanek lehrt Töten

auf, wo er sich als Abbrucharbeiter für Reinold Rades »Baubetreuung in Mitteldeutschland« betätigte. Das Kapital für die Firma, so wurde in der Leipziger Volkszeitung vermutet, habe Rade aus Söldner-Raubzügen in Kroatien mitgebracht. Rade, 1990 noch DDR-Verantwortlicher der Reps und gleichzeitig GdNF-Mitglied,war 1989 mit Schimanek und dem BRD-Nazi Hubert Lorenz nach Surinam/ Lateinamerika gereist. Dort wollten sie sich wohl als Söldner betätigen. Für Schimanek, der sich mit österreichischen Nazis ein zweites Mal dorthin aufgemacht hatte, endeten seine Ausflüge mit Folter und beinah auch mit seiner Hinrichtung.

»Jeder Tag ist der 25. April«

Am 25. April wird in Italien an die Befreiung vom Faschismus gedacht. Das ist der Titel einer Broschüre die im Juni 1994 vom »Zentrum für antagonistische Dokumentation und Kommunikation 'Andrea Uccellini'« und vom »Besetzten selbstverwalteten Sozialzentrum 'Auro e Marco', Spinaceto« herausgegeben und von der Antifaschistischen Aktion Leverkusen übersetzt wurde.

Im ersten Teil werden in Form einer Chronik die faschistischen Anschläge und Attentate von 1946 bis 1980 wiedergegeben. Organisationen der Rechten sowie faschistische Publikationen, Vereine und Verlage werden beleuchtet sowie die Attentate und Aktionen der Faschisten von 1990 bis heute aufgeführt. Der vierte Teil beschäftigt sich mit der Geschichte des Neofaschismus sowie Vertretern der »Strategie der Spannung«, der Versuch im Land eine antikommunistische Stimmung zu erzeugen und sich mithilfe von Terror an die Macht zu bomben. Abschließend werden einige Vertreter der MSI/AN portraitiert.

Ein rundum gelungener Überblick und nicht nur für diejenigen interessant, die sich mit dem Thema Italien auseinandersetzen.

»Jeder Tag ist der 25. April« - Überblick über die neofaschistische Bewegung in Italien. 40 S.

Antifaaktion Leverkusen, Hauptstr. 118, 51373 Leverkusen

Oklahoma
US-Rechtsradikale bomben gegen den Staat

Die »Bürgermilizen« und die Strategie des »führerlosen Widerstands«

Die Täter des Terroranschlags von Oklahoma City, der am 19. April '95 167 Menschenleben und hunderte Verletzte gefordert hat, stammen aller Wahrscheinlichkeit nach aus den Reihen der paramilitärischen »Militias«. Diese »Bürger-Milizen« sind heute die stärkste rechtsradikale Massenbewegung in den USA seit der Hoch-Zeit des Ku-Klux-Klan in den zwanziger Jahren. Die »Militias« verfügen über keine straffe, zentralistische Struktur, sondern bestehen aus kleinen, halb-autonomen Zellen. Dies entspricht der Strategie des »führerlosen Widerstands« (leaderless resistance) der US-amerikanischen Neonazis. Ihr Hauptfeind: ZOG (Zionist Occupational Government), also die angebliche »zionistische Besatzungsregierung« in Washington. Auch der Oklahoma-Anschlag war gegen US-Bundesbehörden gerichtet.

Die Bürgermilizen sind meist auf Landkreis- (County-) oder Bundesstaats-Ebene organisiert. Sie nennen sich »Michigan Militia«, MILITIA OF MONTANA, ARIZONA PATRIOTS oder TEXAS LIGHT INFANTERY. Ihre Stärke bewegt sich von wenigen Dutzend bis mehreren tausend Aktiven; landesweit wird ihre Mitgliederzahl inzwischen auf einige Zehntausend geschätzt. Der Schwerpunkt liegt im Mittleren Westen und in den Rocky-Mountains-Staaten. Die »Militias« sind schwer bewaffnet, Maschinengewehre gehören selbstverständlich dazu. Paramilitärische Übungen und interne Strukturen sind meist konspirativ. Terroristisch im Stil von Oklahoma City ist vermutlich nur eine Minderheit, die aber vom Nährboden der Miliz-Bewegung zehrt.

Über ausformulierte politische Programme verfügen die Milizen nicht. In der Öffentlichkeit betonen sie vor allem ihre Opposition gegen »gun control«, also gegen alle Versuche, den (in der US-Verfassung verankerten) Privatbesitz an Schußwaffen gesetzlich zu regulieren. Dazu kommt meist eine gehörige Portion Verschwörungstheorie: Angeblich bereitet Washington eine totale Diktatur vor, in Verbindung mit den Vereinten Nationen. Die »New World Order« und »Big Government« sind die Feindbilder, die US-Bundesregierung (inklusive Bundes-Finanzamt und Zentralbank, die angeblich von acht jüdischen Familien kontrolliert wird) ist der konkrete Gegner.

So behauptet MARK KOERNKE, ein Miliz-Führer aus Michigan, daß die Bundesregierung geheime Polizei-Einheiten aufstellt, bestehend aus Einheiten der Nationalgarde und Street-Gangs aus Los Angeles(!!). Die computerlesbaren Streifencodes auf der Rückseite von Verkehrsschildern enthalten angeblich geheime Anweisungen für UN-Besatzungs-Truppen, etc. etc. Koernke sendet jeden Abend ein einstündiges Radioprogramm auf Kurzwelle (Motto: »*Death to the New World Order*«). Wegen seiner »zu radikalen« Ansichten wurde er vor einiger Zeit aus der (großen) MICHIGAN MILITIA (mit angeblich 12.000 Mitgliedern) ausgeschlossen und führt jetzt seine eigene kleinere Miliz. Einer seiner Bodyguards soll TIMOTHY MCVEIGH gewesen sein, einer der Hauptverdächtigen von Oklahoma.

Die Entstehung der »Militias«

Rechtsgerichtete paramilitärische Verbände haben eine lange Geschichte in den USA, angefangen mit dem rassistischen Geheimbund KU-KLUX-KLAN (seit 1866). Vor rund 25 Jahren entstand der POSSE COMITATUS, eine paramilitärische Organisation, die in vielem den heutigen Milizen ähnelt. Die stärkste Basis hatte der »Posse« im Farm-Gürtel des Mittleren Westens, in dem Anfang der 80er Jahre zehntausende von Familien-Höfen pleite gingen. Die Erklärung des »Posse«: Schuld am Farm-Sterben sind die jüdischen Banker und die von ihnen kontrollierte Bundesregierung. Diese Propaganda fiel einige Jahre lang auf fruchtbaren Boden. Heute spielt der »Posse« keine Rolle mehr.

Anfang der 80er Jahre war eine rechtsradikale Untergrund-Organisation names THE ORDER aktiv. Dessen Vorbild war der Roman TURNER DIARIES von WILLIAM PIERCE, der im Science-Fiction Stil einen großen Rassenkrieg in den USA schildert (siehe Kasten). Nach mehreren Mordanschlägen, Banküberfällen und Schußwechseln mit der Polizei wurde THE ORDER 1985 vom FBI zerschlagen. Die Terror-Gruppe war der inoffizielle »bewaffnete Arm« der legalen Nazi-Organisation ARYAN NATIONS (Arische Nationen), die im Nordwesten der USA eine »weiße Republik« errichten will (Führungspersonen: der inzwischen verstorbene ROBERT MILES, der inzwischen todkranke Richard Butler, sowie der leider noch recht lebendige LOUIS BEAM - siehe unten). Die »Aryan Nations« sind heute aktiv am Aufbau der Milizen beteiligt.



Tatverdächtiger: Timothy McVeigh



»Bürger-Miliz« in den USA

Die Geburtsstunde der Milizen-Bewegung datiert wohl auf August 1992, der Geburtsort liegt in Ruby Ridge im Rocky-Mountains-Staat Idaho. Damals belagerte das FBI elf Tage lang die Berghütte von Randy Weaver, einem Anhänger der »Aryan Nations«. Er sollte wegen des Verkaufs illegaler Schußwaffen festgenommen werden. Es kam mehrfach zu Schußwechseln, bei denen Weavers Frau und sein Sohn sowie ein Polizist getötet wurden. Während der Belagerung pilgerten hunderte von Rechtsradikalen der verschiedenen Strömungen (KKK, Naziskins, etc.) nach Idaho, um gegen das FBI zu demonstrieren. Der Prominenteste: Der ehemalige Vietnam-Krieger Bo Gritz (siehe unten), der von der Polizei als Vermittler anerkannt wurde und nach elf Tagen Weaver zum Aufgeben überredete. Weaver wurde später zu einer geringen Strafe verurteilt.

Eine weitaus blutigere Konfrontation ereignete sich Anfang 1993 in der Nähe der Stadt Waco in Texas. Dort hatte die Psycho-Sekte Branch Davidians in ihrer Farm ein Waffenlager aufgebaut, um sich auf den biblisch vorhergesagten Endkampf gegen das Böse vorzubereiten. Beim Versuch, die Farm auf illegale Waffen hin zu durchsuchen, kam es am 28. Februar 1993 zu einem Schußwechsel: vier Polizisten der US-Schußwaffen-Kontrollbehörde Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (BATF) und wahrscheinlich sechs Davidianer wurden erschossen.

FBI, BATF und andere Polizeikräfte belagerten daraufhin sieben Wochen lang die Farm. Wieder demonstrierten Rechtsradikale außerhalb des Belagerungsrings gegen die Polizei. Als die Beamten am 19. April 1993 versuchten, die Farm zu stürmen, setzten die Davidianer die Farm selbst in Brand: 86 Menschen fanden in den Flammen den Tod. Auf den Tag genau zwei Jahre später explodierte die Bombe in Oklahoma City vor dem Bürogebäude, in dem u.a. das BATF untergebracht war.

Beide Ereignisse, Ruby Ridge und Waco, dienen seither quer durch das rechtsradikale Spektrum als Fanal gegen die US-Bundesregierung, die Toten gelten als Märtyrer. Tenor: Da sieht man, wie »Big Government« gegen unschuldige, gesetzestreue Bürger vorgeht, nur weil sie von ihrem Verfassungsrecht auf Waffenbesitz Gebrauch machen.

Milizen und Nazis

Viele Milizionäre verstehen sich wohl selbst nicht als Nazis. Dennoch gibt es unübersehbare Verbindungen zwischen der Miliz-Bewegung und organisierten Nazis in den USA.[1)]

Im Oktober 1992 – kurz nach der Weaver-Belagerung in Idaho -fand in Colorado ein Treffen von etwa 150 rechtsradikalen Kadern statt, bei dem zur Gründung von Milizen aufgerufen wurde. Hauptredner des Treffens waren u.a. Pete Peters, ein »Pfarrer« der nazistischen Christian Identity-Strömung[2)], John Trochman, ein ehemaliges Mitglied der Aryan Nations und heutiger Führer der Militia of Montana, der rechtsradikale Rechtsanwalt Kirk Lyons und Louis Beam von den Aryan Nations.

Außerdem sprach Larry Pratt, ein ehemaliger Landtags-Abgeordneter aus Virginia und heutiger Sprecher der »Gun Owners of America«, einer reaktionären Waffenbesitzer-Organisation mit über 100.000 Mitgliedern (nicht zu verwechseln mit der etwas gemäßigteren millionenstarken »National Rifle Association«, aus deren Reihen aber ebenfalls viele Milizionäre stammen). Die Teilnahme von Pratt, der bisher kein eindeutiger Rechtsradikaler war, bedeutete einen dramatischen politischen Durchbruch für die US-amerikanischen Nazis.

Ebenfalls eine wichtige Rolle beim Aufbau der Milizen spielt der oben erwähnte Bo Gritz, der 1988 zusammen mit dem US-Nazi und ehemaligen Ku-Klux-Klan-Führer David Duke für die antisemitische »Populist Party« für die US-Präsidentschaft kandidierte. Im ganzen Land bietet der frühere »Green-Berets«-Soldat heute paramilitärische Übungen an, unter dem Titel SPIKE (»Specially Prepared Individuals for Key Events«): Überlebenstraining, Nahkampf, Schießübungen, etc. Ausgewählte Übungs-Teilnehmer will Gritz in einer nationalen Organisation zusammenfassen - eine Kaderstruktur, die allerdings Beams Modell des »führerlosen Widerstands« widerspricht. Bei Kamiah, einem kleinen Ort in Idaho hat Gritz im vergangenen Jahr 360 Hektar Land erworben und will dort 500 AnhängerInnen ansiedeln. Der Name der künftigen Siedlung: »Almost Heaven«. Laut »Washington Post« bezeichnete Gritz das Attentat von Oklahoma City als »Rembrandt - eine meisterhafte Kombination von Wissenschaft und Kunst«.

»Leaderless Resistance«

Die Milizen sind ein ideales Rekrutierungsfeld für eine Zellenstruktur, wie sie der »Aryan-Nations«-Führer Louis Beam in einem Aufsatz (Titel: »Führerloser Widerstand«) formuliert hat. Beam legte den Aufsatz auf dem Treffen vom Oktober 1992 vor; er wurde seither in verschiedenen rechtsradikalen Publikationen mehrfach nachgedruckt. In dieser Struktur sind die einzelnen Zellen autonom und nicht über Führungspersonen, sondern nur über eine gemeinsame Ideologie miteinander verbunden: »*Auf den ersten Blick sieht diese Art von Organisation gar nicht wie eine Organisation aus*«.

Zitate aus Beams Papier: »*Nach der Strategie des führerlosen Widerstands operieren alle Individuen und Grtuppen unabhängig voneinander und fragen nie bei einem zentralen Hauptquartier und Einzel-Führer nach Anweisungen...Die Teilnehmer in einem Programm des führerlosen Widerstandes durch Phantomzellen oder individuelle Aktionen müssen genau wissen, was sie tun und genau, wie sie es tun.*«

»*Allgemein zugängliche Organe der Informations-Verbreitung wie Zeitungen, Flugblätter, Computer, etc. halten jede Person auf dem Laufenden und ermöglichen damit eine geplante Reaktion in vielerlei Variationen. Niemand muß irgend jemand einen Befehl erteilen.*« (Das »Internet« ist eines der wichtigsten Medien der Miliz-Bewegung.)

Die Milizen scheinen von Beam abgeschrieben zu haben. Das Handbuch der Wisconsin Free Militia, das unter den verschiedenen Miliz-Gruppen zirkuliert, betont »*dezentralisierte Taktik und Aktion*«. Einerseits müsse es »*Gehorsam gegenüber einem höheren Kommando geben*«, andererseits »*sollte die konkrete*

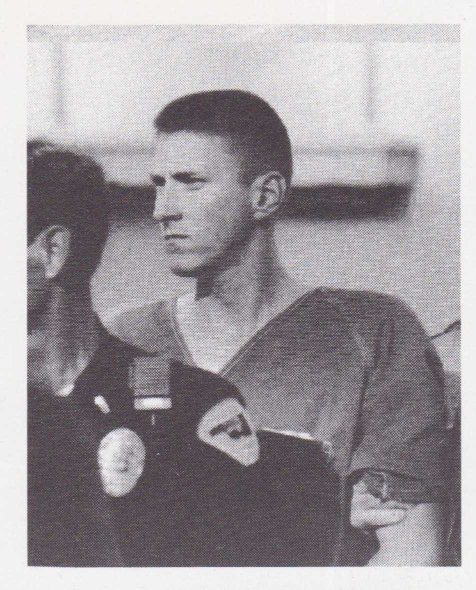
Taktik den einzelnen Teilen überlassen bleiben, damit die Enttarnung eines Teils nicht das Ganze entblößt.«

Das Wisconsin-Handbuch legt fest, daß die Namen der Zellenmitglieder nur innerhalb der Zelle und ihrem unmittelbaren Vorgesetzten bekannt sind. Alle Übungen laufen innerhalb der Zelle. Alle Paßwörter, Telefonnetze, Logistik, Waffenlager, etc. bleiben vertraulich innerhalb der Zelle.

Ein anderes Beispiel: Die Montana-Militia ist in straffe Sieben-Mann-Zellen unter einem vorbestimmten Führer organisiert, aber sie läßt auch Abspaltungen von führerlosen Widerstandszellen nach Beams Modell zu. Dieses Modell scheint sich auch unter europäischen Nazis verstärkt durchzusetzen. ■

1) Über internationale Verbindungen der Milizen liegen kaum verläßliche Angaben vor. Laut »Stern« (27.4.95) hat sich Norman Olson, der Führer der »Michigan Militia« vor zwei Jahren mit Ewald Althans getroffen. Laut »Neues Deutschland« v. 3.5.95 reisten im September 1994 15 Mitglieder der MILITIA OF MONTANA nach Wittenberg und führten dort mit deutschen Neonazis Wehrsportübungen durch.

2) Die »christliche Identität« bietet seit Jahren eine ideologische (und wohl auch logistische) Klammer für verschiedene rechtsradikale Strömungen. Zu dieser Lehre gehört, daß die Weißen in Nordamerika und Nordwest-Europa das eigentliche »auserwählte Volk« der Bibel seien, Schwarze und andere Nicht-Weiße eine »prä-adamische« (also vor-menschliche) Gattung seien, und JüdInnen von Satan abstammen. Wichtig: »Christian Identity« hat nichts mit der Christlichen Rechten der Fernsehprediger zu tun, die derzeit die Mainstream-Politik in den USA aufmischen.



Tatverdächtiger: Terry Nichols

Die »Turner Diaries«
Kultroman der terroristschen Naziszene

»Das »Turner-Tagebuch«, geschrieben 1978 von dem ehemaligen Physikprofessor WILLIAM PIERCE (unter dem Pseudonym Andrew Macdonald), ist ein regelrechtes Kultbuch der militanten Nazi-Szene in den USA. Pierce



»Michigan Militia«

ist Chef der Nazi-Organisation NATIONAL ALLIANCE und lebt unbehelligt auf einer kleinen Farm in West Virginia.

Bisher sollen etwa 200.000 Exemplare des Buches verkauft worden sein - durch Büchertische auf rechtsradikalen Treffen und Versandhandel. Es schildert im Science-Fiction-Stil den »Rassenkrieg«, den eine Organisation namens THE ORDER in den USA initiiert. Wenige Jahre später bildeten Mitglieder der »Aryan Nations« tatsächlich eine Terror-Organisation »The Order« (siehe Artikel). Auch das Attentat von Oklahoma City scheint aus den »Turner Diaries« kopiert zu sein. Auszug (S. 38-42):

»13. Oktober 1991. Gestern früh um 9.15 Uhr ging unsere Bombe in der nationalen FBI-Zentrale hoch. Unsere Sorge wegen der relativ kleinen Sprengladung war unberechtigt; der Schaden ist riesig. Wir haben sicherlich einen großen Teil der FBI-Operationen für mindestens die nächsten paar Wochen unterbrochen.

Mein Tagewerk begann gestern kurz vor 5 Uhr morgens, als ich Ed Sanders in der Garage von Einheit 8 half, Heizöl mit dem Ammoniumnitrat-Dünger zu mischen. (Dieselbe Mischung wurde in Oklahoma City verwendet, Anm. d. Übers.) Währendessen stahlen George und Henry einen Lastwagen. Da wir nur zweieinhalb Tonnen Sprengstoff hatten, brauchten wir keinen großen LKW. Deswegen beschlossen wir, den kleinen Lieferwagen einer Schreibwarenfirma zu klauen. Als der Fahrer - ein Neger - die Hintertür des Wagens öffnete und hineinkletterte, sprang ihm Henry hinterher und beseitigte ihn schnell und lautlos mit seinem Messer.

Nach jüngsten Schätzungen wurden etwa 700 Personen durch die Explosion getötet oder starben danach in den Trümmern. Es wird zwei Wochen dauern, bis die ganzen Trümmer beseitigt sind.

Es gibt keinen Weg, in dem wir das System zerstören können, ohne viele tausend unschuldiger Leute zu schädigen. Es ist ein Krebs, der zu tief in unserem Fleisch sitzt. Wenn wir das System nicht zerstören, bevor es uns zerstört, wenn wir diesen Krebs nicht aus unserem Fleisch herausschneiden, dann wird unsere ganze Rasse sterben.

Die Korrumpierung unseres Volkes durch die jüdisch-liberale-demokratische-egalitäre Pest zeigt sich in unserer Weichsinnigkeit, unserem Unwillen, die harte Realität des Lebens zu erkennen.» ■

1939 Überfall auf Polen



1945 Berlin